

# Soziales im Blick

Landesbeilagen

---

SOVD



**Juni 2020**

Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer verfasst offenen Brief

## Abschied von Norbert Blüm

Mit Norbert Blüm geht einer der letzten Kämpfer für die solidarische Sozialversicherung. SoVD-Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer verabschiedet sich mit einem persönlichen Brief von einem Weggefährten in vier Jahrzehnten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Engagements in den Gewerkschaften, der Bundesagentur für Arbeit sowie als Vizepräsidentin des SoVD.

Lieber Norbert,

du bist nicht mehr unter uns, aber für mich weiterhin präsent wie eh und je!

Dein letztes Schreiben vom 16. April wollte ich gerade beantworten, als mich die Nachricht von deinem Tod wie ein Schock getroffen hat. Habe dies zwei Tage und Nächte mit mir herumgetragen.

Ich habe mich zu einer Antwort durchgerungen. Zuallererst muss ich als ehemalige stellvertretende Vorsitzende des DGB und Vizepräsidentin des Sozialverband Deutschland (SoVD) meine bleibende Hochachtung und Wertschätzung dafür aussprechen, dass du ein Leben lang als Sozialpolitiker und Bundestagsabgeordneter der CDU, als langjähriger Bundesminister für Arbeit und Soziales in der „Ära Kohl“ und auch in den vielen Jahren danach die solidarische Sozialversicherung hochgehalten hast. Dabei hast du dich auch dem eisigen neoliberalen Wind in der eigenen Partei entgegenstellen müssen. In Dir hatten wir in unserem Einsatz für die gesetzliche Sozialversicherung immer eine verlässliche und wirksame Stütze.

### Fortschritte in der Sozialversicherung

Dies war für die Bewältigung der großen sozialpolitischen Aufgaben in deiner Zeit als Bundesarbeits- und Sozialminister entscheidend: die Verteidigung der gesetzlichen Alterssicherung; die Bewältigung der Deutschen Sozialversicherungs-Einheit; die Abwehr der Aushöhlung der gesetzlichen Sozialversicherung durch die unsolidarische Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung; der Einstieg in die Pflegeversicherung in wirtschaftlich und sozial besonders schwierigen Zeiten. Auch wenn es hierbei überall die Notwendigkeit zu Nachbesserungen gibt, sind dies Meilensteine in der solidarischen Sozialversicherung.

Gerade aus der Sicht der neoliberalen Angriffe mit der seit Jahren fortgesetzten Zunahme



**Norbert Blüm hat den Sozialstaat vorgebracht und verteidigt. Auch Ursula Engelen-Kefer erfuhr seine Unterstützung.**

von Niedriglöhnen und -renten bis zur Armut bei Arbeit und im Alter ist dein hartnäckiger Einsatz für die soziale Solidarität in unserer Gesellschaft nicht hoch genug zu schätzen.

### Schwache in Krisen unterstützen

Dies gilt noch mehr für die Zukunft, da sich die seit Jahren anhaltende Spaltung unserer Gesellschaft auch infolge der ständigen Verschlechterungen in der gesetzlichen Sozialversicherung fortsetzen wird. Dabei hat auch die Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt durch die Hartz-Gesetze einen entscheidenden Einfluss, der durch den gesetzlichen Mindestlohn seit 2015 zwar gemildert, aber nicht beseitigt werden konnte.

Eine noch größere Dimension kommt der gesetzlichen Sozialversicherung bei der Bewältigung der Corona- und Nach-Corona-Krise zu. Die Herausforderungen für die gesetzliche Krankenversicherung sowie Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik nehmen täglich weiter zu, seien es Ausrüstungen der Gesundheitsversicherung, Regelungen zum Kurzarbeitergeld, zu Hartz IV sowie Aufstockung der Löhne in den Gesundheits- und Pflegeberufen, um nur einige zu nennen. Entscheidend kommt es jetzt und in Zukunft darauf an, dass nicht die sozial Schwachen die Leidtragenden der neuartig aufgetretenen Krisen sind.

Lieber Norbert (posthum):

Auch ich selbst habe deine zuverlässige Unterstützung erfahren, als ich zur Hochzeit der Auseinandersetzungen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und den Gewerkschaften in das zweithöchste Amt als Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit (BA) benannt wurde. Mit der dir eigenen Zivilcourage hast du dich trotz scharfer Querschüsse aus CDU und Bundesregierung an die Verabredung mit dem DGB gehalten und dich für meine Benennung als Vizepräsidentin der damaligen BA eingesetzt.

### Dank für persönliche Unterstützung

Wie sehr du dich dem scharfen politischen Sturm entgegenstellen musstest, zeigt auch die gesetzliche Veränderung für meine Funktion als Vizepräsidentin der BA von der bis dahin geltenden Lebenszeit auf die Zeit von maximal 8 Jahren. Bei den anschließenden Angriffen mit besonders harten Bandagen von den meist älteren männlichen Karrierebeamten in der Verwaltung der BA hast du mir immer den Rücken gestärkt. Dies hat mich motiviert, ermutigt und gestählt für Bereitschaft und Durchhalten in meiner anschließenden Funktion als Stellvertretende Vorsitzende des DGB sowie jetzt als Vizepräsidentin im Sozialverband Deutschland (SoVD).

**Daher posthum: In tiefer Dankbarkeit, deine Ursula**



## Editorial

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder und Freunde des SoVD,**

vielen wird es ähnlich gegangen sein wie mir: ich habe meinen Ohren nicht getraut, als ich von der Äußerung des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer hörte: „Wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären.“ Auch die von ihm inzwischen geäußerten Entschuldigungen ändern nichts an dem ethischen Abgrund derartiger Gedankengänge und Äußerungen. Weniger drastisch begegnen sie uns tagtäglich bei der Umkehr von strikten Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens zu den begonnenen Lockerungen. Geschürt werden soll die „Rebellion“ gegen die Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Dabei sollen die Jüngeren, die tatsächlich oder vermeintlich geringere Gesundheitsrisiken tragen, ins Feld gegen die Älteren und gesundheitlich eingeschränkten Menschen geführt werden – überspitzt ausgedrückt: Die Älteren sollen in Quarantäne, damit sich die Jüngeren wieder ungehindert bewegen können. Im Endeffekt dienen soll dies der Wirtschaft, aus der inzwischen unverhohlen die Anforderungen nach Konzepten zum „Hochfahren“ zu hören sind. Als SoVD sind wir aufgerufen, in unserer Verantwortung für vielfach ältere und behinderte Menschen, diesen gesellschaftlichen Konflikt zu entlarven und unser Grundgesetz entgegenzuhalten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dies muss auch in Corona und Nach-Corona-Zeiten für alle Menschen gelten, unabhängig von Lebensalter, Gesundheit und sozialem Status.



**Ursula Engelen-Kefer**

**Dabei zähle ich auf eure Hilfe, Ursula Engelen-Kefer**

## Inklusion bleibt wichtiges Anliegen

Der Sozialverband Landesverband Berlin-Brandenburg hat sich in der Vergangenheit immer aktiv beteiligt. „Als derzeitige Landesvorsitzende habe ich auch schon früher immer selbst teilgenommen und in Beiträgen deutlich gemacht, wie sehr uns die Inklusion am Herzen liegt“, sagt Ursula Engelen-Kefer. So haben wir gegenüber dem Senat von Berlin und der Landesregierung Brandenburg bereits verschiedene Aktionen eingeleitet: höhere Kostenerstattung für barrierefreie Wohnungen bei Hartz IV; Barrierefreiheit im Medienstaatsvertrag; Verstärkung der Hilfen für behinderte Frauen und ihre Kinder in Not; Verhinderung von Verschlechterungen beim Grad der Schwerbehinderung sowie Verbesserung der Mobilität durch Inklusionstaxis. „Als SoVD sehen wir uns weiterhin in der besonderen Verantwortung für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und hoffen, im nächsten Jahr den Protesttag durchzuführen können. Inklusion bleibt unverzichtbar!“

### Neuer Internetauftritt

Wir haben unsere Webseite überarbeitet und wollen mit neuem Schwung in die Zukunft gehen! Die Seite ist jetzt strukturierter und übersichtlicher. Außerdem ist die Ansicht auf dem Smartphone stark verbessert. Probieren Sie es aus und besuchen uns auch im Internet: [www.sovd-bbg.de](http://www.sovd-bbg.de)

SoVD Berlin-Brandenburg will sozialpolitische Errungenschaften verteidigen und ausbauen

# Herausforderungen in Corona-Zeiten

Ursula Engelen-Kefer gibt regelmäßig als Gesprächsgast des Hörfunksenders „1. aktiv-audio bar fm 2011“ Interviews zu den in Berlin und Brandenburg bedeutsamen sozialpolitischen Themen. Die nachfolgenden Textbeiträge sind Ausschnitte aus Hörfunksendungen. Die vollständigen Texte sind auf [www.sovd-bbg.de/politik](http://www.sovd-bbg.de/politik) nachzuhören.

## Einführung der Grundrente nicht verschieben

Die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer sieht hier zum Beispiel die dringende Notwendigkeit, die Grundrente nicht weiter zu verschieben und mahnt, dass sie deshalb nicht politischen Machtspielen zum Opfer fallen dürfe. Man sollte darüber nachdenken, ob die gesamte Einkommensprüfung nochmal verbessert wird, da sie ja den Anspruch für viele Menschen einschränkt und unmöglich macht. Die Grundrente wird rund 1,3 Millionen Beziehenden kleiner Renten helfen, eine höhere und auskömmliche Rente zu erhalten. Eine Verschiebung der Grundrente aufgrund von technischen Schwierigkeiten darf nicht zulasten der betroffenen Menschen führen. Deshalb fordert der SoVD die Einführung der Grundrente wie geplant zum 1. Januar 2021.

## Berliner Werkstätten für Behinderte / Kinderzuschlag bei Hartz IV

Ein weiteres Thema ist die Fortführung der Kostenerstattung für die Berufs- und Fortbildungswerke sowie der Behindertenwerkstätten. Die Arbeit und der Unterricht können zurzeit nicht weitergehen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die Träger ihre Kostenerstattungen einschränken.

Diese Sozialeinrichtungen versuchen problembehafteten Jugendlichen sowie behinderten und schwerbehinderten Beschäftigten Alternativen zu bieten, wenn sie zu Hause oder in ihren Wohnheimen bleiben müssen. Auch die Kinder in Hartz-IV-Familien dürfen nicht die Hauptleidtragenden der Corona-Krise werden. Hier muss

die Diskriminierung beendet werden, und es sollte für Geringverdiener-Familien einen Corona-Kinderzuschlag in Höhe von 185 Euro im Monat geben. Gerade Kinder in Hartz-IV-Familien können ihre soziale Situation nicht überbrücken, da sie in der Coronakrise zum Beispiel nicht in die Kindertagesstätten gehen oder am Schulesen teilnehmen können. Der Zuschlag für Hartz-IV-Empfänger ist wegen der besonderen Notsituation eine berechnete Forderung der Sozialverbände.



Ursula Engelen-Kefer am Mikrophon.

## Kurzarbeitergeld

Für viele Menschen in Berlin und Brandenburg hat auch das folgende Thema in Zeiten von Corona eine große Bedeutung. Es ist gut so, dass Kurzarbeitergeld gezahlt wird – großzügiger und mit weniger Hürden als bisher, um zu verhindern, dass viele Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit geraten und nach Überwindung der Coronakrise ihre Arbeit wieder fortsetzen können.

Gerade für Menschen im unteren und mittleren Einkommensbereich wird es leider oft nicht möglich sein, über einen längeren Zeitraum mit einem Nettogehalt von 60 oder 67

Prozent zu leben. Das Kurzarbeitergeld müsste deshalb mindestens 80 Prozent des bisherigen Nettogehalts betragen. Dazu müssen die Bundesregierung und, wo es möglich ist, die Wirtschaft, ihren Anteil leisten.

Den Arbeitnehmenden wäre zu empfehlen, dass sie die Angebote von Kurzarbeit in Verbindung mit Weiterbildung wahrnehmen. Weiterbildung kann immer helfen, die zusätzliche Arbeit in der Zukunft entsprechend besser zu gestalten. Vor allem diese sicherer zu gestalten und eventuell auch beruflichen Aufstieg und Einkommenserhöhungen zu ermöglichen.

## Altersrente

Lange Jahre für die Gewerkschaften und jetzt im Sozialverband Deutschland (SoVD) habe ich immer für die gesetzliche Sozialversicherung und gegen ihre Zerstörung durch private Kapitalinteressen gekämpft. Jetzt geht es vor allem darum, dass Corona nicht als Alibi missbraucht wird, um die Rentenleistungen zu verschlechtern. Als SoVD setzen wir uns entschieden dafür ein, dass die solidarische Altersrente wieder den Lebensstandard im Alter maßgeblich sichert. Dabei müssen wir auch die erheblichen Ungerechtigkeiten infolge der dramatischen Ausbreitung von Niedrig- und Armutslöhnen sowie Armutsrenten zwischen Ost und West sowie Arm und Reich angehen.

Wenn in diesem Jahr die Renten wieder erheblich steigen, im Westen um 3,45 Prozent und im Osten um 4,2 Prozent, als Folge der Entwicklung der Löhne in den vergangenen Jahren, ist dies erfreulich. Allerdings darf es nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Verschlechterungen der Renten nach den Riester- und Hartzreformen mit Beginn vor bald 20 Jahren für viele Menschen nicht nur nicht ausgeglichen, sondern noch verstärkt haben. Ebenso sind auch die Nachteile der Rentnerinnen und Rentner im Osten immer noch vorhanden.

Deshalb ist es unverzichtbar, dass die seit Jahren versprochene und seit Monaten politisch umstrittene Grundrente endlich eingeführt wird. Erst dann können die Nachteile für Menschen, die lange Jahre niedrige Löhne erhalten haben, zumindest teilweise ausgeglichen werden.



Foto: photopixel/Adobe Stock

## Für viele Beschäftigte im Gastronomiebereich bedeutet die Coronakrise Kurzarbeit und finanzielle Einbußen.

Dies gilt insbesondere auch für viele Rentner und Rentnerinnen im Osten, die infolge niedriger Löhne und hoher Arbeitslosigkeit besondere Nachteile auch bei den Altersrenten hinnehmen müssen.

Erst kürzlich ist der frühere langjährige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm gestorben. Er stand als einer der letzten

Politiker für Erhalt und Zukunft der sozialen Sicherung und vor allem auch der solidarischen Altersrente. Ein Grund mehr, dafür zu kämpfen, dass gerade auch in den schwierigen Corona- und Nach-Corona-Zeiten die Grundrente nicht geopfert wird. Nur dann kann vielen Menschen im Alter der entwürdigende Absturz in Altersarmut erspart werden.

## Folge der UN-Behindertenrechtskonvention

# Inklusiver Sport in Berlin

**Der Senat hat den Bericht an das Abgeordnetenhaus „Barrierefrei ist gut – inklusiv ist besser“ beschlossen. Der Bericht zeigt auf, dass verbindliche Standards für Sportstätten erarbeitet werden, die mehr inklusive Sportangebote ermöglichen sollen.**

Zudem sollen zukünftig Standorte in den Bezirken ermittelt werden, an denen Modellprojekte verwirklicht werden können. Dazu erhebt der Senat derzeit die Beschaffenheit der Berliner Sporthallen und Sportplätze in Hinblick auf deren Barrierefreiheit. Eine Auswertung der Bezirksergebnisse soll in der zweiten Jahreshälfte 2020 erfolgen. Mit den Sportentwicklungsplänen, die in den Bezirken derzeit erarbeitet werden, sollen unter anderem Standorte, die für die Errichtung von vollständig barrierefreien Sportanlagen infrage kommen, benannt werden.

Senator Geisel: „Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Sport zu fördern, ist eine Daueraufgabe. Idealerweise sollen alle gemeinsam Sport treiben können. Die Inklusion im Sport hängt auch davon ab, inwieweit Sportstätten barrierefrei gestaltet werden können. Der Umbau bestehender Sportanlagen nach den Kriterien der Barrierefreiheit ist eine komplexe Aufgabe, die nicht von heute auf morgen zu bewältigen ist. Umso wichtiger ist es, dass wir mit den ersten notwendigen Schritten bereits begonnen haben. So soll der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark in Pankow Berlins erster Inklusions-Sportpark werden.“

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet die Bundes- und Landesregierungen in Deutschland, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen unter anderem an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten gleichberechtigt mit anderen zu ermöglichen (Art. 30 Abs. 5 der Konvention).

Quelle: [www.berlin.de](http://www.berlin.de)



Foto: reverent/pixabay

**Am Jahn-Sportpark entsteht ein inklusives Sportareal.**



Foto: nadezhda1906/Adobe Stock

**Für Kinder und ihre Eltern ist die Coronazeit sehr belastend. Zur Unterstützung fordert der SoVD einen Corona-Kinderzuschlag.**

## Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Keine persönlichen Treffen und Versammlungen möglich – SoVD-Gemeinschaft hält dennoch Kontakt

# Immer ein offenes Ohr für die Mitglieder

Die SoVD-Gemeinschaft in Berlin und Brandenburg hält während der Corona-Pandemie Kontakt und unterstützt sich gegenseitig. In vielen Gliederungen haben sich Telefonketten gebildet. Die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer berichtet hier über ihre Erfahrungen aus dem Austausch mit den Mitgliedern.

Es sind turbulente Zeiten, die wir gerade zum Thema „Coronavirus“ durchleben. Nur gemeinsam schaffen wir die Herausforderungen, die gerade jetzt an uns alle gestellt werden. „Eiserne Disziplin“ ist gefragt, persönliche Kontakte müssen bis auf einen kleinen ausgewählten Kreis von Mitgliedern der Familie beziehungsweise Lebensgemeinschaften beschränkt werden. Aber auch in dieser schwierigen Zeit lassen wir unsere Mitglieder nicht alleine, sondern sind weiterhin für sie da. Ganz spontan hat der Landesverband Berlin-Brandenburg sowie seine angegliederten Kreis- und Ortsverbände Anfang April eine umfassende Telefonaktion gestartet.

Bei den vielen persönlichen Telefongesprächen mit über 30 Mitgliedern ihres Ortsverbandes Stadtverband Berlin-Mitte hat die Landesvorsitzende Ursula Engelen-Kefer festgestellt, dass viele Mitglieder noch im Berufsleben oder gerade an der

Hilfestellung im Bemühen um die Erlangung einer Erwerbsminderungsrente sowie einer Fortsetzung oder Erhöhung des Grades der Schwerbehinderung willkommen geheißen. In diesen Fällen habe ich auf unser Sozialzentrum verweisen können.



**Jutta Zoll, 2. Vorsitzende OV Wilmersdorf**

nen, das allerdings wegen des unabdingbaren Gesundheitsschutzes derzeit grundsätzlich nur telefonische Beratung leisten kann. Für mich ergibt sich aus diesen Erfahrungen, wie wichtig der direkte Kontakt zu unseren Mitgliedern ist und dass wir so bald als möglich Sozialrechtsberatung sowie Sozialrechtsschutz zu Erwerbsminderungsrenten und Grad der Schwerbehinderung ausbauen müssen. Zudem habe ich mit großem Respekt feststellen können, wie viel ehrenamtliches Engagement auch außerhalb des SoVD von Mitgliedern geleistet wird, die selbst ge-



**Meggi Glade, Stellvertretende Schatzmeisterin und Beisitzerin, KV / OV Reinickendorf**

sundheitlich eingeschränkt sind und teilweise sogar noch einem Beruf nachgehen. Für mich ist dies ein wichtiges Signal, diese Ehrenamts-Reserven bei unseren Mitgliedern besser auszuschöpfen. Damit kann auch der Rahmen für unser Projekt der

ehrenamtlichen Besuchsdienste erheblich erweitert werden.

Wir bedanken uns recht herzlich bei allen ehrenamtlich aktiven Mitgliedern, die sofort bereit waren, an dieser spontanen Telefonaktion teilzunehmen, um unsere Mitglieder, die zurzeit erhebliche Einschränkungen der sozialen Kontakte hinnehmen müssen, in persönlichen Gesprächen aufzumuntern und ihnen Zuspruch zu geben.“

Aus der positiven Resonanz der Anrufe hier einige Zitate:

„Es gibt einem so ein warmes Gefühl, auf diesem Weg einen Beitrag leisten zu können. Das spornt mich an, weiter zu machen, auch wenn ich selbst gerade viele Sorgen habe.“



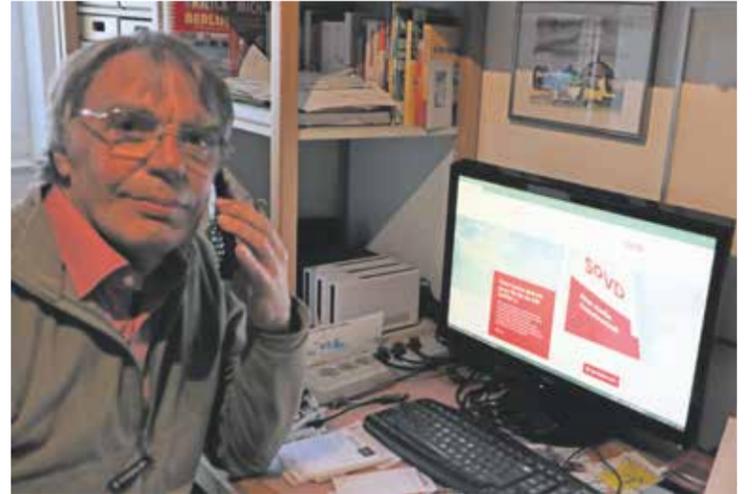
**Heike Ritterbusch, Koordinatorin des ehrenamtlichen Besuchsdienstes.**

„Eine meiner Kontakte hat wegen der Corona Krise ihre Haushaltshilfe verloren. Das ist für sie tragisch, weil sie ihr einmal die Woche die Einkäufe erledigt hat. Da kam mein Anruf gerade recht und ich konnte selbst einspringen und für sie die Einkäufe übernehmen.“

„Unsere Aktion und die Anrufe wurden freudig aufgenommen. Ich habe niemals Ablehnung erfahren, nur manchmal waren die



**Elisabeth Schmidek, Frauenbeauftragte OV Berlin-Ost**



**Wolfgang Engelmann, Beisitzer im KV Steglitz, beim Telefonat mit Mitgliedern des SoVD Berlin-Brandenburg.**

Leute skeptisch, weil jetzt auch so viele Betrüger unterwegs sind. Aber mit meinem offenen Ohr konnte ich das gut auflösen.“

„Viele haben sich sehr gefreut und sagten, wie schön, dass jemand fragt!“

„Es gibt viele Fragen rund um die ärztliche Versorgung. Hier besteht eine große Verunsicherung,

wie zum Beispiel: Wo bekomme ich die Masken her?“

„Die Menschen in Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen brauchen unsere Aufmerksamkeit so dringend. Sie sind ja komplett abgeschnitten und dürfen keine Besuch empfangen“

„Das Bedürfnis zu reden ist gerade sehr stark.“

## Nachruf

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg ist in tiefer Trauer um Heidrun Pahl, die am 13. April 2020 völlig überraschend im Alter von nur 76 Jahren verstorben ist.

Heidrun Pahl war auch für den SoVD-Bundesverband als Initiatorin der Hörbibliothek über Jahre eine entscheidende Stütze. Die Lücke, die ihr plötzlicher Tod gerissen hat, wird kaum zu schließen sein. Auch als langjährige Vorsitzende, Frauenbeauftragte des Ortsverbandes Spandau Nord-Süd und Beisitzerin im Kreisvorstand Spandau machte sich Heidrun Pahl jahrelang verdient.

Als Betreuerin der Hörbibliothek im Hause des Bundesverbandes waren ihr Einsatz für ein breites Angebot und ihre Beratung von einer großen Gewissenhaftigkeit sowie sozialem Verantwortungsgefühl geprägt. Heidrun Pahl hat bei den verschiedenen Aktivitäten des SoVD mitgeholfen, wie zum Beispiel dem jährlichen Inklusionslauf auf dem Tempelhofer Feld oder bei SoVD-Infoständen und war auch in einem Kleingartenverein engagiert. Für den SoVD bedeutet der viel zu frühe Tod von Heidrun Pahl einen schmerzlichen und kaum ersetzbaren Verlust. Ihre große Erfahrung, ihre kluge, liebenswürdige und herzliche Art sowie ihr zutiefst menschliches Wesen fehlen uns schon jetzt.

Der SoVD Landesverband Berlin-Brandenburg ist Heidrun Pahl über ihren Tod hinaus zu großem Dank verpflichtet und wird ihr für immer ein ehrendes Andenken als wertvolle Mitstreiterin und Freundin bewahren.

**SoVD Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.**



**Christel Berend, Frauenbeauftragte OV Steglitz-Lankwitz**

Grenze zum Eintritt in die Rente stehen oder erst seit Kurzem Rente beziehen. „Mir ist deutlich geworden, wie groß der Spagat ist, den wir in unserer SoVD-Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden leisten müssen, um den unterschiedlichen Bedingungen und Anforderungen unserer Mitglieder gerecht zu werden“, sagt Ursula Engelen-Kefer.

„Insgesamt kann ich feststellen, dass unsere spontanen Telefonkontakte erfreut aufgenommen wurden. In einigen Fällen wurde mir sogar ein deutliches Lob für die erfolgreiche Vertretung durch unsere Sozialberatung und unseren Sozialrechtsschutz ausgesprochen. Gleichmaßen wurde meine Kontaktaufnahme als wichtige



## Termine der Kreis- und Ortsverbände

### Alle Termine unter Vorbehalt

Liebe Mitglieder und Gäste, die Veranstaltungstermine veröffentlichen wir unter Vorbehalt, da nicht gesichert ist, dass diese wegen Corona-Maßnahmen stattfinden können. Die Ansprechpartner Ihres Kreisverbandes sind aber weiterhin für Sie da, per E-Mail und Telefon.

#### SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg

Information und Beratung: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12), Tel.: 030/2639380.

Sozialberatung / Antragstellung Rente & Schwerbehinderung, Montag und Donnerstag 14-17 Uhr nach telefonischer Anmeldung unter Tel.: 030/26393811.

Sozialberatung: Dana Raabe, Tel.: 030/26393811.

Allgemeine Verwaltung: Jenny Fruth, Tel.: 030/26393826.

Mitgliederverwaltung und Buchführung: Bernhard Kippert, Tel.: 030/26393814.

Haustechnik / Verwaltung: Torsten Pavel, Tel.: 030/26393815.

Presse/Verbandszeitung: Ute Loßin, Tel.: 030/26393827.

Ehrenamtlicher Besuchsdienst: Heike Ritterbusch, Tel.: 030/26393821.

#### Kreisverband Bezirksverband Brandenburg Süd-West Kontaktstelle Brandenburg an der Havel

Versammlungsort: Die Altstädter e. V., Bäckerstr. 14, 14770 Brandenburg an der Havel, Anschrift Kontaktstelle: Ritterstr. 95, 14770 Brandenburg a. d. H., Info: Dagmar Herz, Tel.: 03381/5515131, E-Mail: [bastelherz@hotmail.de](mailto:bastelherz@hotmail.de), Sprechstunde: jeden Dienstag von 10-13 Uhr.

#### Kontaktstelle Cottbus (Niederlausitz)

Ansprechpartner: Landesverband Berlin-Brandenburg, Joachim Melchert, Tel.: 030/2639380, E-Mail: [joachim.melchert@sovd-bbg.de](mailto:joachim.melchert@sovd-bbg.de).

#### Kontaktstelle Jüterbog (Teltow / Fläming)

Ansprechpartnerin: Marlies Zappe, Tel.: 03372/433397, Neuheim 6, 14913 Jüterbog.

#### Kreisverband Brandenburg Nord-Ost

1. Bezirksvorsitzender: Thorsten Waue, Am Fuchsberg 20, 16567 Mühlenbeck, Tel.: 033056/75068, mobil:

0163/8700665, E-Mail: [sovd.waue@web.de](mailto:sovd.waue@web.de).

#### Ortsverband Fürstenwalde

Ansprechpartner: 1. Vorsitzender Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/421872, E-Mail: [info@fachanwalt-drbock.de](mailto:info@fachanwalt-drbock.de).

#### Kreisverband Berlin-Ost Servicesprechstunde und Sorgentelefon

Montags, 13-17 Uhr, andere Tage nach Vereinbarung. Hinweis: Bis zum 7. Juni 2020 findet keine Sprechstunde statt, das Service- und Sorgentelefon steht ebenfalls nicht zur Verfügung. Wenden Sie sich in dringenden Fällen direkt an den Landesverband, Tel. s. o. Ansprechpartner: Holger Kahl, Tel.: 030/72622385, mobil: 0173/5647236, Fax: 030/67895374, E-Mail: [sovd.kv-ost@sovd-bbg.de](mailto:sovd.kv-ost@sovd-bbg.de).

#### Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

9. Juni: Mitgliederversammlung, Ort: Begegnungsstätte Judith-Auer-Straße 8, 10369 Berlin. Info: Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, Tel.: 0170/3351445, E-Mail: [ursula@engelen-kefer.de](mailto:ursula@engelen-kefer.de).

#### Ortsverband Berlin-Mitte

3. Juni, 17 Uhr: Mitgliederversammlung zum Thema Grundversicherung. Ort: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin, 5. OG links. Info: Dominique-Mpaka Botembe, Tel.: 0157/14562117 (mobil), E-Mail: [Dominique.botembe@hotmail.de](mailto:Dominique.botembe@hotmail.de). Hinweis: Bei Umzug oder familiären Veränderungen unbedingt die neue Adresse an den SoVD melden.

#### Ortsverband Treptow-Köpenick

16 Juni, 14 Uhr: Mitgliederversammlung, Ort: Altes Rathaus Johannisthal, Sterndamm 102, 12487 Berlin. Zu erreichen: Bus 160 und M11 sowie Tram 60 Info: Michael Nakoinz, Tel.: 030/6541590, E-Mail: [m.nakoinz@gmail.com](mailto:m.nakoinz@gmail.com).

#### Kreisverband Reinickendorf

**Hinweis:** Der Kreisverband befindet sich derzeit im Aufbau. Sobald Termine feststehen,

werden diese in der Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Ansprechpartnerin: 1. Kreisvorsitzende Angelika Golombek, Tel.: 030/54497771, E-Mail: [angelika.golombek@yahoo.de](mailto:angelika.golombek@yahoo.de). Vertreterin: Gabriele Degner, Tel.: 030/30810983, E-Mail: [gabi.13403@gmail.com](mailto:gabi.13403@gmail.com).

#### Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf Ortsverband Charlottenburg

10. Juni, 10 Uhr: Sozialpolitische Informationsfahrt nach Oberjünne mit Spargelessen, Kremserfahrt und Kaffeegedeck. Abfahrt vom Rathaus Charlottenburg. Anmeldungen erwünscht, Änderung vorbehalten. Info: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/3827645, mobil: 0152/54307339, E-Mail: [sovd-ov-charlottenburg@gmx.de](mailto:sovd-ov-charlottenburg@gmx.de).

#### Ortsverband Wilmersdorf

Jeden 4. Samstag im Monat: Frauenstammtisch ab 10 Uhr im Restaurant „Ännchen von Tharau“, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin. Voranmeldung bei Barbara Kubanke, Tel.: 030/3812703.

18. Juni, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Thema zur Gesundheitspolitik. Info: Bodo Feilke, Tel.: 030/8178682, E-Mail: [b.feilke@gmx.de](mailto:b.feilke@gmx.de).

#### Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

3. Juni: Sozialpolitische Informationsfahrt mit Spargelessen im Domstift Mötzow und Kaffeetrinken im Sanddorgarten in Petzow. Anmeldung erbeten. Info: Edith Massow, Tel.: 030/6032810, E-Mail: [edith-massow@t-online.de](mailto:edith-massow@t-online.de). Anmeldung für die Rentenberatung unter Tel.: 0175/1057894 (mobil).

#### Kreisverband Spandau Ortsverband Spandau-Mitte mit Haselhorst / Siemensstadt

27. Juni, 16-18 Uhr: Ehrungen langjähriger Mitglieder. Ort: Seniorenklub Lindenufer, Mauerstr. 10 A, 13597 Berlin. Info: Elke Beuke, Tel.: 030/3634334, E-Mail: [h-beuke@t-online.de](mailto:h-beuke@t-online.de).

#### Kreisverband Steglitz Ortsverband Steglitz-Lankwitz-Lichterfelde

10. Juni, 15-17 Uhr: Mitgliederversammlung mit Bericht über die Bildungsfahrt nach Elsholz. Ort: Maria-Rimkus-Haus (barrierefrei), Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

Sozialberatung nur nach vorheriger Anmeldung. Info: Wolfgang Engelmann, Tel.:

030/76403210, E-Mail: [wolfgang.engelmann@kabelmail.de](mailto:wolfgang.engelmann@kabelmail.de), oder Dieter Effner, Tel.: 030/7214298, E-Mail: [dundbeffner@t-online.de](mailto:dundbeffner@t-online.de).

#### Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

3. Juni, Hof- und Grillfest mit sozialpolitischen Informationen. Ort: Landesgeschäftsstelle.

Sprechstunde / Sozialberatung jeden 3. Mittwoch, 15-17 Uhr, Kurfürstenstraße 131. Info: Mitgliederbetreuung, Telefon zur Sprechstunde und dienstags, 11-13 Uhr, Tel.: 030/26393822, E-Mail: [kv-schoeneberg@sovd-bbg.de](mailto:kv-schoeneberg@sovd-bbg.de).

Bei Umzug bitte Änderungen schriftlich mitteilen.

#### Kreisverband Tiergarten-Wedding

Die wöchentlichen Treffen finden wg. der Corona-Pandemie vorerst nicht statt. In besonderen Notfällen ist der Kreisverband erreichbar unter 030/4144662, E-Mail: [j.h.krueger@gmx.net](mailto:j.h.krueger@gmx.net). Ort der Geschäftsstelle: Waldstraße 48, 10551 Berlin.

#### Kreisverband Zehlendorf Ortsverband Zehlendorf

19. Juni, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Café Lebensart, Clayallee 346, 14169 Berlin. Info: Hans Drenckmann, Tel.: 030/7922648.



## Glückwünsche

*Die Freude am Geben kennt nur der Geber selber,*

**Carl Hilty**

Wir gratulieren allen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben, sehr herzlich. Möge ein gutes Jahr auf Sie warten mit viel Glück, Gesundheit, Fröhlichkeit und Optimismus.

#### Besondere Glückwünsche gehen an:

**90 Jahre:** 23.6.: Fritz Kuna, Berlin; 30.6.: Ursula Gennrich, Berlin.

**91 Jahre:** 20.6.: Christel Lehmann, Wittstock.

**92 Jahre:** 7.6.: Alois Hauke, Berlin.

**93 Jahre:** 15.6.: Anneliese Lippe, Schönefeld; 16.6.: Ingrid Rudolph, Cottbus.

**94 Jahre:** 16.6.: Elisabeth Dohnisch, Berlin.

**95 Jahre:** 13.6.: Friederun Reichelt-Reisner, Berlin.

**101 Jahre:** Gerda Dutschmann, Cottbus.

#### Herzliche Gratulation und Dank für Treue zum SoVD gehen an:

**Für 35 Jahre:** 1.6.: Gertrud Knofel, Berlin.

**Für 40 Jahre:** 16.6.: Anita Winkelsesser, Berlin; 19.6.: Franz Kossack, Oranienburg.

**Für 55 Jahre:** 1.6.: Christel Irmscher, Berlin. (Stand: 29.4.2020)

#### Neue Flyer zur Mitgliedergewinnung bald im Einsatz

## Werbung für den SoVD

Um auf die Zeit nach der Coronakrise für die Verbandsarbeit gut gerüstet zu sein, hat der Kreisvorsitzende des SoVD Tiergarten-Wedding, Joachim Krüger, die „Home-Arbeitsphase“ dazu genutzt, einen neuen Werbeflyer für den Kreisverband zu erstellen.

Mit einem Flyer im frischen Layout des SoVD und aktuellen Fotos aus der Verbandsarbeit will der Vorstand in Tiergarten-Wedding verstärkt einzelne Haushalte ansprechen und für die Angebote und Leistungen des SoVD werben. Dabei wird auch auf das Sorgentelefon hingewiesen: Diese Einrichtung hat sich seit mehr als zehn Jahren bestens bewährt. Die erste Auflage des Flyers umfasst 5.000 Exemplare: Das klingt auf Anhieb viel, wird aber in wenigen Monaten aufgebraucht sein, wenn es wieder Straßenaktionen, Messen für Menschen mit Behinderung und weitere vielfältige Aktivitäten im öffentlichen Raum geben wird.



**Rita Krüger-Bieberstein mit den Flyern.**

Die Deutsche Rentenversicherung Bund informiert

# Rehamaßnahmen und Corona

**Corona hat viele Planungen durcheinandergebracht. Das betrifft auch schon zugesagte oder beantragte Rehamaßnahmen. Wie werden Absagen sowohl seitens der Rehabilitanden als auch seitens der Reha-Einrichtung geregelt? Wie beantrage ich eine erneute Rehabilitation?**

Dem Wunsch von Rehabilitanden nach Abbruch einer bereits begonnenen Rehabilitation wird nach Möglichkeit entsprochen. Bei einem Abbruch der Rehabilitation durch die Einrichtung selbst oder durch Dritte, wird die Leistung ebenfalls beendet. In beiden Fällen besteht die Möglichkeit, die Rehabilitation zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen, zu wiederholen oder neu zu beantragen (sogenannte Ersatz-Reha).

Für die Beantragung einer erneuten Leistung zur medizinischen Rehabilitation hat die Deutsche Rentenversicherung einen Kurzantrag (Formular G0101) zur bundesweiten Verwendung entwickelt, der den Rehakliniken vorliegt. Der Kurzantrag soll auch Rehabilitanden zur Verfügung gestellt werden, die ihre Leistung zur medizinischen Rehabilitation wegen der Betreuung ihrer Kinder abbrechen und eine erneute, vollständige Rehabilitation benötigen. Bei kurzfristigen Absagen werden die Rehabilitanden durch die Rehaklinik telefonisch informiert.

Eine Verpflichtung zum sofortigen Antritt der Rehabilitationsleistung besteht angesichts der besonderen Umstände im Zusammenhang mit dem Coronavirus nicht. Anträge auf Verschiebung sind beim zuständigen Rentenversicherungsträger zu stellen. Den Wünschen von



Foto: Seventyfour / AdobeStock

**Hände halten oder Umarmen ist momentan nicht erlaubt.**

Rehabilitanden nach Verschiebung des Rehabeginns wird nach Möglichkeit entsprochen. Es gibt keine festgeschriebenen Fristen für einen erforderlichen Reha-Antritt. Eine Verschiebung des Rehabeginns ist in der Folge der Corona-Pandemie bis zu 9 Monaten unproblematisch. Dies gilt nicht gleichermaßen für Anschlussrehabilitationen (AHB), da diese aus medizinischen Gründen weder lange ausgesetzt noch lange aufgeschoben werden können.

Bei Fällen, in denen Versicherte von ihrer Krankenkasse oder der Agentur für Arbeit zur Antragstellung aufgefordert wurden und in denen demzufolge das Dispositionsrecht eingeschränkt ist, sollten Versicherte zuvor mit ihrer Krankenkasse oder der Agentur für Arbeit über ihren Antrag auf Verschiebung der Rehabilitation sprechen.

Weisen die Rehabilitanden selbst oder andere Rehabilitanden Krankheitssymptome auf, entscheidet die Einrichtungsleitung in Abstimmung mit den örtlichen Gesundheitsbehörden über die Fortsetzung der Rehabilitation.

Wenn aufgrund von Personalmangel nicht alle Anwendungen während der Reha durchgeführt werden konnten, erfolgt eine Entscheidung individuell in Abhängigkeit vom Erreichen der Reha-Ziele.

Die Deutsche Rentenversi-

cherung befindet sich mit den Krankenkassen und der Bundesagentur für Arbeit im Austausch, um eine Klärung darüber herbeizuführen, wie das Krankengeld weitergezahlt beziehungsweise schnell wieder aufgenommen werden kann, wenn die Rehabilitation wegen Corona nicht angetreten werden darf/kann.

Pauschale Terminverschiebungen wird es nicht geben, da sich nicht vorhersagen lässt, zu welchem Zeitpunkt ein Antritt (wieder) möglich ist.

Die Zusage der Rentenversicherung für eine Präventionsleistung gilt generell 12 Monate ab dem Datum des Bewilligungsbescheides. Sollten Sie also in diesen Tagen die

Nachricht der Rentenversicherung erhalten, dass Sie eine Präventionsleistung antreten dürfen, und/oder ist dies aktuell nicht möglich, weil die Präventionseinrichtung wegen der Corona-Pandemie einen Aufnahmestopp verhängt hat, sollte angesichts dieser langen Geltungsdauer noch genügend Zeit bis zum Antritt der Leistung verbleiben. Sollte es dennoch Schwierigkeiten geben, nehmen Sie bitte Kontakt mit dem zuständigen Rentenversicherungsträger auf.

Weitere Infos gibt es im Internet unter [www.deutscherentenversicherung.de](http://www.deutscherentenversicherung.de) oder kostenlos unter Tel.: 0800/10 00 48 00, Mo-Do, 7.30-19.30 Uhr und Fr 7.30-15.30 Uhr. (Stand: 5. Mai 20)



## Editorial

Liebe Mitglieder,

außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen.

Im Moment ist alles anders als vorher und nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt steht vor einer Herausforderung, die nur zu bewältigen ist, wenn wir uns strikt an die Vorgaben halten, die sich auch ständig ändern. Es ist Geduld und noch einmal Geduld gefragt, damit wir alle die Corona-Pandemie gut überstehen.

Bedingt durch den Mindestabstand von 1,5 Metern, der dringend eingehalten werden muss, um weitere Krankheitsfälle zu vermeiden, sehen wir uns leider gezwungen, bis auf Weiteres keine persönlichen Beratungen in den Geschäftsstellen durchzuführen.

Trotzdem sind wir weiterhin gerne für Sie da, sei es telefonisch, per E-Mail oder auch postalisch. Bitte wenden Sie sich weiterhin bei Fragen rund um das Sozialrecht an uns. Sie erreichen uns in München unter der Telefonnummer 0895 / 30 527 oder per E-Mail: [info@sovd-bayern.de](mailto:info@sovd-bayern.de). In Nürnberg erreichen Sie uns unter der Telefonnummer 0911 / 98 01 501 oder per E-Mail: [rechtsschutz@sovd.de](mailto:rechtsschutz@sovd.de). Wir werden uns umgehend um ihr Anliegen kümmern.

Seit Ende April gilt in Bayern die „Maskenpflicht“. Auch dazu kommen immer mehr Anfragen, wie man sich verhalten soll. Laut Aussage des Ministerpräsidenten genügt schon ein Schal oder ein Tuch, so dass im öffentlichen Raum Mund und Nase bedeckt sind. Oft werden in den Kommunen auch von ehrenamtlichen Bürgern Masken genäht und kostenlos verteilt. Bitte wenden Sie sich zu dem Thema an ihre Kommune. Da kann man ihnen sicher sagen, wo sie diese Masken kostengünstig oder kostenlos erhalten können.

Eine ganz wichtige Bitte habe ich noch: Bitte meiden Sie den Kontakt zu anderen Menschen, auch wenn es schwer fällt. Nur so können Sie sich und andere schützen. Bitte bewahren Sie Geduld und bleiben Sie vernünftig. Es kommen wieder andere Zeiten.

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund!



Barbara Hölzel

Ihre Barbara Hölzel,  
1. Landesvorsitzende



Foto: drubig-photo / AdobeStock

**Wer wegen Corona Angst hat, jetzt zur Rehakur zu gehen, darf sie verschieben.**

## Aktion „Telefonengel“

Der Münchner Verein „Retla“ ist, ein gemeinnütziger Verein, der mit innovativen Projekten dem letzten Lebensabschnitt wieder mehr Sinn und Lebendigkeit geben will. Seit der Coronakrise sind besonders die Senior\*innen von sozialen und familiären Kontakten abgeschnitten. Viele haben nicht einmal Freunde oder Familie, mit denen sie telefonieren können, um sich nicht so einsam zu fühlen. Für diese Gruppe hat „Retla“ die Aktion Telefonengel ins Leben gerufen. Unter der Telefonnummer 089/18 91 00 26 können die Anrufer\*innen täglich von 8 bis 22 Uhr mit jemandem reden. Man hinterlässt seinen Namen und seine Telefonnummer und wird dann von einem freiwillige\*n Helfer\*in zurückgerufen. Vielleicht meldet sich sogar Fritz Wepper oder Michaela May am anderen Ende, den/die Schirmherr\*in der Aktion. Über 300 Freiwillige haben sich schon als Helfer\*in gemeldet. Ziel der Aktion ist es, nicht nur einmalige Gespräche zu führen, sondern Telefonpatenschaften zu stiften, die von Dauer sind.

Helfer\*innen können sich per E-Mail an: [retla@org](mailto:retla@org) unter Angabe von Name, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Postleitzahl und zeitlicher Verfügbarkeit melden. Auch Spenden sind sehr willkommen. (Stand 5. Mai 20)

## 5 Termine



Foto: Wellnhofer\_Design / fotolia

**Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.**

### Ortsverband Ansbach

Informieren Sie bei Krankheit oder Umzug bitte Udo Weller, Tel.: 0981 / 36 33, E-Mail: [weller@an24.info](mailto:weller@an24.info).

### Ortsverband Bayreuth

Jeden zweiten Freitag im Monat, 14.15–16.15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Sprechtag im Gasthof „Moosing“, Oberobsang 11.

### Ortsverband Lauf-Röthenbach / Pegnitz

9. Juni, 14 Uhr: Kaffeekränzchen.  
20. Juni, 15 Uhr: Mitgliederversammlung.  
Jeden Freitag, 16–18 Uhr: Sprechstunde in der SoVD-Geschäftsstelle. Andere Termine finden nach Absprache statt.

### Ortsverband Lautertal

2. Juni, 18 Uhr: Vorstandssitzung, „Bergstüble“, Neukirchen.  
13. Juni, 14.30 Uhr: Mitgliederversammlung mit Ehrungen, Sportheim Oberlauter.  
14. Juni, 15 Uhr: Kaffeemittag, „Grüne Linde“, Oberlautern.  
18. Juni, 16.30–18 Uhr: Sprechstunde im evangelischen Gemeindehaus, Unterlauter.

### Ortsverband München

20. Juni, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Zirbelstube“. Auskünfte beim Vorsitzenden Walter Raßbach, Tel.: 089/7 85 49 61.

## Glückwünsche



Foto: Dora Zett / fotolia

*Wir denken selten an das, was wir haben,  
aber immer an das, was uns fehlt.*

Arthur Schopenhauer

Der gesamte Landesvorstand und die Mitarbeitenden gratulieren allen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit.

Besondere Glückwünsche gehen an:

- 60 Jahre:** 17.6.: Brigitte Herrmann, Ansbach.
- 65 Jahre:** 13.6.: Adelheid Lorenz, Bad Staffelstein; 28.6.: Wilfried George, Ebensfeld.
- 70 Jahre:** 3.6.: Peter Mayer, Mitterteich; 7.6.: Reinhard Scheuern, Oberstdorf; 15.6.: Ingrid Reiß, Nürnberg; 21.6.: Maria-Eva Madl, München.
- 75 Jahre:** 6.6.: Christa Erlbacher, Nürnberg; 11.6.: Gerda Martinetz, Erding; 20.6.: Uwe Casper, Kirchenlamitz, Anton Schönwetter, Markt Indersdorf.
- 80 Jahre:** 4.6.: Horst Warkuß, Mitterteich.
- 85 Jahre:** 7.6.: Karl-Heinz Friedrich, Nürnberg; 11.6.: Irmgard Eberth, Ebensfeld.
- 92 Jahre:** 15.6.: Resi Swoboda, Nürnberg.
- 93 Jahre:** 14.6.: Elfriede Luxi, München.
- 94 Jahre:** 14.6.: Paul Selmaier, Burghausen.
- 106 Jahre:** 25.6.: Maria Feldmaier, München.

DAK Bayern und die Restless Legs Vereinigung bieten telefonische Hilfe

## Wenn die Beine nicht schlafen

**Rastlose Beine in der Nacht bringen viele Bayern um ihren Schlaf. Experten schätzen, dass mindestens 620.000 Menschen im Freistaat vom sogenannten Restless Legs Syndrom (RLS) betroffen sind. Da die Symptome vor allem abends und nachts auftreten, leiden die Betroffenen unter Schlafstörungen.**

Die Probleme kommen vor allem nachts: Schmerzhaftes Missempfindungen und ein ausgeprägter Bewegungsdrang der Beine sind typisch für das Restless Legs Syndrom. Das Syndrom „der unruhigen Beine“ ist eine der häufigsten Erkrankungen des Nervensystems. Die Beschwerden treten auf, wenn der Körper zur Ruhe kommt. Bei vielen Patienten kommt es zudem zu unwillkürlichen Beinbewegungen im Schlaf, sodass

nicht nur die Einschlaf-, sondern auch die Tiefschlafphase gestört ist. Verstimmungen, Müdigkeit und Erschöpfung können die Folge sein. Kommt es in Ruhephasen auch am Tag zu Symptomen, kann dies die Betroffenen in ihren beruflichen und sozialen Aktivitäten stark beeinträchtigen.

Die Selbsthilfevereinigung Restless Legs ([www.restless-legs.org](http://www.restless-legs.org)) bietet für Betroffene in Bayern eine spezielle Tele-

fon-Hotline. Das Serviceangebot ist mittwochs von 16 bis 18 Uhr unter der Rufnummer 089/55 02 88 82 zum Ortstarif erreichbar. Dort geben Experten individuelle Hinweise und Tipps rund um die Krankheit und mögliche Behandlungen. Kunden aller Krankenkassen können sich beraten lassen. Die DAK-Gesundheit bietet außerdem ein Schlaf-Special und ein Schlaftagebuch unter [www.dak.de/schlaf](http://www.dak.de/schlaf). *Quelle: DAK*

## Ortsverband Michelau

Die Dynamik, mit der uns das Coronavirus zu Verhaltensänderungen zwingt, haben wir noch vor wenigen Wochen nicht für möglich gehalten. In den schweren Zeiten der Coronakrise muss auch die Mitgliederversammlung mit den anstehenden Neuwahlen für 2020 bis 2022 bis auf Weiteres

auf Eis gelegt werden. Ob im Juni Veranstaltungen stattfinden können, wird je nach Lage entschieden und dann in der Tageszeitung beziehungsweise per E-Mail mitgeteilt. Wichtige Anliegen von Mitgliedern werden, soweit möglich, vom 1. Vorsitzenden Günther Ruckdäschel unter Tel.: 09571/83 585 bearbeitet. Bei Bedarf wird dieser

die Anliegen an den Sozialberater Dr. Josef Haas oder an die Rechtsabteilung des SoVD weitergeleitet, um eine Rundumbetreuung der Mitglieder weiterhin zu gewährleisten.

Bitte versäumen Sie auch in diesen schweren Zeiten keine Widerspruchsfristen. Melden Sie sich rechtzeitig beim Ortsverband Michelau.



## Sozialberatung

**Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet. Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Bodenehrstraße 20, 81373 München, Tel.: 089 / 53 05 27.**

**Kümmererstelle Coburg:** nach telefonischer Voranmeldung bei Barbara Hölzel unter Tel.: 0170/52 73 691.

**Kümmererstelle Coburg-Lautertal:** jeden zweiten Donnerstag im Monat, 16.30–18 Uhr, Ansprechpartnerin: Barbara Hölzel, Tel.: 0170/5 27 36 91 (mobil), E-Mail: [barbarahoelzel@freenet.de](mailto:barbarahoelzel@freenet.de).

**Sozialberatung in Dietfurt:** jeden ersten Freitag im Monat, 12.30–14.30 Uhr, bei der freiwilligen Feuerwehr, Espanweg 4, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: [rechtsschutz@sovd-mfr.de](mailto:rechtsschutz@sovd-mfr.de).

**Sozialberatung in Ebensfeld:** jeden letzten Freitag im Mo-

nat, 16.30–18 Uhr, im Gasthof „Zum Schwan“, Hauptstraße 46, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49; im Bedarfsfall besucht Dr. Haas nach telefonischer Terminvereinbarung das Mitglied auch zu Hause.

**Sozialberatung in Ingolstadt:** jeden ersten Freitag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2a, nur nach Terminvereinbarung bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: [rechtsschutz@sovd-mfr.de](mailto:rechtsschutz@sovd-mfr.de).

**Sozialberatung in Michelau:** jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

**Sozialberatung in Mitterteich:** jeden letzten Donnerstag im Monat, 8.30–10 Uhr, Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01 oder E-Mail: [rechtsschutz@sovd-mfr.de](mailto:rechtsschutz@sovd-mfr.de).

**Kümmererstelle in der**

**Oberpfalz / Weiden:** nächster Termin: 24. Juni, 9.30 -11.30 Uhr, Im Neuen Rathaus, Konferenzzimmer, Dr.-Pfleger-Straße 15, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/5349.

**Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth:** jeden zweiten Freitag im Monat, 14–16.15 Uhr, Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49.

**Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach:** jeden ersten Dienstag im Monat, 9–11 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: [rechtsschutz@sovd-mfr.de](mailto:rechtsschutz@sovd-mfr.de).

**Sozialberatung in Tirschenreuth:** jeden letzten Donnerstag im Monat, 10.30–12 Uhr, Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache bei Ansprechpartnerin Elfriede Schreiner, Tel.: 0911/9 80 15 01, E-Mail: [rechtsschutz@sovd-mfr.de](mailto:rechtsschutz@sovd-mfr.de).

**Kümmererstelle in Würzburg:** nach telefonischer Voranmeldung bei Isabella Stephan, Tel.: 0157/76 82 95 70.

Das Kreiskrankenhaus Rotenburg a. d. Fulda bewirbt sich um SoVD-Plakette

## Barrierefreiheit angestrebt

**Das mehrfach zertifizierte Kreiskrankenhaus Rotenburg a. d. Fulda ist ein Akutkrankenhaus und akademisches Lehrkrankenhaus der Philipps-Universität Marburg. Bereits im letzten Jahr ist die Leitung des Krankenhauses an den SoVD herangetreten und hat sich um die Auszeichnung der SoVD-Plakette „Überlegt geplant – an alle gedacht“ für Barrierefreiheit beworben.**

Das Kreiskrankenhaus Rotenburg a. d. Fulda empfing den SoVD-Landesvorsitzenden Rudolf Schulz, die Vorsitzende des Kreises Hersfeld-Fulda-Werra-Meißner, Marita Schliephorst, sowie Projektleiterin Heike Sommerauer-Dörzapf am 13. Januar zu einem ersten Treffen.

Geschäftsführer Andreas Maus hatte sämtliche Abteilungsleiter\*innen zu diesem Treffen versammelt. Zunächst stellte er in einer Powerpoint-Präsentation das Leitbild und die Entwicklung des Kreiskrankenhauses vor. Danach präsentierte er Zahlen, Daten und Fakten rund um die Klinik. Er betonte, dass das Krankenhaus fast keine Fluktuation zu verzeichnen und sich einen guten Ruf als fachlich kompetent sowie besonders mitarbeiter- und patientenfreundlich erworben habe. Durch ein weiteres Alleinstellungsmerkmal als „barrierefreies Krankenhaus“ mit der entsprechenden SoVD-Plakette will man auch Patient\*innen mit einem Handicap wirkungsvoll und mit Taten begegnen.

Danach stellte Landesvorsitzender Rudolf Schulz den SoVD mit seiner Philosophie und seinen Dienstleistungen vor. Im Laufe des Austauschs regte



Foto: Daniel Kleinkauf

**Foto (v. li.): Rudolf Schulz, Marita Schliephorst, Karla Krause-Heid, Heike Sommerauer-Dörzapf, Dorothé Hanstein, Christina Harthausen, Isabell Stiel und Andreas Maus.**

die Leiterin des Sozialdienstes, Dorothé Hanstein, an, dass im Rahmen des Sozialdienstes der Klinik auch Sozialsprechstunden durch den SoVD vor Ort sinnvoll sein könnten, um die Patient\*innen noch effizienter zu unterstützen. Den Vorschlag will Rudolf Schulz gerne unterstützen.

Anschließend erfolgte eine gemeinsame Begehung durch das Krankenhaus mit dem technischen Leiter Daniel Kleinkauf und Isabell Stiel, die dieses Projekt angestoßen hat. Hierbei wurde die SoVD-Checkliste zugrunde gelegt. Nur wenige

geforderte Kriterien wurden nicht erfüllt. Sie werden keine großen Umbauten erforderlich machen.

Aus Sicht des SoVD ist das Kreiskrankenhaus bereits auf einem sehr guten Weg, um die SoVD-Plakette „Überlegt geplant – an alle gedacht“ in Kürze verliehen zu bekommen. Es wäre das erste Krankenhaus in Hessen und somit ein „Leuchtturmprojekt“.

Der SoVD-Landesverband Hessen freut sich heute schon auf die erfolgreiche Kooperation mit dem Kreiskrankenhaus Rotenburg a. d. Fulda.



## Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Landesverband Hessen des SoVD bietet auch in Corona-Zeiten ein breites Spektrum von Unterstützungsleistungen an. Unsere Landesgeschäftsstelle und unsere ehrenamtlich Aktiven sowie unsere Jurist\*innen arbeiten, mit Ausnahme des eingeschränkten persönlichen Kontakts, uneingeschränkt weiter.

Über die zentrale Sozialrechtsberatung und über unser Pflgelefon, siehe „Sprechstunden und Sozialberatung“, beantworten wir Fragen im Sozialrechtsbereich und helfen somit bei Anträgen und Widersprüchen. Unsere Jurist\*innen standen und stehen auch in Zeiten der Pandemie für Sie zur Verfügung.

Die telefonische Rechtsberatung war ein erhöhter organisatorischer Aufwand. Aber sie hat uns auch aufgezeigt, dass bestimmte Fälle auch telefonisch bearbeitet werden können. Wir werden diese Erfahrung auswerten und hier eventuell unser Angebot ausweiten.

Auf jeden Fall haben wir seit Mitte Mai die persönliche Beratung in den Sozialberatungszentren wieder aufgenommen. In den nächsten Monaten wird es je nach Wunsch und Bedarf des Ratsuchenden hier eine persönliche oder telefonische Beratung geben. Wir werden die Hygienevorschriften strikt einhalten und kostenlos Mundschutzmasken zur Verfügung stellen.

Die Pandemie wird die Menschen in unserem Land auch wirtschaftlich treffen. Negativ werden die Auswirkungen bei den älteren Menschen mit niedrigerer Rente sein, und wir müssen davon ausgehen, dass Personen mit niedrigem sozialen Status stärker von den gesundheitlichen Folgen der Krise betroffen sind. Ähnliche Auswirkungen werden sich feststellen lassen, wenn es um den Bildungserfolg unserer Kinder und Enkelkinder geht. Viele Menschen sind durch die aktuellen Maßnahmen auch in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Ob die Hilfspakete die schlimmsten Folgen abfedern können, werden wir sehen. Die Effekte sind branchenspezifisch und betreffen bestimmte Bereiche stärker, etwa den Hotel-, Restaurant- oder Veranstaltungsbereich. Hier sind bereits einige Hilfsmaßnahmen aufgelegt worden. Generell würde ich sagen, dass wir in Deutschland im internationalen Vergleich schon viel dafür tun, diese Beschäftigtengruppen zu schützen. Wir können zudem auf viele relativ gut etablierte Instrumente wie etwa die Kurzarbeit für Beschäftigte zurückgreifen, die zumindest in den ersten Monaten die Auswirkungen der Krise abfangen können.

Die Frage bei dieser Krise ist: Wie lange wird sie andauern? Wann können wir auch wieder zu einem „normalen“ Verbandsleben zurückkehren? Dies ist noch mit großer Unsicherheit behaftet. Daraus ergibt sich, dass die Maßnahmen mittel- oder langfristig weiter angepasst werden müssen. Nur wenige Ortsverbände haben ihre Jahreshauptversammlungen durchführen können. Aus Vorsicht haben wir diese Versammlungen abgesagt. Wir werden nach den Sommerferien unsere Augenmerk darauf richten, dass diese durchgeführt werden und die Vorstände gewählt werden können.

Vor dem verbandspolitischen Notbetrieb hat der Kreisverband Hochtaunus die Fusion mit dem Kreisverband Frankfurt zum Kreisverband Südhessen beschlossen. Somit ist die Strukturreform im Süden und Norden des Landesverbandes abgeschlossen und die Region wurde organisatorisch und finanziell gestärkt. Mit der Wiederbelebung und der Besetzung der Beratungsstelle in Bad Homburg durch die Juristin Sigrid Jahr konnte der weitere Ausbau der Sozialrechtsberatungen umgesetzt werden.

In diesem Sinne bleibt mir, Ihnen eine gute Zeit in diesen schwierigen Zeiten zu wünschen. Bleiben Sie gesund!

**Ihr Rudolf Schulz,  
1. Landesvorsitzender**

Der SoVD Hessen bleibt auch in Corona-Zeiten als Anlaufstelle erreichbar

## Wachsamkeit statt Panik

**Bereits Mitte Februar hatte Landesvorsitzender Rudolf Schulz weitsichtig die Vorstände gebeten, eine zuverlässige telefonische Erreichbarkeit in ihren Kreis- und Ortsverbänden zu überprüfen und die Bereitschaft in der Landesgeschäftsstelle sichergestellt. Auch der Kreisverband Frankfurt/Südhessen steht immer im Kontakt mit den Mitgliedern.**

Mit großer Disziplin und Besonnenheit haben sich die SoVD-Mitglieder im Kreisverband Frankfurt/Südhessen auf die durch das Coronavirus veränderte Situation eingelassen. „Solange wir den Kontakt in die Familie halten können, ist die Situation erträglich. Dieses Jahr hätten wir keine Reise mit dem SoVD unternehmen können, weil die gesundheitliche Situation dies ohnehin nicht zuließe“, berichtet eine Frau aus dem Westen Frankfurts, die wegen ihrer regen Teilnahme

an den regelmäßigen Ausflügen des SoVD-Kreisverbandes guten Kontakt zu anderen Mitgliedern hat.

„Inzwischen ist die unüberhörbare Verunsicherung der ersten Tage einer aufmerksamen Wachsamkeit gewichen“, heißt es in der Landesgeschäftsstelle des hessischen Landesverbandes in Wiesbaden.

Daher gab es Mitte März zahlreiche Anrufe, die nicht unbedingt auf Panik beruhten, aber insbesondere im Hinblick auf



**Auch beim Besuch im SoVD gilt der Mund-Nasen-Schutz.**

**Fortsetzung auf Seite 14**

Der SoVD Hessen bleibt in Coronazeiten erreichbar

## Wachsamkeit statt Panik

### Fortsetzung von Seite 13

die Gesamtsituation eine starke Unsicherheit aus der Mitte der Gesellschaft spiegelten. „Selbstverständlich ging es auch um laufende Sozialberatungen“, berichtet Landesvorstand Schulz, „weil ja alle Behörden und Gerichte auf einen Schlag für den Publikumsverkehr geschlossen waren. Wie laufende Fälle in so einer Situation dort weiter bearbeitet würden, war für Betroffene nicht transparent.“

Bescheide zu Anträgen auf einen Grad der Behinderung oder die Erwerbsunfähigkeitsrente gehören zu den üblichen Angelegenheiten, die der SoVD für seine Mitglieder in die Hand nimmt. Doch tatsächlich häuften sich seit März bis Mitte April Anrufe von Menschen, die eine ernsthafte existenzielle Bedrohung befürchteten und sich zum ersten Mal in ihrem Leben zum Thema Hartz IV oder Wohngeld informieren wollten.

Seit 7. Mai ist die Landesgeschäftsstelle wieder für angemeldete Termine geöffnet, selbstverständlich nur unter den Sicherheitsvorkehrungen, die derzeit überall empfohlen und geboten sind: Einhaltung der Hygieneregeln, Abstand halten und das Tragen einer Mund-Nasen-Maske sind obligatorisch.



## Glückwünsche



eyetronic/AdobeStock

Allen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag haben, gratulieren wir herzlich. Kranken Mitgliedern wünschen wir eine baldige Genesung. Besondere Glückwünsche gehen an:

**60 Jahre:** 8.6.: Doris Zander, Fronhausen.

**65 Jahre:** 5.6.: Ursula Stiller, Wesertal; 6.6.: Henriette Rauschenberg, Hofgeismar; 6.6.: Karl-Heinz Pracht, Dautphetal; 10.6.: Renate Meil, Kirchhain.

**70 Jahre:** 7.6.: Angela Markwort, Kelsterbach; 10.6.: Elfriede Allmeroth, Bebra; 11.6.: Monika Beck, Friedrichsdorf; 15.6.: Georgia Tsegelidou, Flörsheim; 19.6.: Bernhard Bocklitz, Ahnatal; 20.6.: Heinz Kopp, Geisenheim; 30.6.: Dietrich Beck, Löhne.

**75 Jahre:** 15.6.: Heidi Hartmann, Hann. Münden; 20.6.: Gisela Laubmeyer, Wiesbaden; 23.6.: Juliane Schwab, Kronberg; 24.6.: Bernd Nimpfer, Hattersheim; 30.6.: Gerhard Wagner, Rüdeshheim am Rhein.

**80 Jahre:** 2.6.: Manfred Weimar, Friedrichsdorf; 3.6.: Robert Hieronymi, Karben; 25.6.: Inge Fippl, Hofgeismar; 28.6.: Heinz Baumeister, Bad Wildungen.

**91 Jahre:** 18.6.: Anneliese Grote, Bad Karlshafen; 27.6.: Hildegard Seeger, Calden; 27.6.: Siegfried Scherge, Darmstadt.

**92 Jahre:** 11.6.: Anna Libicher, Bad Karlshafen.

**93 Jahre:** 10.6.: Ursula Deterding, Bad Wildungen.

**95 Jahre:** 9.6.: Elisabeth Simon, Frankfurt.

**96 Jahre:** 17.6.: Elfriede Köhler, Vellmar.

**102 Jahre:** 17.6.: Emma Teutenberg, Wesertal.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.



## Sprechstunden und Sozialberatung

**Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.**

### Landesverband Hessen

Der SoVD-Landesverband Hessen bietet seinen Mitgliedern eine kostenlose Sozialberatung an. Nichtmitglieder können gratis eine Erstberatung in Anspruch nehmen.

Für Fragen oder weitere Infos zum SoVD wenden Sie sich gern telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in der Luisenstraße 41 in 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/8 51 08. Bürozeiten sind montags bis donnerstags, 9–16 Uhr, und freitags, 9–14 Uhr.

**Info-Telefon Pflege:** Dipl.-Pflegerin Ursula Stadler berät unter Tel.: 069/31 90 43.

### Kreisverband Frankfurt

Kreisgeschäftsstelle, Erzbergerstraße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 u. 7), 63179 Obertshausen, Tel.: 0611/20 55 216, geöffnet montags bis freitags, 10–13 Uhr.

**Beratung in Darmstadt:** jeden 2. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Infos bitte bei der obigen Telefonnummer erfragen.

### Ortsverband Frankfurt-Höchst

Sozialrechtsberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, ab 15 Uhr, im AWO-Stadtteilzentrum, Königsteiner Straße 88 in 65929 Frankfurt-Höchst, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lernerz. Terminabsprache erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Ortsverband Offenbach

Sozialrechtsberatung: jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Kreisgeschäftsstelle, Erzberger Straße 12–14 (Zugang über Beethovenstraße zwischen Nummer 5 und 7), 63179 Obertshausen, durch Rechtsanwalt Hermann-Josef Lernerz, Terminvereinbarung erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Kreisverband Gießen

#### Ortsverband Gießen

Sozialsprechstunde: jeden 1. und 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr, mit Evelyn Kaletsch-Damm, Curtmannstraße 38, 35394 Gießen, E-Mail: szbgiessen@sovd-hessen.de, Anmeldung erbeten unter Tel.: 06033/7 48 89 99.

#### Sozialrechtsberatung in Herborn:

jeden 1. Montag im Monat, 10–12 Uhr, durch Juristin Sigrid Jahr, in der Geschäftsstelle der AWO, Walkmühlenweg 5, 35745 Herborn, vorherige Terminvereinbarungen erbeten unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Sozialrechtsberatung dienstags, 14–17 Uhr, und donnerstags, 10–13 Uhr, im AWO-Haus, Wilhelmshöher Allee 32 a, 34117 Kassel, nur nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216, oder Fax: 0611/60 91 358.

Sozialrechtsberatungen: jeden 3. Montag im Monat, 15–17 Uhr, im Petrihaus, Pfeffergasse 1, 34369 Hofgeismar.

Ansprechpartner\*innen:  
34385 Bad Karlshafen: Lorenz Güthoff, Tel.: 05672/22 39.

34379 Calden: Irmgard Fohr, Tel.: 05674/65 67.

34385 Helmarshausen: Diet-

helm Rogasch, Tel.: 05672/16 18. 34369 Hofgeismar: Brigitte Schutta, Tel.: 05671/36 42.

34359 Reinhardshagen: Peter Hartmann, Tel.: 05541/3 27 77. 37194 Vernawahlshausen: Walter Don, Tel.: 05571/17 12.

### Ortsverband Bad Wildungen

Sozialberatung nur nach telefonischer Terminvereinbarung. Conrad-von-Soest-Straße 2 a, 34537 Bad Wildungen. Anmeldung unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Kreisverband Hersfeld-Fulda, Werra-Meißner

Sozialberatung durch Marita Schliephorst, Oberländchen 23, 36119 Neuhaus. Anmeldung unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil), Fax: 06655/74 02 45 oder E-Mail: m.schliephorst@sovd-hessen.de.

### Ortsverband Bad Hersfeld

Sozialberatung: im SozialkompetenzZentrum, Uffhäuser Str. 8, 36251 Bad Hersfeld, Anmeldung unter Tel.: 06621/91 30 60.

### Ortsverband Eschwege

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr, durch Marita Schliephorst, bei der AWO Werra-Meißner e.V., An den Anlagen 8, 37269 Eschwege, Anmeldung siehe oben.

### Ortsverband Fulda

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 14–16 Uhr, im Sozial- und Arbeitsgericht, Am Hopfengarten, Sitzungssaal (Erdgeschoss).

### Ortsverband Rotenburg-Bebra-Solz

Sozialberatung: jeden 1. Dienstag im Monat, 10–12 Uhr,

im Neuen Rathaus, „Altenstube“, 1. OG, 36199 Rotenburg an der Fulda.

### Ortsverband Sontra

Sozialberatung: jeden 1. Montag im Monat, 9–12 Uhr, bei der Bürgerhilfe Sontraer Land e.V., Hinter der Mauer 1. Eine Terminvereinbarung ist notwendig unter Tel.: 06655/74 02 26 oder 0176/95 53 81 36 (mobil).

### Kreisverband Hochaunus

#### Ortsverband Limburg-Weilburg

Sprechstunde im Vorhönig 12, 65620 Waldbrunn-Hintermeilingen, bei Alois Heun, Tel.: 06479/8 41 oder 0170/3 80 81 17 (mobil). Bei Bedarf können auch Hausbesuche vereinbart werden. Für eine offizielle Rentenberatung sind ebenfalls Termine möglich.

### Ortsverbände Bad Homburg und Oberursel

Sozialsprechstunde: Jeden 2. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, mit Sigrid Jahr, Schöne Aussicht 24, 61350 Bad Homburg vor der Höhe. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden, Tel.: 0611/20 55 216.

### Kreisverband Marburg-Biedenkopf

#### Ortsverband Münchhausen-Wetter

Sozialberatung jeden Montag, 16–18 Uhr, Stadthalle Wetter, Konferenzraum, Schulstraße 27, 35083 Wetter. Terminvereinbarung in dieser Zeit unter Tel.: 06423/54 37 19 oder 0152/58 62 96 77 (mobil). In dringenden Fällen (nur bis 18 Uhr!): Helga Kläs, Tel.: 06422/8 98 72 02, oder Hans-Werner Dersch, Tel.:

06423/5 15 24, in ganz dringenden Fällen: Waldemar Becker, Tel.: 05605/92 92 10.

### Sozialrechtsberatung in Kirchhain:

jeden 1. Freitag im Monat, 15–17 Uhr, durch Sozialjuristin Annette Mülöt-Carvajal, im AWO-Treff, Brießelstraße 15. Nur nach vorheriger Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden unter Tel.: 0611/20 55 216.

### Ortsverband Marburg

Die Sozialberatung erfolgt zurzeit durch den Ortsverband in Wetter (siehe Eintrag oben).

### Kreisverband Wiesbaden

#### Ortsverband Wiesbaden-Stadt

Sozialrechtsberatung: jeden 1., 2. und 3. Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr, sowie jeden 4. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr, in der Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, durch die Rechtsanwältinnen Frank Sunkomat und Martin Wallbruch.

Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle in Wiesbaden vereinbaren unter Tel.: 0611/20 55 216, per Fax: 0611/8 50 43 oder per E-Mail an: szbwiesbaden@sovd-hessen.de.

### Ortsverband Ginsheim-Gustavsburg

Sozialsprechstunde nach Vereinbarung bei Anne Baumann, Gustavsburg, Tel.: 06134/5 47 56.

### Sozialberatung in Mainz-Kastel:

Es berät Franz Seitz, montags und freitags, 10–13 Uhr, dienstags und donnerstags, 16–20 Uhr, Am Königsfloß 30, Haus 3, Tel.: 06134/5 64 09 66.

Kontaktloses Zahlen mit Handy oder Karte wird in Corona-Zeiten immer beliebter

## „Bitte nicht mit Bargeld zahlen“

„Mit Karte, bitte“ – immer weniger Kunden zahlen aus Angst vor Ansteckung mit dem Coronavirus an den Kassen von Supermärkten und Händlern bar. Der Trend geht zur Kartenzahlung, und zwar am liebsten kontaktlos. Das ist bequem, aber ist diese Methode auch sicher? Der Finanzexperte der Verbraucherzentrale NRW gibt dazu Auskunft.

Ob mit Girokarte, Kreditkarte oder dem Smartphone – kontaktloses Bezahlen ist vielfältig möglich, meistens auf Grundlage der „Near Field Communications“-Technologie (NFC). Wenn der Kunde bezahlen möchte, hält er sein NFC-fähiges Smartphone oder die Kredit- oder Girokarte mit NFC-Chip bis zu einem Abstand von einigen Zentimetern an das Lesegerät, und schon wird der Betrag abgebucht.

David Riechmann, Finanzexperte der Verbraucherzentrale NRW, beantwortet die wichtigsten Fragen rund um die angesagte Bezahlmethode:

### Bis zu welcher Summe kann man an der Kasse kontaktlos bezahlen?

Bisher waren in Deutschland meist nur Zahlungen bis 25 Euro ohne PIN oder anderweitige Freigabe (Fingerabdruck, Gesichtsscans) möglich, auch wenn die Vorgaben der EU kontaktlose Zahlungen bis zu 50 Euro ermöglichen. Aufgrund der Corona-Pandemie hat die Deutsche Kreditwirtschaft aber beschlossen, die Grenze entsprechend anzuheben. Nach einer kurzen Umsetzungsphase sollte es inzwischen allen Kunden mit NFC-tauglichen Karten oder Smartphones möglich sein, bis zu 50 Euro kontaktlos zu bezahlen.

### Ist dies auch mehrfach hintereinander problemlos möglich?

Ja, aber zur eigenen Sicherheit gibt es Begrenzungen. Der Betrag der vorherigen Zahlungsvorgänge seit der letzten Freigabe mit PIN darf insgesamt maximal 150 Euro betragen bzw. die Anzahl der vorherigen Zahlungen seit der letzten Freigabe nicht fünf Vorgänge übersteigen. Es kann also auch bei der Kontaktloszahlung ab und zu notwendig werden, eine Freigabe zu erteilen. So wird sichergestellt, dass der Kontoinhaber die Zahlungen alle selbst auslöst und das Konto nicht missbräuchlich leer geräumt werden kann.

### Wer trägt den Schaden, sollte die Karte unberechtigt von Dritten eingesetzt werden?

Wenn das Konto eines Kunden



Foto: Robert Kneschke / AdobeStock

**Kontaktloses Zahlen geht mit NFC-Technik ganz einfach: Das Handy ans Lesegerät halten und schon ist das Geld abgebucht. Aber viele Menschen sind skeptisch, ob das Verfahren auch sicher ist.**

durch Missbrauch einer Kontaktloszahlung belastet wird, übernimmt die Bank den Schaden.

### Worauf sollte man bei der kontaktlosen Zahlung achten?

Trotz der genannten Sicherungsgarantie durch die Bank ist es wichtig, beim Einsatz des Smartphones oder der Karte umsichtig zu bleiben. Sollte die Eingabe der PIN notwendig werden, diese verdeckt eingeben. Das gilt ebenso für das Freischalten des Telefons durch einen Entsperrcode. Auch die regelmäßige Kontrolle der Kontoauszüge bleibt sinnvoll. Unrechtmäßige Buchungen sollten sofort gegenüber der Bank angezeigt, die Karte gesperrt werden. Sollte die Gi-



Foto: Victoria / AdobeStock

**Wer eine Uhr mit NFC-Technik trägt, braucht zum Bezahlen nur noch den Arm hinhalten.**

rokarte betroffen sein, empfiehlt die Verbraucherzentrale, auch die Karte für das elektronische Lastschriftverfahren bei der Polizei zu sperren (KUNO). Und wenn das Smartphone verloren geht, sollte man daran denken, dass dort womöglich Zahlungsdaten hinterlegt sind und genau so handeln, als hätte man eine Karte verloren.

### Manche Verbraucher möchten die NFC-Funktion vielleicht gar nicht nutzen. Was können sie tun?

Die neue Generation von Zahlungskarten unterstützt regelmäßig die NFC-Funktion. Wer diese zum Beispiel aus Sicherheitsbedenken nicht haben möchte, kann den NFC-Chip bei manchen Banken deaktivieren lassen. Andere Finanzinstitute bieten diesen Service leider nicht an. Dann kann der Kartenbesitzer die NFC-Funktion durch eine entsprechende Schutzhülle unterbinden. Auch manche neueren Geldbörsen können einen solchen Schutz gewährleisten.

Grundsätzlich ist Bargeld das offizielle Zahlungsmittel in Deutschland. Händler können aber auch alternative Bezahlverfahren anbieten, zum Beispiel die Kartenzahlung. Wenn Händler kein Bargeld akzeptieren möchten, müssen sie das zumindest schon vor dem Einkauf deutlich machen – zum Beispiel per klar erkennbarem Aushang.

Quelle: Verbraucherzentrale Bund.



## Kolumne

# Pflege zu Hause – welche Unterstützung gibt es?

Liebe Freundinnen und Freunde,



Edmund Elsen

stellen Sie sich vor, Sie würden vor die Wahl gestellt, wo Sie bei Bedarf lieber gepflegt werden möchten: zu Hause oder stationär im Pflegeheim? Wahrscheinlich bevorzugen auch Sie Ihre gewohnte Umgebung, so wie die meisten Menschen. Wenn es dann so weit ist und Sie selbst oder Ihre Angehörigen auf Hilfe angewiesen sind, um im Alltag zurechtzukommen, ist das eine Herausforderung für alle Beteiligten. Finanzielle Unterstützung gibt das Pflegegeld.

Das Beantragen der Pflegegrade ist einfach und relativ formlos möglich – empfohlen wird jedoch aufgrund der Klarheit die schriftliche Form. Ansprechpartner ist immer die Pflegekasse, die meist bei Ihrer zuständigen Krankenkasse angesiedelt ist. Unterstützung beim Beantragen erhalten Sie auch bei den Pflegestützpunkten, die Antragsformulare bereithalten, Ihnen Fragen zu den Voraussetzungen eines Pflegegrades beantworten und Sie mit allen nötigen Informationen versorgen.

Zur Feststellung des Pflegegrades gibt es das Verfahren der Begutachtung. Der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) beurteilt die Situation beim Besuch des Pflegebedürftigen und gewichtet die Punkte in den einzelnen Beurteilungsmodulen für die Gesamtzahl. Maßstab zur Beurteilung der Pflegebedürftigkeit sind nun nicht mehr allein die körperlichen Fähigkeiten, sondern wie selbstständig Personen noch im Alltag zurecht kommen.

Ist der Besuch beim Patienten erfolgt, gibt der Gutachter des MDK seine Empfehlung zur Einstufung in einen Pflegegrad der Pflegekasse weiter. Dem Antragsteller wird die Entscheidung in einem Einstufungsbescheid mitgeteilt, der ihm einige Wochen nach der Begutachtung zugeht.

Wenn Sie nicht mit dem Einstufungsbescheid einverstanden sind, haben Sie die Möglichkeit, innerhalb eines Monats ab Zugang des Bescheides schriftlich Widerspruch bei der Behörde – der Pflegekasse – einzulegen. Durch das Widerspruchsverfahren muss die Behörde ihre Entscheidung nochmals überprüfen; es ist für Sie gebührenfrei. Unsere Beratungsstellen helfen Ihnen weiter.

Mit freundlichen Grüßen  
Edmund Elsen, 1. Landesvorsitzender



## Aktuelle Urteile

### Krankenversicherung: Auch ohne „Notaufnahme“ wird die Fahrt im Rettungswagen bezahlt

Bricht ein Mann wegen einer Blutzuckerentgleisung zusammen und wird er mit dem Rettungswagen abgeholt, so bleibt der Patient nicht auf den Kosten für diese Fahrt sitzen, wenn er nicht in die Notaufnahme des Krankenhauses gefahren wird, sondern „lediglich“ zum ambulanten Notdienst. Erst nachdem dort eine Verordnung für die stationäre Behandlung ausgestellt worden war, wurde er in der Notaufnahme behandelt – jedoch nicht stationär aufgenommen. Deswegen verweigerte die Krankenkasse des Mannes die Übernahme der Kosten. Dass die Erstbehandlung nicht in der Notaufnahme durchgeführt wurde, konnte die Kasse nicht von der Zahlung befreien. Es sei nicht anzunehmen, dass die Rettungsfahrt „mit dem Ziel einer ambulanten Behandlung“ aufgenommen wurde (SG Detmold, S 5 KR 460/16).

wb

## 5 Termine

Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.

### Ortsverband Hördt

22. Juni, 19 Uhr: Stammtisch. Ort anfragen unter Tel.: 07272 / 55 40.

### Ortsverband Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler

Jeden letzten Donnerstag im Monat, 15.30 Uhr: Kaffeenachmittag, Café Hauptert, Merchweiler. Anmeldung erbeten bei Beatrix Bost, Tel.: 06824 / 23 51.

### Ortsverband Lautertal-Pfalz

Jeden Freitag, 18 Uhr: Treffen, Sportheim Lautertalhalle, Katzweiler. Mitfahrgelegenheiten aus Katzweiler möglich, bitte unter Tel.: 06301 / 87 28 oder Tel.: 06301 / 79 99 930 melden.

### Ortsverband Vorderpfalz

5. Juni, 18 Uhr: Stammtisch, Gaststätte „VTV“, Anebosstraße 4, Ludwigshafen-Mundenheim.

## Wir gratulieren



Ursula Buschmann (Mitte) feierte am 9. April ihren 90. Geburtstag. Hierzu gratulierten ihr Martina Fuchs (li.) Matthias Schulz und Lothar Wolf, 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Kaiserslautern.

## Glückwünsche



Foto: Smileus / fotolia

**60 Jahre:** 1.6.: Rolf Tomalik, Ludwigshafen; 6.6.: Manfred Kalinowski, Nistertal, Birgit Altmaier, Kirn; 7.6.: Sigrid Wolf, Hördt; 12.6.: Christine Daniel, Grolsheim; 15.6.: Ulrike Best, Zeiskam; 16.6.: Petra Cataldi, Bingen; 23.6.: Bernadette Dreyer, Rülzheim; 25.6.: Rosemarie Dorth, Homburg; 30.6.: Petra Schneider, Andernach, Beatrix Erbar, Mülheim-Kärlich.

**65 Jahre:** 4.6.: Horst Hoim, Hersberg; 7.6.: Mathias Erbar, Mülheim-Kärlich; 8.6.: Erich Stahl, Unnau; 12.6.: Norbert Götzinger, Neupotz; 15.6.: Klaus-Dieter Hoffmann, Feusdorf; 18.6.: Jakob Schuhmann, Eisenberg; 25.6.: Hans Joachim Jung, Bad Kreuznach.

**70 Jahre:** 1.6.: Manfred Gieb, Dannstadt-Schauernheim; 4.6.: Werner Schend, Koblenz; 5.6.: Franz Bauchhenss, Rülzheim; 16.6.: Rosemarie Kindler, Fluterschen; 19.6.: Gisela Hornberger, Steinweiler; 25.6.: Gerhard Nutz, Rülzheim; 30.6.: Manfred Hutzler, Rülzheim.

**75 Jahre:** 11.6.: Hannelore Köhmann, Ludwigshafen; 20.6.: Renate Lo-Dicco, Ludwigshafen; 26.6.: Walter Laubersheimer, Rülzheim; 29.6.: Helmut Schweikardt, Ingelheim.

**80 Jahre:** 3.6.: Klaus Zeßner, Homburg; 20.6.: Helga Kuntz, Ottweiler.

**85 Jahre:** 10.6.: Ludwig Mannweiler, Meisenheim; 11.6.: Ingrid Hansen, Diez; 14.6.: Hedwig Lazar, Waldfishbach-Burgalben; 16.6.: Heinz Brändle, Ludwigshafen; 28.6.: Karl Mattern, Steinweiler.

**92 Jahre:** 27.6.: Hans Wolf Pusitsch, Grevenbroich.

**96 Jahre:** 20.6.: Rolf-Dieter Frantz, Eitelborn.

**99 Jahre:** Regina Walther, Worms.

Was Diabetiker\*innen in der Corona-Zeit beachten müssen

## Bei Diabetes größeres Risiko?

Steigende Infektionszahlen, geschlossene Geschäfte, abgeriegelte Grenzen: Das Coronavirus SARS-CoV-2 beherrscht die Nachrichten. Die allermeisten Erkrankungen verlaufen mild. Doch auch in Deutschland sterben Menschen an der Lungenkrankheit Covid-19, die durch das Virus ausgelöst wird. Vielen Menschen mit Diabetes macht das Angst. Sie werden häufig – auch vom Robert Koch-Institut – zur Risikogruppe für einen schweren Krankheitsverlauf gezählt. Was heißt das genau?

Bereits Anfang März hat die Deutsche Diabetes Gesellschaft (DDG) in einer Pressemitteilung klargestellt: Gesunde Menschen mit Diabetes haben kein erhöhtes Risiko, sich mit dem neuen Coronavirus SARS-CoV-2 anzustecken. Entscheidend ist ein gut eingestellter Blutzucker. Stabile Blutzuckerwerte senken nicht nur das Infektionsrisiko – man muss vermutlich auch weniger Komplikationen fürchten, wenn man sich doch angesteckt hat. Das zeigen sowohl Erfahrungen mit der saisonalen Grippe (Influenza) als auch erste Daten aus China zum Coronavirus.

Trotzdem stuft das Robert Koch-Institut Menschen mit Diabetes als Risikogruppe ein. Das liegt daran, dass sie oft noch andere Krankheiten haben, die das Immunsystem schwächen. „Dies gilt aber nicht für alle“, erklärt Dr. Jens Kröger, niedergelassener Diabetologe aus Hamburg. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Diabetes-Hilfe wünscht sich eine klarere Differenzierung und betont: „Junge Menschen mit Diabetes mellitus ohne Folgeerkrankungen gehören nicht zur Risikogruppe.“

Tatsächlich erhöht ist das

Risiko für ältere Menschen mit Diabetes und für solche, die an Folge- und Begleiterkrankungen leiden. Starkes Übergewicht (Adipositas) – sehr häufig bei Typ-2-Diabetes – macht zum Beispiel anfälliger für Infekte.

Wer eine Herzschwäche oder eine koronare Herzerkrankung hat, ist stärker gefährdet, weil das Herz bei einer coronabedingten Lungenentzündung deutlich mehr Arbeit leisten muss, um genug Sauerstoff durch den Körper zu transportieren. Ein vorgeschädigtes Herz ist dann schnell überlastet. Auch andere diabetesbedingte Erkrankungen – etwa eine fortgeschrittene Nierenschwäche – können das Risiko für Komplikationen bei einem schweren Corona-Verlauf erhöhen.

Menschen, die nach einer Organtransplantation Immunsuppressiva einnehmen, welche verhindern, dass das neue Organ abgestoßen wird, sind ebenfalls in besonderem Maße gefährdet. Oder auch Personen, die wegen einer aktuellen Krebserkrankung eine Chemo- oder Strahlentherapie bekommen.

Umso wichtiger ist es für all diese Menschen, sich gar nicht erst anzustecken. Neben den

allgemeinen Hygieneempfehlungen des Robert Koch-Instituts (RKI) gilt deshalb: Zu Hause bleiben und möglichst wenig Menschen treffen.

Auch für Menschen mit Diabetes lautet der allerwichtigste Rat: Befolgen Sie die allgemeinen Hygiene- und Verhaltensmaßnahmen! Achten Sie außerdem darauf, dass Ihr Blutzucker gut eingestellt ist! Das senkt das Infektionsrisiko.

Quelle: diabetes-ratgeber.net



Foto: Photographee.eu / AdobeStock

**Gerade in Corona-Zeiten gilt es für Diabetiker, auf die Blutzuckerwerte zu achten und strenge Hygiene zu betreiben.**

## Sprechstunden

Wir planen die „Wiedereröffnung“ unserer Beratungsstellen für Präsenzberatungen mit Terminvergabe und unter Einhaltung aller Einschränkungs- und Abstandsregeln voraussichtlich zum 18. Mai. Hinweise finden Sie auf unserer Homepage und Facebook-Seite.

Bitte Termine vorab telefonisch vereinbaren!

**Bad Marienberg:** Sigrid Jahr berät jeden 2. Mittwoch im Monat, 10–13 Uhr (Terminvereinbarung außerhalb der Sprechstunden möglich unter Tel.: 06432 / 9 24 94 80), Verbandsgemeinde, Zimmer 105, Kirburger Straße 4, 56470 Bad Marienberg.

**Bingen-Mainz:** Andrea Klosova berät dienstags und donnerstags, 9–12 Uhr, sowie mittwochs, 14–18 Uhr, Gebäude der AWO, Saarlandstraße 30, 55411 Bingen; nur nach Terminvereinbarung

unter Tel.: 06721 / 98 40 78.

**Homburg:** jeden 2. Montag im Monat berät Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Am Forum 5, Raum 102, 66424 Homburg.

**Kaiserslautern:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät mittwochs, 8.30–11.30 Uhr, Landesgeschäftsstelle, Pfründnerstraße 11, Kaiserslautern, Tel.: 0631 / 7 36 57.

**Ludwigshafen:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, Tel.: 06236 / 46 56 43, berät freitags, 8.30–12 Uhr, Ludwigstraße 41, Eingang: Wredestraße, 67059 Ludwigshafen.

**Montabaur:** Sigrid Jahr berät jeden Dienstag, 10–12 Uhr, sowie jeden Mittwoch, 14–16 Uhr. Terminvereinbarung unter Tel.: 06432 / 9 24 94 80, Dillstraße

12, 56410 Montabaur.

**Rülzheim:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, und Richard Dörzapf beraten am 25. Juni, 14–16 Uhr, barrierefreies Rathaus, Deutschordensplatz 1, Besprechungsraum 2.13, 76761 Rülzheim.

**Saarbrücken:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236 / 46 56 43.

**Spiesen:** Gabriele Scheppelmann berät jeden 1. Donnerstag im Monat, 15–17 Uhr, oder nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0176 / 34 03 41 58 (mobil) barrierefreies Rathaus, Hauptstraße 116, Zimmer 200, 66583 Spiesen.

**Zweibrücken:** Ralf Geckler, Fachanwalt für Sozialrecht, berät nach telefonischer Vereinbarung unter Tel.: 06236 / 46 56 43.

Abhol- und Lieferservice der baden-württembergischen „Schmeck den Süden“-Gastronomen

# Regionale Gerichte per App bestellen

**In der aktuellen Situation haben sich einige „Schmeck den Süden“-Gastronomen entschieden, ihren Kunden nach wie vor regionale Gerichte und Spezialitäten mit entsprechendem Liefer- und Abholservice anzubieten. Über die App „Von daheim BW“ finden Verbraucherinnen und Verbraucher die Gastronomen in ihrer Nähe.**

„Auch in der Coronakrise muss auf regionale Angebote der in der regionalen Küche verwurzelten Gastronomen nicht verzichtet werden. Mit der App ‚Von daheim BW‘ sind die vielfältigen Dienstleistungen der ‚Schmeck den Süden‘-Gastronomen für einen regionalen Genuss daheim möglich“, sagte der Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Peter Hauk, anlässlich der Ausweitung der App ‚Von daheim BW‘. „Wer diese Angebote nutzt, leistet auf kulinarische Weise einen Beitrag dafür, dass Baden-Württemberg auch nach der Coronakrise als Genießerland attraktiv und liebenswert bleiben kann“, so der Minister.

Anlässlich der aktuellen Coronakrise haben sich einige „Schmeck den Süden“-Gastronomen entschieden, ihren Kunden nach wie vor regionale Gerichte und Spezialitäten aus

der heimischen Gastronomie anzubieten. „Dafür werden von diesen Gastronomen entsprechende Liefer- und Abholservices angeboten. Außerdem gibt es teilweise die Möglichkeit, regionale Erzeugnisse der Hauslieferanten der Gastronomen zu beziehen. Das zeigt die enge Verbundenheit der Gastronomen zur heimischen Landwirtschaft, denn alle rücken ein Stück enger zusammen“, sagte Peter Hauk.

„In der App ‚Von daheim BW‘ ist dieses neue regionale Angebot der ‚Schmeck den Süden‘-Gastronomen ab sofort leicht zu finden. Diese Gastronomen werden ihre verfügbare Zeit außerdem dazu nutzen, um nach den coronabedingten Einschränkungen in ihren Einrichtungen für noch mehr Regionalität, Vielfalt und Servicebereitschaft zu sorgen“, so der Minister.

Die „Schmeck den Süden“-Gastronomen sind seit 24 Jahren eine landesweite Vereinigung von mehr als 330 regional arbeitenden Restaurants und setzen den Standard für vertrauenswürdigen, nachvollziehbaren, regionalen Genuss. Je mehr nachweislich regionale Speisen und Getränke im Restaurant angeboten werden, desto mehr „Schmeck den Süden“-Löwen erhält der Betrieb. Um ausgezeichnet zu werden, müssen die Betriebe mindestens drei regionale Gerichte anbieten.

In der App „Von daheim BW“ finden Verbraucher die Gastronomen ganz in Ihrer Nähe. Landesweit sind über 300 Gastronomen registriert. Die ausgewählten Serviceleistungen der teilnehmenden Gastronomen findet man unter den Suchbegriffen Abholservice/Lieferservice, die regionalen Lebensmit-



Foto: davit85 / AdobeStock

**Die Gastronomen im Land gehen neue Wege: Mit einer App können Kund\*innen regionale Spezialitäten bestellen, im Restaurant abholen oder ins Haus liefern lassen.**

telverkäufer einer Gastronomie unter dem Suchbegriff Hofladen.

Ebenfalls haben die Nutzer der App Zugriff auf landwirtschaftliche Direktvermarkter sowie Bäckereien, Metzgereien und Raiffeisenmärkte in ganz Baden-Württemberg. Aufgrund der eingeschränkten Öffnungszeiten ist eine spontane Anfahrt

zur Gastronomie nicht möglich. Verbraucher sollten sich vor Ihrem Einkauf telefonisch oder online informieren.

Die App „Von daheim BW“ gibt es für iOS-Geräte (App Store), und für Android-Geräte (Google Play Store).

Quelle: Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (Stand: 4. Mai 2020)

In der Coronakrise erleben die fast ausgestorbenen Autokinos ein Comeback in Deutschland

# Wieder im Trend: Mit dem Auto ins Kino

**Vor Kurzem noch waren sie vom Aussterben bedroht, seit der Coronakrise sind sie der neueste Trend: Autokinos. In Zeiten von Kontaktbeschränkungen und geschlossenen Kinosälen ist ein Kinobesuch im eigenen Auto die Alternative zum Fernsehen und vermittelt ein Gemeinschaftsgefühl. Auch in Baden-Württemberg eröffnen (vorübergehend) immer mehr Autokinos.**

Man kennt sie aus alten amerikanischen Filmen: Autokinos. 1960 eröffnete das erste „Drive in“-Kino in Deutschland, bis in

die 1970er Jahre erfreuten sich Autokinos großer Beliebtheit. Seitdem hat ihre Zahl rapide abgenommen. Durch die Coronakrise erlebt das Autokino wieder ein Revival. Da die Saalkinos wegen der Kontaktverbote geschlossen sind, kommen immer mehr Veranstalter auf die Idee, vorübergehend ein Autokino zu eröffnen. Und dabei kommt, im Gegensatz zu früher, modernste Technik zum Einsatz.

Auf der großen Kinoleinwand der Autokinos flimmern inzwischen nicht nur Filme über die Leinwand, auf extra errichteten Bühnen fanden dort auch schon Livekonzerte und Gottesdienste statt.

Wer noch nie im Autokino war: Auf einer speziellen Frequenz wird der Filmtone über das eigene Autoradio verbreitet. Wahlweise kann man auch einen Lautsprecher ausleihen

oder – wenn die Tonqualität gut ist – den Sound auf dem eigenen Handy empfangen.

Auch wenn das Gelände meist leicht erhöht ist: Frühes Erscheinen sichert einen Platz in der ersten Reihe, wo der Blick auf die Leinwand natürlich am besten ist. Aber in der Regel sieht man dank der riesigen Leinwand auch weiter hinten oder am Rand noch recht gut.

Vor dem Besuch sollte man lieber die Autobatterie checken, damit sie wenigstens zwei Stunden durchhält und die Frontscheibe putzen, damit der Blick nicht durch Schlieren getrübt wird.

Das Autokino hat einige Vorteile: Die Autoinsassen können sich während der Vorstellung unterhalten, ohne die anderen Besucher\*innen zu stören, die Lautstärke des Filmtons lässt sich individuell einstellen, man



Foto: Viktor Birkus / AdobeStock

**Weil die Kinosäle geschlossen sind, erfreut sich das Autokino wieder steigender Beliebtheit.**

kann sich Essen und Getränke selbst mitbringen, sich in den Sitz fläzen und Raucher können weiter ihrem Laster fröhnen.

In Coronazeiten wird der Kartenverkauf kontaktlos per Internet abgewickelt und die Tickets dann als QR-Code durch die geschlossene Fensterscheibe vom Handy abgescannt. Auch die Anzahl der Autoinsassen ist durch

die Corona-Verordnungen begrenzt. Über die Konditionen erkundigt man sich am besten bei dem ausgewählten Autokino am Ort vor dem Besuch.

Für Kinder eignen sich Autokinos eher nicht, denn die Filme starten erst spät, wenn es dunkel ist und entsprechend richtet sich das Angebot an Erwachsene. (Stand: 4. Mai 2020)



- Eine Auswahl von Autokinos:
- 70806 Stuttgart-Kornwestheim, Tambourstr. 1,
  - 72070 Tübingen, Festplatz, Europastr.
  - 73733 Esslingen am Neckar, Weilstraße 227,
  - 74072 Heilbronn, Theresienwiese,
  - 76532 Baden-Baden, Aschmattstraße 2,
  - 76137 Karlsruhe, Durlacher Allee 66,
  - 77815 Bühl, Bußmatten 2,
  - 79822 Titisee-Neustadt, Am Badeparadies 1.

## Spruch des Monats

*Wir sind nicht auf der Welt, um so zu sein,  
wie andere uns haben wollen.*

unbekannt



## Glückwünsche



Smileus/AdobeStock

**70 Jahre:** 11.6.: Irene De Stefano, Friedrichshafen; 17.6.: Olga Köbach, Wangen.

**75 Jahre:** 10.6.: Waltraud Kern, Mannheim; 13.6.: Rosa Wild, Kressbronn; 25.6.: Geoffrey, Lardy, Freiburg.

**85 Jahre:** 6.6.: Theresia Menke, Mannheim; 23.6.: Magdalena Stegmaier, Friedrichshafen; 28.6.: Hildegard Egenberger, Höpfingen; 30.6.: Sonja Fichtweiler-Hildebrand, Rabensburg.

**90 Jahre:** 29.6.: Amalie Knoll, Mannheim.

**97 Jahre:** 19.6.: Karl Meier, Neuhofen.

Auch den hier nicht genannten Mitgliedern, die im Juni ihren Ehrentag feiern, wünscht der Landesvorstand Glück und Gesundheit auf ihrem weiteren Lebensweg. Diesen Wünschen schließen sich auch die Kreis- und Ortsverbände auf das Herzlichste an. Unseren kranken Mitgliedern wünschen wir baldige Genesung und die vollständige Wiederherstellung ihrer Gesundheit.

**SOVD**

Besuchen Sie uns  
auch im Internet  
[www.sovd-bw.de](http://www.sovd-bw.de)

## 5 Termine



Foto: Wellnhofer Designs/AdobeStock

**Aufgrund der Corona-Krise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.**

### Ortsverband Friedrichshafen

Jeden 1. Dienstag im Monat, 14–16 Uhr: Kaffeetreff im Gasthaus „Rebstock“, Werastraße in Friedrichshafen. Neuteilnehmer\*innen sind jederzeit willkommen.

### Ortsverband Mannheim-Mitte

26. Juni, 17 Uhr: Mitgliederversammlung unter Leitung des KV-Vorsitzenden Hartmut Marx, „SG Mannheim“, Im Pfeifferswörth 9, 68167 Mannheim.

### Ortsverband Höpfingen

16. Juni, 14.30 Uhr: Infonachmittag im Gasthof „Zum Ochsen“.



## Sprechstunden und Sozialberatung

**Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den unten angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Beratung stattfindet.**

### Sozialberatung Albstadt

Die Sozialberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 07431/26 30.

### Sozialberatung im Bezirk Bodensee-Alb

Termine und Örtlichkeiten der Sozialberatung erfahren Sie bei der Rechtsberatungsstelle Mannheim unter Tel.: 0621/84 11 51. Eine Terminvereinbarung ist unbedingt erforderlich.

### Sprechstunden und Sozialberatung Friedrichshafen

Die Sprechstunden finden jeden zweiten Dienstag im Monat, von 14 bis 16 Uhr, in der Manzeller Straße 4, 88045 Friedrichshafen/Schnetzenhausen statt.

In dringenden Fällen wenden Sie sich bitte an Willy Pitzner, Tel.: 07541/7 27 02, oder an Karl Peter, Tel.: 07541/7 22 85.

### Sprechstunden Hockenheim

Die Sprechstunden finden einmal im Monat von 13.30 bis 15.30 Uhr im Raum 1 der „Zehntscheune“, Untere Mühlenstraße 4, 68766 Hockenheim statt.

Dabei berät von 13.30 Uhr bis 14.30 Uhr Fachanwalt Jürgen Nesweda die Mitglieder in sozialrechtlichen Fragen. Hierfür ist eine Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51 unbedingt erforderlich.

### Sprechstunden Kressbronn

Die Sprechstunden finden jeden letzten Mittwoch im Monat von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr statt. In dieser Zeit ist Frau Siegel nur unter der Mobilfunknummer 0176/22 94 82 01 erreichbar; sonst in dringenden Fällen auch unter Tel.: 07543/50 726.

### Sozialberatung Mannheim

Die Sozialberatung findet bei Fachanwalt Jürgen Nesweda in der Waldstraße 44 in 68305 Mannheim statt. Termine werden nur nach Absprache unter Tel.: 0621/84 11 51 vergeben.

### Sozialberatung im Raum Neckar-Odenwald

Die Sozialsprechstunden bei Fachanwalt Jürgen Nesweda finden im Gasthaus „Zum Ochsen“ in Höpfingen statt.

Alle SoVD-Mitglieder können die Beratung kostenlos in Anspruch nehmen, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zum

Ortsverband; aber nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 0621/84 11 51.

### Sozialberatung im Raum Mittel- und Südbaden

Eine Sozialberatung findet nur nach Terminabsprache mit Fachanwalt Jürgen Nesweda statt, Tel.: 0621/84 11 51. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle zur Verfügung, Tel.: 0621/8 41 41 72.

### Sprechstunden Ravensburg

Sprechstunden sind jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat, von 15.30 bis 17.30 Uhr, in der Georgstraße 14 a, 88212 Ravensburg, Tel.: 0160/94 65 87 21.

### Sprechstunden und Sozialberatung Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden mittwochs, von 9.30 bis 12 Uhr und von 13.30 bis 17 Uhr, im Generationenhaus Heselach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711/21 68 05 93, statt.

Jeden dritten Mittwoch im Monat (außer im Dezember) findet eine Sozialberatung statt, aber nur nach Vereinbarung mit der Rechtsberatungsstelle in Mannheim, Tel.: 0621/84 11 51.

Gesundheitsministerium bietet kostenlose Telefonnummer an

## Hotline gegen Corona-Ängste

**Das Land Baden-Württemberg hat eine Hotline für Menschen mit psychischen Belastungen eingerichtet. Unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 / 377 377 6 erhalten Betroffene professionelle Hilfe.**

Die Corona-Pandemie ist für viele Menschen im Land eine große psychische Belastung. Zu eingeschränkten sozialen Kontakten und möglichen Konflikten zu Hause kommen häufig Fragen, wie es mit dem eigenen Job und der Familie weitergeht. „Mit dieser Situation lassen wir die betroffenen Menschen im Land nicht allein – und bieten ihnen professionelle Hilfe und Unterstützung“, so Gesundheitsminister Manne Lucha.

Gemeinsam mit dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, der Landesärztekammer, der Landespsychotherapeutenkammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg hat das Land eine Hotline zur psychosozialen Beratung eingerichtet. Experten und Expertinnen stehen dort unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 / 377 377 6

täglich von 8 bis 20 Uhr zur Verfügung.

„Das Land befindet sich in einer absoluten Ausnahmesituation. Schlafstörungen, Existenzängste, Angst vor Ansteckung mit dem Coronavirus, Panikattacken, Depressionen oder depressive Verstimmungen – psychische Probleme durch die Corona-Pandemie können sich auf unterschiedliche Art äußern. Mit der Hotline schaffen wir ein niederschwelliges Angebot. Jede und jeder bekommt dort im Bedarfsfall professionelle Hilfe – schnell und unbürokratisch“, so Minister Lucha.

Betreut wird die Hotline ehrenamtlich von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeuten, Kinder- und Jugendpsychotherapeuten sowie von Fachkräften, die in der ambulanten betreuten gemein-

depsychiatrischen Versorgung, in psychiatrischen Kliniken und in Beratungsstellen arbeiten.

„Ich bin froh, dass wir mit dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, der Landesärztekammer, der Landespsychotherapeutenkammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg starke Partner an unserer Seite haben. Ihnen allen danke ich ganz herzlich für Ihren Einsatz und Ihr Engagement – auch in Zeiten der Krise“, betonte Lucha. Baden-Württemberg sei in Sachen Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen sehr gut aufgestellt. Die große Kompetenz und langjährige Erfahrung im Land sei eine hervorragende Grundlage, um auch die psychischen Folgen der Coronakrise so gut wie möglich bewältigen zu können.

(Stand: 4. Mai 2020)

Schreiben des SoVD-Landesvorsitzenden an den Präsidenten des Bremer Senats

SoVD Bremen gibt Vorschläge auf seiner Homepage

## Barrierefreie Mediennutzung

Der SoVD-Landesvorsitzende Joachim Wittrien hat Ende März 2020 ein Schreiben an den Präsidenten des Bremer Senats, Dr. Andreas Bovenschulte, und an die Fraktionsvorsitzenden der in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien zum neuen Medienstaatsvertrag gerichtet.

Der Medienstaatsvertrag ist die Grundlage für die Versorgung der Bevölkerung mit einem umfassenden Angebot an Rundfunk, Fernsehen und Telemedien im öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Bereich. Er ist zwischen den Ländern in einer Neufassung ausgehandelt worden und befindet sich nun in der Beratung in der Bürgerschaft.

Joachim Wittrien appellierte in einem dringenden Aufruf an die durchgehend barrierefreie Gestaltung der Medienangebote auch und gerade privater Anbieter. So müsse der Zugang zu allen Angeboten barrierefrei sein, damit auch Menschen mit Behinderung Zugang zu Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung haben. Dies sei für die gesellschaftliche Teilhabe aller Bürger\*innen unabdingbar. Während die öffentlich-rechtlichen Anbieter bereits vielfältige Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung vorsehen, wie Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern, Untertitelung, Audiodeskription usw., die sicherlich noch erweiterungsfähig sind, fehlen diese bei den privatrechtlichen Anbietern in weitaus größerem Umfang.

Bei der anstehenden Neufassung des Medienstaatsvertrages müsse die umfassende Barrierefreiheit das oberste Gebot sein, fordert Joachim Wittrien. Darüber hinaus seien die europarechtlichen Vorgaben aus der audiovisuellen Mediendienst-Richtlinie (AVMD) bis



Fotos (2): Andi Weiland / Gesellschaftsbilder

**Das Deutsche Historische Museum bietet tauben und hörbehinderten Menschen mit Gebärdensprachfilmen Erläuterungen zu den Ausstellungsstücken.**

September 2020 umzusetzen. Ansonsten drohe ein EU-Vertragsverletzungsverfahren. Der SoVD Bremen weist jedoch auf dringenden Überarbeitungsbedarf des vorliegenden Entwurfes des Medienstaatsvertrags im Interesse behinderter Menschen hin: Dazu müssen Anbieter von Rundfunk- und Telemedien verpflichtet werden, Aktionspläne zur Barrierefreiheit zu erstellen und diese regelmäßig fortzuschreiben.

Gerechte Quotenregelungen für Angebote mit Audiodeskription, Untertiteln etc. müssen unbedingt geschaffen werden, soweit und solange nicht alle Beiträge ausnahmslos in dieser Weise gestaltet sind. Informationen zu Katastrophen und Notfällen sind sämtlich barrierefrei zur Verfügung zu stellen. Und Ereignisse mit großer gesellschaftlicher Relevanz müssen in jedem Fall für Menschen mit Behinderung uneingeschränkt zugänglich gemacht werden. Gerade diese Forderung erfährt eine ungeahnte Aktualität im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Hier ist für jede und jeden deutlich erkennbar, dass zum Beispiel bei vielen Informationssendungen ein großer Nachholbedarf beim Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern besteht.

Ferner will Joachim Wittrien erreichen, dass unbedingt eine möglichst umfassende Definition in den Medienstaatsvertrag aufgenommen wird, welche Anforderungen an barriere-

freie Angebote zu stellen sind. Neben barrierefreien Inhalten muss zu ihnen auch der Zugang ohne Barrieren ermöglicht werden. Eine Informations- und Beschwerdestelle muss geschaffen werden, die von allen Anbietern der Rundfunk- und Telemedien sowie Landesmedienanstalten, insbesondere durch Informationen oder Ansprechpartner, unterstützt wird. Sanktionen sollten beim Ausbau barrierefreier Angebote vorgesehen werden, zum Beispiel in einem ersten Schritt bei Nichteinhaltung vorgeschriebener Berichtspflichten.

Abschließend unterstrich der SoVD-Landesvorsitzende Joachim Wittrien, dass der SoVD sich auch deshalb so nachdrücklich für die barrierefreie Gestaltung von Rundfunk- und Telemedien einsetzt, weil diese für die Mitglieder des Verbandes von ganz besonderer Bedeutung sind. Das gilt sowohl für Menschen mit Behinderung als auch ältere Mitbürger\*innen, die in weitaus stärkerem Maße auf Rundfunk und Fernsehen angewiesen sind als andere Personengruppen. Eine umfassende, differenzierte, unabhängige und aktuelle Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Rundfunk, Fernsehen und Telemedien ist nach Auffassung von Joachim Wittrien eine unbedingte Notwendigkeit für das Funktionieren einer lebendigen und gesicherten demokratischen und sozialen Grundordnung in Deutschland.

## Tipps gegen Langeweile

Fällt Ihnen in diesen schwierigen Tagen die Decke auf den Kopf oder fühlen Sie sich einsam? Wir haben für Sie zehn Tipps und Anregungen aus dem Land Bremen zusammengestellt, damit Sie die Zeit gut ausfüllen und möglicherweise sogar neue Bekannte gewinnen können.

Allerdings passen unsere Tipps gar nicht auf diese Seite! Deshalb haben wir sie im gleichnamigen Artikel auf unserer Homepage: [www.sovd-hb.de](http://www.sovd-hb.de) hinterlegt. Hier kommen ein paar Kostproben: Kennen Sie noch die Abenteuergeschichten des Chicagoer Taschendiebs Dickie Dick Dickens, der in den 1960er-Jahren die Bremer Straßen leer fegte? Radio Bremen hat das Kulthörspiel neu aufgelegt und es als Podcast ins Netz gestellt. Und wenn wir schon bei „alten Kamellen“ sind, warum nicht Sendungen des Ohnsorg-Theaters mal wieder anschauen, zum Beispiel auf Youtube?

**Per Mausclick dabei ...**

Alle, die das Hier und Jetzt lieben, werden beim „Kulturellen Lieferdienst“ aus Bremen fündig. Die junge Initiative hält neben Songs, Lesungen und Fitnesstraining spannende Kleinkunst bereit. Aber das ist beileibe noch nicht alles, was in den Tipps angeboten wird. Der Gang durch große, internationale Museen ist per Mausclick möglich, genauso wie ein Ohrenschaus bei der Elbphilharmonie. Damit das „Sitzfleisch“ trotzdem trainiert wird, gibt es eine Vielzahl von Fitnessstipps, zum Beispiel von Werder Bremen auf Youtube. Und warum die Erlebnisse nicht via Skype mit anderen austauschen?

Mehr Tipps und weiterführende Links finden Sie auf der Webseite unter: [www.sovd-hb.de](http://www.sovd-hb.de). Einfach mal reinklicken und sich inspirieren lassen. Wir wünschen viel Freude!

**Und das gute alte Telefon nicht vergessen!**

Ja, diejenigen, die das Internet für sich entdeckt haben, sind in diesen Tagen besser dran. Gerade deshalb ist es auch wichtig, an Menschen zu denken, die nur analog zu erreichen sind. Greifen Sie doch einfach zum Telefon, um der einen oder dem anderen ein offenes Ohr zu schenken. Sie werden reich belohnt werden!



Foto: MIA Studio / AdobeStock

**Weil alle Sportstudios geschlossen sind, halten sich viele Menschen mit Videos aus dem Internet im eigenen Wohnzimmer fit.**



**Eine spezielle App ermöglicht Blinden den Kinobesuch.**

## Wieder Besuch möglich

Die Bremische Bürgerschaft kann wieder besucht werden. Nach vorheriger Anmeldung (auch vor Ort möglich) dürfen bis zu 30 Gäste (keine Gruppen) auf die Besuchstribüne in den Plenarsaal in Halle 7 auf der Bürgerweide, um Tagungen zu verfolgen. Schutzmasken werden dringend empfohlen und zur Verfügung gestellt. (Stand: 12.5.20).

Ortsverband Nord/Süd unterstützt die Phänomenta

## Tausend Euro gespendet

**In der Coronakrise sind auch kulturelle Einrichtungen von Geldnot bedroht. Zur Unterstützung der Phänomenta haben die Mitglieder des Ortsverbandes Bremerhaven Nord/Süd Geld gesammelt.**

Wie viele Betriebe und Institutionen in Bremerhaven ist auch die Phänomenta, eine interaktive Erlebnis- und Experimentierausstellung im Herzen des Bremerhavener Fischereihafens, von den Beschränkungen betroffen, die im Zuge der Corona-Pandemie eingeleitet wurden. Die Einrichtung ist seit Mitte März geschlossen, kann keine Einnahmen erzielen und ist in ihrer Existenz bedroht.

Der SoVD-Ortsverband Nord/Süd unterstützt den gemeinnützigen Trägerverein der Phänomenta daher mit einer Spende in Höhe von 1000 Euro. „Wir möchten dazu beitragen, dass diese wichtige Institution die schwere Zeit der coronabedingten Krise übersteht“, so Ortsvorsitzender Karl-Otto Harms.

Die Phänomenta Bremerhaven verbindet mit ihrer interaktiven Ausstellung Naturwissenschaften, Technik und Mathematik mit abenteuerlicher Neugierde und eröffnet den Besucherinnen und Besuchern Zugänge zu den MINT-Fächern. „Die Phänomenta leistet eine wichtige Ergänzung zur schulischen Ausbildung“, erklärt Harms, „wie notwendig es ist, die naturwissenschaftliche Ausrichtung der kommenden Generation zu fördern, erleben wir gerade in diesen Zeiten der intensiven Suche nach einem Impfstoff gegen das Corona-Virus.“



## Glückwünsche



Foto: Dora Zett / fotolia

Allen Mitgliedern, die im Juni Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich. Er wünscht diesen alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen derzeit erkrankten Mitgliedern wünscht der Landesverband eine baldige Genesung.

## Wasser-Gymnastik

Der SoVD-Landesverband Bremen kann seinen Mitgliedern, **sobald die Bäder wieder freigegeben werden**, wieder einige freie Plätze bei der Warmwasser-Gymnastik anbieten am Montag, Donnerstag und Freitag bei circa 32 Grad Wassertemperatur im Berufsbildungswerk Bremen in der Universitätsallee 20 in Bremen. Weitere Infos, die genauen Zeiten und Details zu Ihrer Anmeldung erhalten Sie in der Landesgeschäftsstelle Bremen, Breitenweg 10-12, oder unter der Telefonnummer: 0421/1 63 84 90.



## Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen sowie Ansprechpartnerinnen und -partner des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle!

**Landesverband / Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen / Kreisverband Bremen-Nord**

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen. Tel.: 0421/1 63 84 90, E-Mail: info@sovd-hb.de.

**Kreisverband Bremerhaven**

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven. Tel.: 0471/2 80 06, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

## Ehrenamt sucht Freiwillige

Zur Unterstützung unserer Ortsverbände, die nicht nur die kulturellen Angebote für ihre Mitglieder vor Ort organisieren, sucht der SoVD Interessierte, die neue Kontakte knüpfen und etwas aus ihrer freien Zeit

machen möchten.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, eine neue Aufgabe suchen und gerne Näheres erfahren möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle.

Folgende Kreisverbände freuen sich über Ihren Anruf und erläutern Ihnen gerne die Details:

Kreisverband Bremen: Tel.: 0421/16 38 490,  
Kreisverband Bremerhaven: Tel.: 0471/28 006.

Die Verbraucherzentrale Bremen gibt Tipps zum Stromsparen

## Homeoffice energiebewusst

**Aktuell arbeiten viele Verbraucher\*innen von zu Hause aus und das am PC. Doch wie hoch ist der Stromverbrauch dabei? Die Verbraucherzentrale Bremen gibt Ratschläge, wie im Homeoffice Strom gespart werden kann.**

Je nach Ausstattung eines PC kann der Stromverbrauch pro Stunde 135 Watt betragen. Ist der PC also acht Stunden ununterbrochen in Betrieb, ist die erste Kilowattstunde auf dem Stromzähler erreicht. „Nutzen Sie die Standby-Einstellungen und schalten Sie auch mal ab. Deutlich sparsamer sind Notebooks. Sie verbrauchen häufig nur noch ein Viertel an Energie“, informiert Inse Ewen, Energieberaterin der Verbraucherzentrale Bremen.

Richtige Stromfresser können Lampen sein. Die gute alte „Birne“ mit 60 Watt sollte ausge-

dient haben. LED brauchen im Schnitt bei gleicher Helligkeit nur noch acht Watt. „Bei nur vier Stunden Brenndauer sparen Sie bereits bei 208 Watt. Diese Ersparnis schlägt sich mit etwa 22 Euro in Ihrem Portemonnaie nieder“, ergänzt Ewen.

Um am Jahresende keine böse Überraschung bei der Stromrechnung zu erleben, können Sie bereits jetzt aktiv werden. Nehmen Sie sich Ihre letzte Jahresrechnung für Strom vor. Teilen Sie den Jahresstromverbrauch durch 365 Tage und ermitteln so den täglichen Verbrauch. Zum Vergleich

können Sie jetzt den aktuellen täglichen Verbrauch ermitteln. Erwartungsgemäß ist er höher. Doch ergreifen Sie Maßnahmen, weil Sie viel öfter den PC in den Dauerschlaf schicken oder die Beleuchtung in Richtung LED ändern. Wie verändert sich dadurch der tägliche Verbrauch? Purzeln da schon die ersten Kilowattstunden?

Und da die Jahresrechnung schon rausgesucht wurde, können Sie prüfen, ob sie im richtigen Stromtarif eingestuft sind und vielleicht sogar über einen Stromanbieterwechsel nachdenken.



## Termine der Orts- und Kreisverbände

**Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.**

**Landesverband Bremen**

Wenn Sie Interesse haben, per E-Mail Infos über Veranstaltungen des SoVD zu erhalten, können Sie gern der Landesgeschäftsstelle Ihre E-Mail-Adresse mitteilen unter: info@sovd-hb.de.

**Kreisverband Bremen**

**Ortsverband Gröpelingen**

13. Juni, 12 Uhr: Mitglieder-treffen mit Spargelessen (22 Euro pro Person). Torhaus Nord, Liegnitzstraße 63, 28237 Bremen.

21. Juni: Sommerfest in Walle.

**Ortsverband Bremen-Osterholz**

15. Juni, 15 Uhr: Mitglieder-versammlung.

15. Juni, 17 Uhr: Vorstandssitzung.

22. Juni, 14.30 Uhr: Mitglieder-versammlung mit Spielen, Basteln und Unterhaltung, zuvor Sitzgymnastik (Achtung: geänderte Anfangszeit!).

Veranstaltungsort: AmeB Nachbarschaftstreff, Am Siek 43, 28325 Bremen. Voranmel-

dung bitte von Mo.-Fr. bei Ulrike Kröplin, Tel.: 0421/57 69 435. oder Fred Schweinoch, Tel.: 0421/47 11 60.

**Ortsverband Süd**

10. Juni, 15 Uhr: Klönschnack, „Hof's Restaurant“, Rablinghauer Landstraße 51, 28197 Bremen.

**Kreisverband Bremerhaven**

**Ortsverband**

**Bremerhaven Nord/Süd**

16. Juni, 15 Uhr: Mitglieder-versammlung mit Ehrungen. Ort: Alt-Bürgerhaus, Neulandstr. 48, 27576 Bremerhaven.

**Ortsverband Geestemünde**

12. Juni, 15 Uhr: Mitglieder-versammlung (Infoveranstaltung), Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8, 27570 Bremerhaven. Auskünfte erteilen: Karin Michaelsen, Tel.: 0471/55 222, oder Rosmarie Mangels, Tel.: 0471/73 545.

**Ortsverband Leherheide**

12. Juni, 15 Uhr: Mitglieder-

versammlung (Infoveranstaltung), Lukaskirchengemeinde Bremerhaven, Louise-Schroeder-Straße 1, 27578 Bremerhaven.

**Kreisverband Bremen-Nord**

**Ortsverband Blumenthal-Farge**

17. Juni, 15 Uhr: Mitglieder-versammlung, 17 Uhr: Vorstandssitzung, „Zum Grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

**Ortsverband Lesum**

15. Juni, 18 Uhr: Vorstandssitzung.

19. Juni, 15.30 Uhr: Mitglieder-versammlung mit Ehrungen, Anmeldungen bei Herrn Röpke unter Tel.: 04209/98 67 482 erbeten.

Ort: „Lesumer Hof“, Oberreihe 8, 28717 Bremen.

**Ortsverband Vegesack**

25. Juni, 16 Uhr: Mitglieder-versammlung, danach Sommerpause bis September. Ort: Raum E03, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Landesvorsitzender appelliert an Senat, die Sozialpolitik stärker zu gewichten

## Armut und soziale Spaltung

**Klaus Wicher hat die Regierungskoalition aus Rot-Grün daran erinnert, dass die Sozialpolitik mehr Gewicht in der kommenden Legislaturperiode bekommen muss. Die Missstände kommen gerade in Krisenzeiten deutlich zum Vorschein.**

Der Hamburger SoVD-Landeschef weiß, wo die neue Regierung neben Wirtschaft, Infrastruktur und Bildung einen weiteren Schwerpunkt legen muss: „Wir müssen den sozialen Zusammenhalt fördern. Hamburg braucht deshalb eine Politik, die Armut und gesellschaftliche Spaltungen ernsthaft angeht!“

Diese Aufgaben warten auf den neuen Senat:

- Aktionsplan gegen Armut: Die Coronakrise hat vor allem für Menschen, die arm sind, große Folgen. Sie brauchen nicht nur in diesen Zeiten mehr Unterstützung. Wichtig ist, bei der Entwicklung und Umsetzung die Zivilgesellschaft und Verbände mit ins Boot zu holen.
- Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes: Das Teilhabechancengesetz wurde Anfang 2019 eingeführt, um Langzeitarbeitslosen neue berufliche Chancen zu eröffnen. Dennoch reicht das Angebot nicht aus. Deshalb müssen die Beschäftigungsträger, die viele Projekte in diesem Bereich anbieten, stärker eingebunden werden. Zusätzlich muss Hamburg einen eigenen sozialen Arbeitsmarkt mit 3.000 Plätzen aufbauen. Die dort angebotenen Jobs müssen sozialversicherungspflichtig und die Bezahlung tariflich gebunden sein. Auch für behinderte Menschen sollte ein Sonderprogramm ent-



Foto: MoiraM/AdobeStock

**Für arme Menschen ist der kostenlose Mittagstisch oft die einzige Gelegenheit, eine warme Mahlzeit zu sich zu nehmen. Ein Stück Kuchen ist ein Luxus, den sie sich sonst nicht leisten würden.**

- wickelt werden. So kann Hamburg Senior\*innen vor Armut schützen:
- Zuschlag auf die Grundsicherung, um das hohe Preisniveau in der Metropole Hamburg auszugleichen: Ein Antrag wird zurzeit vom Senat geprüft. Ein Ergebnis steht allerdings noch aus, obgleich dieses bereits für Ende 2019 angekündigt wurde.
- Aufbau von Quartierzentren, mit Haupt- und Ehrenamtler\*innen. Die Angebote der Stadt und der Wohlfahrtsverbände sowie der Hamburger Hausbesuch finden sich hier unter einem Dach. Zusätzlich sollte es dort präventive und versorgende Angebote geben, beispielsweise einen kostenlosen Mittagstisch für alle Bedürftigen. Die Zentren könnten langfristig für alle Bewohner\*innen im Quartier ausgebaut werden.
- Kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für Bedürftige: Für ältere und behinderte Menschen wünschen wir uns mehr Rücksichtnahme und den Ausbau von Zubringerdiensten in den Bereichen, die nicht gut angebunden sind. Zur sicheren Mobilität gehören außerdem die Anpassung von Ampelschaltungen auf die Bedürfnisse einer älter werdenden Stadt, die Reparatur von Gehwegen und eine bessere Straßenbeleuchtung.

- Kostenfreier Eintritt für bedürftige Menschen in städtische Angebote für Freizeit, Sport und Kultur.
- 5.000 neue und barrierefreie Sozialwohnungen pro Jahr. Außerdem müssen Wohnungen für wohnungs- und obdachlose Menschen entstehen.

Aktuell gibt es in Hamburg gut 250.000 Wohnungen, die im Besitz von SAGA/GWG, den Genossenschaften und sozial verpflichteten Wohnungsgesellschaften sind. Hier zahlen Mieter\*innen Preise von bis zu 6,60 Euro pro Quadratmeter. Schon heute ist die Lage auf diesem Wohnungsmarkt äußerst angespannt. Bei den Planungen für Neubauten sollten klimaschützende Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden. Grünflächen in Wohnortnähe müssen erhalten werden oder neu entstehen.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass unsere Gesellschaft stark und solidarisch, an anderen Stellen aber auch sehr fragil ist. Vor allem Grundsicherungs- und Hartz-IV-Empfänger\*innen sowie Menschen mit kleinen Einkommen und unsicheren Arbeitsverhältnissen sind die Leidtragenden der Krise. Eine unbürokratische Auszahlung von 100 Euro pro Monat in der „Pandemiezeit“ wäre für viele eine Hilfe gewesen. Der Hamburger SoVD hätte sich an dieser Stelle ein starkes Statement vom Senat gewünscht!



## Ansichten

Liebe Mitglieder,

immer noch leben wir mit Corona – und ein Ende ist nicht in Sicht. Dennoch, der Landesverband kehrt langsam zu einer neuen Normalität zurück. Die Landesgeschäftsstelle in der Pestalozzistraße 38 hat wieder geöffnet, allerdings benötigen Sie einen Termin für die Beratung. Also erst anrufen und dann zum vereinbarten Zeitpunkt kommen, um gut beraten zu werden. Natürlich alles unter Beachtung strenger Hygieneregeln, denn wir sind mit Abstand die Besten!

Auch unsere telefonische Beratung geht weiter.

Sobald es möglich ist, werden wir nach und nach auch unsere Beratungszentren in Farmsen, Harburg und Lurup wieder öffnen. Beachten Sie dazu auch die Ankündigungen auf unserer Webseite.

Unsere politische Arbeit dagegen stand auch während der Quarantäne nie still. In einem Brief an die Koalitionspartner SPD und Grüne habe ich dargelegt, welche Forderungen an die zukünftige Hamburger Regierung für uns besonders wichtig sind (siehe Bericht). Zusammen mit vielen Partnern haben wir zudem ein breites Bündnis geschmiedet, um uns gemeinsam mit Themen von Ökologie über sozialen Wohnungsbau bis Soziales einzumischen.

Der SoVD ist Anwalt der Menschen, die abgehängt sind, für die, die Teilhabe an der Gesellschaft nur eingeschränkt möglich ist. Diese Menschen zu vertreten, ist für den größten und leistungsfähigsten Sozialverband in der Stadt Aufgabe und Selbstverständlichkeit zugleich. Daran kann uns auch Corona nicht hindern.

**Ihr Klaus Wicher,  
1. Landesvorsitzender**



**Klaus Wicher**

SoVD engagiert sich im „Bündnis Mobilität“

## Mobilität ohne Schäden

**Auf den Straßen fahren nur noch umweltfreundliche Fahrzeuge. Die Menschen sind vor allem zu Fuß, mit dem Rad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Diese Zukunftsvision will das neue Hamburger Bündnis Mobilität wahr werden lassen.**

Mehr als 30 Initiativen und Verbände haben sich zusammengeschlossen, um eine nachhaltige Verkehrsentwicklung in der Stadt voranzubringen. Zu den Gründer\*innen gehören unter anderem der BUND, der Nabu und der Zukunftsrat Hamburg. Der SoVD Hamburg unterstützt und berät das Bündnis mit seiner umfassenden sozialpolitischen Kompetenz. „Uns geht es vor allem darum, dass sich jeder den ÖPNV leisten kann. Deswegen fordert der SoVD kostenlose Fahrt für alle bedürftigen Menschen in der Stadt. „Ein Anrecht auf Mobilität gehört zu den Menschenrechten“, sagte Klaus Wicher bei einer Pressekonferenz, bei der das Bündnis vorgestellt wurde.

- Das oberste Ziel der Verkehrsplanung soll sein, möglichst keine Verkehrstoten und Schwerverletzten zählen zu müssen.
- Bis 2035 sollen 90 Prozent der Hamburger\*innen auf ÖPNV, Fahrrad und Zufußgehen umgestiegen sein. Die Mobilitätsangebote sind gut ausgebaut. Der Verkehr ist CO<sub>2</sub>-neutral und lärmarm.
- Mobilität wird so gestaltet, dass alle gleichberechtigt daran teilhaben können. Sie ist ein Teil der Grundversorgung, die alle unabhängig von ihren körperlichen, geistigen oder finanziellen Möglichkeiten nutzen können.
- Mobilität wird so organisiert, dass wirtschaftlichen Abläufe gesichert bleiben. Auch der Güter- und Wirtschaftsverkehr ist umweltfreundlich. Maßnahmen werden nicht nur an ihrer Wirtschaftlichkeit gemessen, sondern auch im Hinblick auf Gesundheits- und Umweltfolgen entschieden und umgesetzt.



Foto: spuno/AdobeStock

**An alte und gehbehinderte Leute wird im Verkehr viel zu wenig gedacht.**

## Nachruf

Wir trauern um

**Renate Schmüser.**

Sie verstarb am 5. April, zwei Tage vor Vollendung ihres 84. Geburtstages, nach kurzer schwerer Krankheit.

Renate Schmüser engagierte sich schon früh für Menschen mit Behinderung. Ihr Engagement war vielfältig und intensiv – in Schule, Gewerkschaft, Politik, Kultur und der Behindertenarbeitsgemeinschaft Niendorf. Seit 36 Jahren war sie Mitglied im SoVD, davon 20 Jahre als Vorsitzende des Ortsverbandes Niendorf und im Vorstand des Kreisverbandes West. Der Landesschiedsstelle gehörte Renate Schmüser bis 2019 an. Für ihr vielseitiges Engagement wurde sie unter anderem vom Hamburger Senat mit der Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes ausgezeichnet.

Der SoVD verliert mit Renate Schmüser eine engagierte Kämpferin für die Rechte benachteiligter Menschen.

Unser Mitgefühl gilt ihrer Familie. Der SoVD Hamburg wird ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.



Fotos: Susanne Rahlfs

**Spendenübergabe mit Abstand (v. li.): Der Hamburger SoVD-Landeschef Klaus Wicher und Angela Bulut, Leiterin des Steilshooper Būd'l, und mit Ralf Helling, Geschäftsführer des Vereins Lenzsiedlung.**

SoVD spendet 100 Einkaufsgutscheine der „Mensch zu Mensch“-Hilfsaktion

## Gutscheine für Bedürftige

**In einigen Stadtteilen in Hamburg ist die Armut besonders stark zu spüren. Das Lenzviertel in Eimsbüttel und auch der Stadtteil Steilshoop sind Beispiele dafür, wo in Hamburg viele Menschen mit wenig Einkommen zusammenleben. Vor allem diejenigen, die wenig zum Leben haben, sind in Zeiten von Corona noch stärker belastet als sonst.**

Klaus Wicher, Hamburger SoVD-Landesvorsitzender, berichtet: „Für Menschen, die bedürftig sind, ist die Corona-Pandemie eine große Herausforderung. Die Kinder müssen von zu Hause unterrichtet werden, oftmals ist in der Wohnung wenig Platz. Das zehrt an den Nerven. Hinzu kommt, dass das Geld jetzt noch knapper ist als ohnehin schon: Eine Vorratshaltung können sich viele gar nicht leisten. Viele Ausgabestellen der Tafeln haben geschlossen. Diejenigen, die geöffnet sind, möchte jetzt auch nicht jeder aufsuchen, weil dort viele Menschen zusammenkommen.“

Um die Not ein bisschen zu lindern, hat sich

der SoVD an der „Mensch zu Mensch“-Hilfsaktion beteiligt und 100 Einkaufsgutscheine im Wert von jeweils 25 Euro verteilt. Die Übergabe im Bürgerhaus Lenzsiedlung und im Stadtteilbüro „Steilshooper Būd'l“ war für Klaus Wicher ein ganz persönliches Anliegen: „Über diese beiden Einrichtungen können wir sicherstellen, dass unsere Spende die richtigen Menschen erreicht. Jetzt können einige von ihnen mit unseren Gutscheinen ganz normal in den Supermarkt gehen und sich mit allem eindecken, was sie am nötigsten brauchen und was gesund ist.“

Die Leiterin des „Steilshooper Būd'l“, Angela Bulut,

bedankte sich im Namen ihrer Helfer\*innen und Kund\*innen und sagte: „Es trifft mich tief, wenn ich sehe, wie Menschen mit Tränen in den Augen vor mir stehen oder andere sich regelrecht glücklich bedanken. Ich freue mich, dass Sie an uns als Ausgabestelle gedacht haben. Es beschämt mich zutiefst zu sehen, was ein Gutschein von 25 Euro an Emotionen auslöst. Unsere Regierung sollte sich schämen.“

Beide Einrichtungen freuen sich über Spenden. Infos unter: [www.lenzsiedlung.de](http://www.lenzsiedlung.de), zum Steilshooper Būd'l bei Facebook und über die Hamburger Tafel unter: [www.hamburger-tafel.de](http://www.hamburger-tafel.de).

## Masken richtig reinigen

**Waschmaschine:** Waschen Sie Stoffmasken bei 60 Grad Celsius mit einem Vollwaschmittel. Bitte keine Eco- oder Sparprogramme wählen. Eine hohe Temperatur und die fettlösenden Substanzen im Waschmittel greifen die Oberfläche der Coronaviren an und machen sie auf diese Weise unschädlich.

**Handwäsche:** Sie können Ihre Behelfsmasken natürlich auch per Handwäsche bei entsprechend hoher Temperatur reinigen. Lassen Sie die Maske ruhig etwas im Wasser liegen und drehen und drücken Sie den Stoff hin und wieder mit einem Stab (wegen der hohen Wassertemperatur).

**Wasserkocher:** Sie können für die Handwäsche Ihre Stoffmaske auch mit frisch aufgebrühtem Wasser übergießen und darin einweichen.

**Bügeleisen:** Falls Sie die Maske nur zwischendurch schnell sterilisieren wollen, können Sie auch das Bügeleisen nehmen. Bügeln Sie den Stoff der Maske auf der höchsten Stufe und von beiden Seiten.

**Backofen:** Im Backofen können Sie die Schutzmasken ebenfalls sterilisieren. Dafür sollten Sie die Stoffteile etwa eine halbe Stunde lang bei knapp 70 bis 80 Grad „backen“. Aber lassen Sie eine Stoffmaske niemals unbeaufsichtigt im Backofen!

**Mikrowelle:** Bislang ist nicht bestätigt, dass eine „Mikrowellenbehandlung“ wirkt. Problematisch sind zudem Nasenklammern und Bügel aus Metall, die in der Mikrowelle schmelzen oder Funkenschläge auslösen können.

Quelle: Verbraucherzentrale Hamburg



**Sozialrechtsberatung**

Corona zum Trotz – wir lassen Sie nicht im Stich! Beratung ab sofort per Telefon und E-Mail.

Wegen der Ausbreitung des Coronavirus muss auch der SoVD-Landesverband Hamburg seine Beratungszentren und -büros für den allgemeinen Publikumsverkehr schließen.

Der weitere Verlauf rund um die COVID-19-Pandemie ist derzeit für niemanden greif- oder vorhersehbar. Viele Fragen zur persönlichen Situation stellen sich aber ungeachtet von Corona weiter: Mein Arbeitgeber hat mich in die Kurzarbeit geschickt – was kann ich tun, um meinen Lebensunterhalt zu sichern? Welche Leistungen stehen mir zu? Dies ist nur ein Beispiel für die Fragen und Probleme, die uns täglich erreichen.

Wir lassen niemanden im Stich und sind für Sie da: Unsere Fachjuristinnen und -juristen beraten Sie auch weiterhin rund um die Themen Rente, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, Schwerbehindertenrecht, Grundsicherung und Arbeitslosenversicherung – sowohl telefonisch unter Tel.: 040/61 16 070 als auch per E-Mail: [info@sovd-hh.de](mailto:info@sovd-hh.de).

## Angebot bis Ende August

Wie schnell kann eine zunächst harmlose kleine Krankheit lebensbedrohlich werden? Dies haben wir gerade angesichts der Corona-Pandemie schmerzhaft lernen müssen. Damit Sie im Fall des Falles im Krankenhaus genauso behandelt werden, wie Sie es sich wünschen, sollten Sie eine Patientenverfügung und eine Vorsorgevollmacht aufsetzen. Darin wird die Behandlung klar festgelegt, Ärzt\*innen können in Ihrem Sinne Entscheidungen treffen. Manchmal ereignet sich Unvorhergesehenes, deshalb raten wir: Überprüfen Sie jetzt Ihre Patientenverfügung und Ihre Vorsorgevollmacht!

Wenn Sie noch keine haben: Lassen Sie sich jetzt eine rechtlich wirksame Verfügung erstellen. Nutzen Sie jetzt unser Angebot: Bis ein-

schließlich 31. August ist die Erstellung von Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht für SoVD-Mitglieder kostenfrei!

Unsere Jurist\*innen beraten Sie gern. Vereinbaren Sie jetzt Ihren Termin unter Tel.: 040/61 16 070 oder per E-Mail: [info@sovd-hh.de](mailto:info@sovd-hh.de).

Wenn Sie alles schon aufgesetzt haben, sollten Sie diese jetzt trotzdem von einem/einer Fachjurist\*in überprüfen und anpassen lassen.

Eine Patientenverfügung regelt, welche medizinischen und pflegerischen Handlungen vorgenommen werden sollen. Mehr Infos dazu finden Sie auf der Internetseite des SoVD Hamburg: [www.sovd-hh.de/sozialberatung](http://www.sovd-hh.de/sozialberatung).

In einer Vorsorgevollmacht legen Sie fest, wer sich im Ernstfall um Behörden- und Vermögensangelegenheiten

kümmern soll. Zu der Person, die Sie dafür bestimmen, sollten Sie ein uneingeschränktes Vertrauen haben.

Diese Dokumente sollten Sie zu Hause oder bei einem Menschen aufbewahren, der im Notfall als Ansprechpartner fungiert. Dennoch raten wir Ihnen, eine Kopie Ihrer Papiere immer bei sich zu tragen. So wissen Notfallretter\*innen und Ärzt\*innen sofort, was Sie wünschen. Im Notfall können Sie die Kopien handschriftlich mit Datum und Unterschrift ergänzen – je nachdem, ob Sie eine bestimmte Behandlung wünschen oder nicht.

Vorlagen aus dem Internet sind oft fehlerhaft: „Wenn ein Patient nicht mehr handlungsfähig ist, kann er die Verfügungen und Vollmachten nicht mehr ändern“, gibt Klaus Wicher zu bedenken.

Kreisverband Wernigerode hatte zum Internationalen Frauentag eingeladen

## Engagierte Frauen im Verband

**Sachsen-Anhalt** Der Kreisverband Wernigerode beging im März feierlich den Internationalen Frauentag. Frauenbeauftragte Margot Hoppe blickte auf die Entstehung des Feiertages zurück und bedankte sich bei den tatkräftigen Frauen des Kreisverbandes.

„Liebe Frauen des SoVD, schon seit vielen Jahren ist es Tradition, den Internationalen Frauentag zu feiern. Diesen Ehrentag zu begehen, hielt man nach der Wende in etlichen Kreisen für überholt und ein Relikt aus DDR-Zeiten“, begrüßte Margot Hoppe, Frauenbeauftragte des Kreisverbandes Wernigerode, die Gäste der Frauentagsveranstaltung. Die Geschichte beweise, dass dieser Tag schon auf eine lange Tradition zurückblickt. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen

en und fand zum ersten Mal am 11. März 1911 statt, dank des Einsatzes von Clara Zetkin und Rosa Luxemburg. Millionen Frauen in Dänemark, Deutschland, der Schweiz und den USA beteiligten sich ebenfalls. Viele Forderungen im Kampf um die Rechte der Frauen wurden danach erfüllt, wie das Wahl- und Stimmrecht für Frauen und der Mutter- und Kinderschutz.

Heute sind in den meisten Ländern der Erde die Frauen gesetzlich gleichgestellt, doch der Kampf um Chancengleichheit und Gleichberechtigung bedarf noch großer Anstrengungen und Initiativen, so heißt es auch im frauenpolitischen Programm des SoVD. Wichtige Elemente der Frauen- und Gleichstellungspolitik bleiben Maßnahmen zur Förderung von Frauen und benachteiligten Gruppen sowie zum Schutz vor Gewalt. Ebenso gehört dazu das Prinzip einer gleichberechtigten, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Teilhabe von Frauen, der Zugang zu einer qualitativen Bildung sowie die Bekämpfung von Altersarmut.

Im SoVD lautet das Motto „Miteinander – Füreinander“. „Ich glaube, dieses Motto wird in unserem Kreisverband besonders beherzigt und auch wir können auf eine Reihe aktiver Frauen zählen, wie zum Beispiel Vorsitzende Birgit Jungtorius, aber auch Leonide Weber, Hilde Burscheid und Waltraud Bartels“, so Margot Hoppe weiter in ihrer Ansprache.

Die Singgemeinschaft der Seniorenbegegnungsstätte der Stadt Wernigerode (siehe Foto unten) umrahmte die Veranstaltung musikalisch.



Der Saal gehörte den Frauen.



Auftritt der Singgemeinschaft.



## Kommentar

Liebe Mitglieder,

obgleich sich die Koalition aus CDU/CSU und SPD dazu bekannt hat, dass es bei der getroffenen Entscheidung zur Einführung der Grundrente zum 1. Januar 2021 bleibt, tut sich der Deutsche Bundestag damit schwer.

In der Union waren in den vergangenen Wochen Stimmen laut geworden, angesichts der hohen Staatsausgaben zur Abfederung der Coronakrise den Zeitplan der Grundrente zu überdenken. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Carsten Linnemann (CDU) hatte gefordert, das von der schwarz-roten Koalition vereinbarte Projekt auf Eis zu legen. Schon im Februar waren außerdem wegen des Verwaltungsaufwandes Zweifel laut geworden, ob die Umsetzung durch die Rentenversicherung zum Jahresanfang 2021 zu schaffen sei.

Zweifel an der Finanzierbarkeit der Grundrente wies Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zurück. Die finanziellen Dimensionen in der Coronakrise seien zwar riesig, „aber die Grundrente ist finanzierbar und das haben wir miteinander in der Koalition auch besprochen“. Es gehe ja gerade um die Menschen, die jetzt sehr gefordert sind, die auch als Alltagshelden bezeichnet würden. Er führte weiter aus: „Es geht um Kassiererinnen, es geht um Lagerarbeiter, es geht um Altenpflegehelferinnen, die trotz eines Lebens voll Arbeit am Ende bisher nicht mehr haben als die Grundsicherung.“ Diese Menschen hätten mehr verdient.

Die Abgeordneten des Bundestages sollten sich bewusst sein, dass im Herbst 2021 Neuwahlen anstehen und daran denken, dass dahinter auch 20 Millionen Wählerstimmen stehen.



Joachim Heinrich

Mit herzlichen Grüßen  
Joachim Heinrich,  
Vorsitzender des SPA

Aufgrund der Corona-Krise sind rückwirkende Steuererstattungen für 2019 möglich

## Steuervorleistungen neu berechnen lassen

**Thüringen** Unternehmen, Selbstständige sowie auch Vermieter\*innen, die aktuell in Folge der Coronakrise Verluste erleiden, können bereits im Jahr 2019 geleistete Steuervorauszahlungen neu berechnen lassen. Für bereits geleistete Zahlungen entsteht ein Erstattungsanspruch. Darüber informierte die thüringische Finanzministerin Heike Taubert die Öffentlichkeit Ende April.

Auf Grundlage eines pauschal ermittelten Verlustrücktrags können die Vorauszahlungen zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer für 2019 nachträglich herabgesetzt werden. Bereits jetzt ist es möglich, die Steuervorauszahlungen für 2020 herabzusetzen. Die neue steuerliche Maßnahme gilt für Unternehmen jeder Größe.

Wichtig: Der Antrag muss schriftlich erfolgen oder ist elektronisch (zum Beispiel mittels ELSTER) bei dem für die Festsetzung der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer zuständigen Finanzamt zu stellen. Der Antrag kann auch gleichzeitig mit dem Antrag auf Herabsetzung der Vorauszahlungen

für 2020 gestellt werden.

„Unsere Finanzämter sind in der Krise eine wichtige Säule, um Unternehmen, Selbstständigen oder auch Vereinen zu helfen“, sagt Heike Taubert und betont: „Die Thüringer können sich auf die Finanzverwaltung im Freistaat verlassen.“

Informationen zu den Steuererleichterungen finden sich auf der Webseite der Thüringer Finanzämter unter: [www.finanzamt.thueringen.de](http://www.finanzamt.thueringen.de)

Durch die Coronakrise haben sich Einkünfte von vielen Steuerpflichtigen im Vergleich zu den Vorjahren erheblich verringert. Für den Veranlagungszeitraum 2020 ist ein sogenannter rücktragsfähiger Verlust (Para-

graf 10d Absatz 1 Satz 1 EStG) zu erwarten.

Anträge auf nachträgliche Herabsetzung der Vorauszahlungen für den Veranlagungszeitraum 2019 für jene, die noch nicht veranlagt worden sind, werden auf der Grundlage eines pauschal ermittelten Verlustrücktrags aus 2020 vereinfacht abgewickelt.

Der Antragsteller muss von der Coronakrise unmittelbar und nicht unerheblich negativ betroffen sein, heißt es im Schreiben des Bundesfinanzministeriums.

Wird später die Veranlagung für 2019 durchgeführt, führt dies in der Regel zwar zunächst zu einer Nachzahlung, weil der



Foto: El Gaucho / AdobeStock

**Wer bereits als Selbstständiger eine Steuererklärung für 2019 abgegeben hat, darf sie jetzt noch einmal neu berechnen.**

Verlustrücktrag erst im Rahmen der Jahressteuerfestsetzung für 2020 vorgenommen werden kann. Hieraus ergeben sich für die Steuerpflichtigen aber keine Nachteile, da die ent-

sprechende Nachzahlung auf Antrag bis zur Durchführung der Veranlagung 2020 zinslos gestundet werden kann.

Quelle: Finanzministerium Thüringen

## Teilnehmende gesucht

Wie gehen die Menschen mit den neuen Anforderungen von Kurzarbeit, Homeoffice oder vielleicht sogar drohendem Arbeitsplatzverlust um? Wie belastet sind die Familien? Eine wissenschaftliche Online-Befragung der Technischen Universität Chemnitz mit Unterstützung der Techniker Krankenkasse soll die emotionale Belastung der Menschen durch Corona erforschen. Dafür werden noch Teilnehmer\*innen gesucht. Unter <https://mytuc.org/vzsj> kann jede\*r anonym daran teilnehmen. Es werden keine Daten erfasst, die einen Rückschluss auf eine konkrete Organisation oder Person ermöglichen. Interessierte können noch bis Ende Juni den Fragebogen ausfüllen. Die Befragten werden – nach Einwilligung – nach mehreren Wochen erneut online befragt. Ausführliche Ergebnisse werden im Herbst 2020 von der TK veröffentlicht. *Quelle: TK*

## Nachruf

In seinem 99. Lebensjahr ist der Ehrenvorsitzende des Kreis- und Ortsverbandes Mittelbe,

**Otto Gassel**

verstorben. Wir blicken dankbar auf die vielen Jahre seiner ehrenamtlichen Tätigkeit für den SoVD zurück. Die Mitglieder werden sich stets mit Hochachtung an ihn erinnern.

Der Landesvorstand Mitteldeutschland  
Der Kreisvorstand Mittelbe  
Der Ortsverband Mittelbe

Hoher Geburtstag von Mitglied Gerhard Krüger im Ortsverband Güssen/Parey

## Sport spielte immer eine Rolle

*Sachsen-Anhalt* Der SoVD lebt durch die ehrenamtliche Arbeit seiner Mitglieder. Gerade bei den Älteren sind die Erfahrungen, die sie im Krieg machen mussten, ein Impuls gewesen, anderen zu helfen und sich für soziale Ziele zu engagieren. Einer von ihnen ist Jubilar Gerhard Krüger.

Gerhard Krüger zählt mit 96 Jahren zu den ältesten Mitgliedern des Kreisverbandes Mittelbe. Anlässlich seines Geburtstages kamen der Kreisvorsitzende Jörn Sanftleben und Vorstandsmitglied Monika Lück persönlich vorbei und gratulierten dem Jubilar.

Seit 1990 ist Gerhard Krüger Mitglied im SoVD, von 1990 bis 2005 war er Vorsitzender des Ortsverbandes Güssen/Parey. 2010 wurde der Kreisverband Genthin gegründet, zu dem seitdem auch der Ortsverband gehört.

Gerhard Krüger hat den Zweiten Weltkrieg erlebt, das hat ihn auch bei seiner Arbeit im SoVD beschäftigt. Er half dabei, Kriegsofferrenten zu beantragen und initiierte die Kranzniederlegungen am Volkstrauertag in Zerben. Insgesamt zehnmal hielt er dabei auch die Gedenksprache. Außerdem teilte er anfangs die Verbandszeitung per Fahrrad aus. Da musste



Foto: Monika Lück

**Kreisvorsitzender Jörn Sanftleben gratulierte Jubilar Gerhard Krüger (rechts).**

er viele Kilometer zurücklegen, wobei ihm seine sportliche Konstitution zugute kam.

Sport ist die große Liebe von Gerhard Krüger. Jahrelang hat er Handball gespielt und lernte dabei sogar seine Frau kennen. Auch in der Leichtathletik war er aktiv. 1941 nahm er an den deutschen Leichtathletikmeis-

terschaften in Breslau teil. Im fortgeschrittenen Alter hielt er sich mit Tischtennis fit. Seit über 80 Jahren zählt er zu den Mitgliedern des HCG und ist jetzt dessen Ehrenmitglied.

Das sportliche Talent hat er seinem Sohn Hartmut vererbt. Der spielte als Linksaußen beim SC Magdeburg und wurde mit dem Verein sieben Mal DDR-Meister, gewann zweimal den Europapokal der Landesmeister und 1981 sogar die Europameisterschaft für Clubmannschaften. Stolz zeigt Gerhard Krüger Fotos und Zeitungsausschnitte, welche die Erfolge belegen, darunter auch den Olympiasieg bei den Sommerspielen 1980 in Moskau.

Sohn Hartmut und seine Schwester waren mit ihren Familien zur Geburtstagsfeier in die Wohnung ihrer Eltern im Seniorenheim „Kastanienhaus“ in Güssen gekommen, wo das Ehepaar den gemeinsamen Lebensabend genießt.

## Sprechstunden in Mitteldeutschland

**Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Angebote unter Vorbehalt statt.**

**Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher unter den unten angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie die Sprechzeit stattfindet.**

### Landesgeschäftsstelle Mitteldeutschland

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/2538897. Fax: -98. Sprechzeiten: montags bis donnerstags, 9–15 Uhr, nur nach tel. Absprache.

### Sachsen-Anhalt Sozialberatung

siehe Landesgeschäftsstelle.

### Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Lutherhaus, Binnengärtenstr. 16, 06749 Bitterfeld-Wolfen.

### Kreisverband Salzland

Räume der Volkssolidarität, Wilhelmstr. 1, 06406 Bernburg. Sprechzeit: dienstags, 9–11 Uhr.

### Kreisverband Dessau

Steenische Straße 88 (Schule), 06842 Dessau, Tel.: 0340/8826923. Sprechstunde:

dienstags, 15–16.30 Uhr.

### Kreisverband Halberstadt

Räume der AWO (barrierefrei), Friedensstr. 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57389271, E-Mail: [sovd.hbs@gmx.de](mailto:sovd.hbs@gmx.de), Sprechzeit: mittwochs, 16–18 Uhr.

### Kreisverband Halle (Saale)/Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/7748246. Sprechzeit: dienstags, 9–12 Uhr.

### Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 9–12 Uhr.

### Kreisverband Klötze

Hagenstraße 2 b, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41814. Sprechzeit: dienstags, 8–12 Uhr.

### Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

### Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 03949/98158. Sprechzeit: donnerstags, 9–11.30 Uhr.

### Kreisverband Quedlinburg

Räume der Volkssolidarität, Adelheidstraße 4, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit der Rentenbeauftragten: jeden ersten Montag im Monat, 14–16 Uhr. Nach Absprache unter Tel.: 0346/3486 auch Termine nach 18 Uhr möglich.

### Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65888. Sprechzeiten: dienstags, 9–12 und 14–16 Uhr.

### Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/702020. Sprechzeit: dienstags, 9–12 und 16–17.30 Uhr.

### Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/5450. Sprechzeit: erster und dritter Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

### Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60366. Sprechzeiten: dienstags, 10–11.30 Uhr, und freitags, 9–11 Uhr.

### Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855

Wernigerode. Sprechzeiten: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, und nach Vereinbarung unter Tel.: 03943/632631 oder E-Mail: [info@sovd-wernigerode.de](mailto:info@sovd-wernigerode.de).

### Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64733. Sprechzeiten: jeden ersten Dienstag und ersten Mittwoch im Monat, 11–13 Uhr, und nach Vereinbarung.

### Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/599950, Fax: 034443/599949, E-Mail: [blk@sovd-mitteldeutschland.de](mailto:blk@sovd-mitteldeutschland.de).

### Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

### Kreisverband Dresden-Chemnitz-Bautzen

Konkordienstraße 46 (Erdgeschoss links), 01127 Dres-

den, Tel.: 0351/2131145, Fax: 0351/2131146, E-Mail: [kv.dresden@sovd-sa.de](mailto:kv.dresden@sovd-sa.de). Sprechzeit: dienstags, 14–17 Uhr; telefonisch donnerstags, 14–16 Uhr.

### Geschäftsstelle Leipzig

Angerstraße 40–42, Haus E, 2. OG (rollstuhlgerecht), 04177 Leipzig-Lindenau. Beratung nur nach Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Ansprechpartner: Michael Fahr.

### Geschäftsstelle Görlitz

Beratung nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 03581/8783022. Ansprechpartner: Olaf Anders.

### Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79079007, Fax: 0361/79079006, E-Mail: [info@sovd-thue.de](mailto:info@sovd-thue.de). Sprechzeit: montags und donnerstags, 10–15 Uhr. Vorherige Terminvereinbarung erforderlich.

### Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Ort und Sprechzeiten siehe Regionalbereich Thüringen.

Menschen mit Behinderung sind in der Coronakrise doppelt benachteiligt

## In der Krise an alle denken

**Menschen mit Behinderung müssen auch 28 Jahre nach dem ersten Protesttag für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention am 5. Mai 1992 mit Erschwernissen, Barrieren und Benachteiligungen im privaten und gesellschaftlichen Leben zurechtkommen – auch und gerade in der Coronakrise.**

Die Coronakrise offenbart eklatante Mängel in der Vorbereitung und der Bewältigung der mit solchen Ereignissen verbundenen Veränderungen im gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderung.

Es gibt keine Programme für die Weiterführung von Therapien wie Physiotherapie und Ergotherapie zu Hause, keine Programme mit Alternativen für die Betreuung in tagesklinischen Einrichtungen, keine Vorbereitungen für Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen leben, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten.

Es gibt keine Handlungsanweisungen für die Arbeit von Einrichtungen wie Hospize für Kinder und Erwachsene, die im Wesentlichen von privaten Zuwendungen leben.

Es gibt keine Vorkehrungen für den Fall, dass Menschen mit Behinderungen auch in Katastrophenzeiten behördliche Kontakte benötigen.

Es gibt keine Alternativen für behinderte Mütter, die eben-



Foto: motortion / AdobeStock

**Wichtige Hilfeleistungen, die Menschen mit Behinderung erhalten, fallen in der Coronazeit oft weg.**

falls behinderte Kinder haben und sonst eine Tagesbetreuung erhalten, sodass sie diese Betreuung selbst übernehmen müssen.

Der SoVD Mecklenburg-Vorpommern fordert von der Landesregierung die Erarbeitung eines Katastrophenmanagements, welches alle gesellschaftlichen Bereiche und alle Bewohner\*innen des Landes

einbezieht.

Aber auch jede Bürgerin und jeder Bürger ist in der Verantwortung. Solidarität ist erforderlich mit denen, die diese Verantwortung nicht wahrnehmen können. Dies trifft auch für Menschen mit Behinderung zu.

Für diese erhebt der SoVD seine Stimme und bietet ihnen seine Mithilfe bei der Problembewältigung an.



## Editorial

### Corona und Solidarität

Liebe Mitglieder,



Dr. Helmholt Seidlein

ein Virus legt die Weltwirtschaft lahm und führt zu massiven Einschränkungen im persönlichen und gesellschaftlichen Leben. Es ist das Virus, nicht die dadurch ausgelöste Krankheit. Dies gilt es immer zu beachten. Die Zahl der tatsächlich Erkrankten ist glücklicherweise nicht hoch im Vergleich mit anderen Krankheiten, die mit schweren Symptomen einhergehen. Der Verdacht auf eine Coronainfektion muss aber ernst genommen werden. Abklärung ist erforderlich. „Wird schon gut gehen“ ist völlig fehl am Platz.

Es ist aber nicht richtig, Notfallambulanzen in ihrer so wichtigen, oft lebensrettenden Arbeit durch die Abklärung von Coronafällen zu überfordern. Gleiches gilt für die Ambulanzen niedergelassener Ärzte. Es wurden unter anderem auch deshalb Corona- und Fieberambulanzen eingerichtet. Diese sollen Ratsuchende in Anspruch nehmen.

Beim Notfall geht es um die Rettung von Menschenleben, bei Verdacht auf eine Coronainfektion um Abklärung und Einleitung von medizinisch und gesellschaftlich begründeten Schutzmaßnahmen. Natürlich – eine Coronainfektion kann mit Symptomen eines Notfalles einhergehen, es kann Beatmungspflichtigkeit bestehen. Dann wird unter Beachtung aller hygienischen Vorgaben ein, zumindest in Deutschland, bisher sehr effektives Behandlungsmanagement eingeleitet.

Alle, die in Sorge um eine mögliche Coronainfektion sind und deswegen medizinischen Rat suchen, sind aufgerufen, die Welt nicht in coronainfiziert und damit krank und nicht coronainfiziert und damit gesund einzuteilen. Es gibt nach wie vor viele Patienten mit ernsthaften Krankheitsbildern (unter anderem Traumata, Herzinfarkt, Schlaganfall), die aber zusätzlich auch mit SARS-CoV-2 infiziert sein können. Bei einem Patienten mit akuter Atemnot kann zum Beispiel eine Lungenembolie oder ein Herzinfarkt vorliegen – dies dürfen wir auf keinen Fall außer Acht lassen.

Üben wir Solidarität durch Zurückhaltung. Achten wir die Arbeit derer, die berufsbedingt Reihen- und Untersuchungsabfolgen festlegen müssen. Nehmen wir Wartezeiten, die dadurch entstehen können, hin. Vertrauen wir darauf, dass in unseren Gesundheitseinrichtungen kein berechtigtes Anliegen unbearbeitet bleibt. Und halten wir Abstand!

Dr. med. Helmholt Seidlein,  
1. Landesvorsitzender

Aktuelles Urteil des Bundessozialgerichts zum Behinderungsausgleich

## Nicht nur Minimalversorgung

**Das Bundessozialgericht (BSG) urteilte am 7. Mai über Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung zum Behinderungsausgleich. In dem Verfahren ging es um den Kostenerstattungsanspruch für das selbst beschaffte Spezialtherapierad einer Versicherten.**

In seinem Urteil vom 7. Mai hat sich das BSG mit den Teilhabezielen des 9. Buches des Sozialgesetzbuches (SGB), dem verfassungsrechtlichen Benachteiligungsverbot nach Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 des Grundgesetzes und dem Recht auf persönliche Mobilität nach Artikel 20 der UN-Behindertenrechtskonvention auseinandergesetzt. Das SGB sieht einen Kostenerstattungsanspruch vor, wenn die Krankenkasse eine Sachleistung zu Unrecht abgelehnt hat und Versicherten dadurch für die selbst beschaffte Leistung notwendige Kosten entstanden sind. Hier ging es um ein Spezialtherapierad, das die Versicherte nach Ablehnung durch die Krankenkasse selbst gekauft hatte. Das BSG stellte fest, dass im vorliegenden Ein-

zelfall ein Anspruch nach Paragraph 33 Absatz 1 Satz 1 SGB V in Betracht kommen kann. Der Anspruch auf ein Hilfsmittel zum Behinderungsausgleich ist danach nicht von vornherein auf eine Minimalversorgung beschränkt. Vielmehr kommt ein Anspruch bereits dann in Betracht, wenn das Hilfsmittel wesentlich dazu beitragen oder zumindest maßgebliche Erleichterung bringen würde, Versicherten auch nur den Nahbereich im Umfeld der Wohnung (zum Beispiel bei Einkäufen oder Arzt- und Apothekenbesuchen) in zumutbarer Weise zu erschließen (B 3 KR 7/19 R).

Das BSG hob die Entscheidung des Landessozialgerichts auf und verwies die Sache zurück zur erneuten Entscheidung. Dieses konnte nach den bishe-

rigen Tatsachenerhebungen allerdings nicht abschließend über den Anspruch entscheiden. Es fehlten insbesondere Ermittlungen dazu, auf welche Art und Weise sich die Klägerin den Nahbereich ihrer Wohnung tatsächlich mit und ohne Hilfe anderer erschließen konnte. Ferner sei ein Anspruch nach dem Eingliederungshilferecht als Leistung zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft bislang nicht geprüft worden.

Sollten Sie von derartigen oder sonstigen sozialrechtlichen Fragestellungen betroffen sein, wenden Sie sich gerne an die SoVD-Sozialberatung, damit geklärt werden kann, ob und in welchem Umfang Ansprüche bestehen. Die Kontaktdaten entnehmen Sie bitte der Rubrik „Kontakt“ auf Seite 13.

## Klärung Rentenkonto

Ihr Versicherungskonto ist die Berechnungsgrundlage für Ihre spätere Rente. Beiträge, die Ihr Arbeitgeber für Sie einzahlte, werden automatisch im Konto gespeichert. Das gilt jedoch nicht für alle rentenrechtlichen Zeiten. Zeiten der Kindererziehung oder der Pflege eines Angehörigen können wir erst dann Ihrem Rentenkonto hinzufügen, wenn Sie uns darüber informieren.

Bitte überprüfen Sie regelmäßig die Vollständigkeit der Daten, die uns übermittelt werden. Dabei hilft Ihnen die Renteninformation, die Ihnen automatisch einmal im Jahr zugesandt wird. Entdecken Sie in Ihrem Versicherungskonto eine Lücke, schließen Sie diese möglichst zeitnah.

Quelle: DRV

Ulrich Haesener gehört zur „verlorenen Generation“ und überlebte als Jugendlicher Krieg und Gefangenschaft

# Leben im Ausnahmezustand vor 75 Jahren

Die Coronakrise mit ihren Einschränkungen und Ängsten ruft in vielen älteren Menschen Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeit hervor. Einer, der den Zweiten Weltkrieg und das Ende vor 75 Jahren miterlebt hat, ist der ehemalige Vorsitzende des Kreisverbandes Schwerin, Ulrich Haesener.

Wir leben in einer sehr schlimmen Zeit. Die Corona-Pandemie beherrscht unser Tun und Handeln. Unsere Bundeskanzlerin hat es richtig formuliert „Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es keine Herausforderung an unser Land mehr, bei der es so sehr auf unser gemeinsames Handeln ankommt.“ Auch ich erinnere mich in diesen Zeiten an den Krieg zurück.

Ich bin Angehöriger der „verlorenen Generation“ des Jahrgangs 1928. Ich wurde im September 1944 aus meiner Lehre heraus als Flakhelfer eingezogen und bei Stettin-Falkenwalde eingesetzt. Im Schnellverfahren ausgebildet, saß ich am Geschütz „Cäsar“ als Richtschütze und spürte beim Sperrfeuerschießen zum Schutz der Hydrierwerke Stettin-Pölitz die Wucht der Kanone. Diese führten, wie bei so vielen Kameraden, zur Schwerhörigkeit. Über den Sinn unseres Handelns sprachen wir oft, kamen aber zu keinem Ergebnis.

Nachdem wir noch eine spezielle Geschützausbildung für den Erdkampf gegen Panzer absolviert hatten, wurde ich im Januar 1945 als Flakhelfer entlassen, um zugleich im Februar zum Reichsarbeitsdienst nach Ummanz auf Rügen eingezogen

zu werden. Es folgte die Infanterieausbildung, besonders mit der Panzerfaust.

Am 30. April erfolgte der fluchtartige Abmarsch vor der näherrückenden Front bis nach Weitendorf bei Sternberg. Hier versagten mir meine total wundgelaufenen Füße den Dienst. Dem Befehl unseres Feldmeisters zum Abmarsch in der Nacht zum 2. Mai kam ich noch nach, blieb aber mit zwei Kameraden hinter der Marschkolonnen zurück. Wir sprangen in ein Gebüsch und blieben dort einige Stunden liegen. Wir desertierten, entfernten uns unerlaubt von der Truppe.

Am 4. Mai, als wir uns in Richtung Westen bewegten, gerieten wir bei Jülchendorf in russische Gefangenschaft. Zum Glück hatten wir unsere Gewehre schon im See versenkt. Von hier aus wurden wir, mittlerweile ein ganzer Haufen „Kindersoldaten“ in ein Gefangenenlager bei Sternberg gebracht. Wir hatten uns zu einer Gruppe gleichaltriger Kameraden zusammengeschlossen. Da war der Ostfrieser Gerd Pollmann, der Österreicher Rainer Klinger, der Hamburger Walter Müller und ich. Auf dem Lagerappell am 8. Mai teilte uns ein russischer Offizier mit, dass der

Krieg zu Ende sei und Frieden eintrete. Für uns aber begann eine Odyssee, eine Leidenszeit.

Erste Station war das Kriegsgefangenenlager in Neubrandenburg in der Ihlenfelder Straße, ehemaliges Außenlager des Frauen-KZ Ravensbrück, dann Außenlager des berüchtigten Internierungslager Fünfischen. Wir wurden eingesetzt, um Brücken und Bahnstrecken zu reparieren oder instand zu setzen, Bombentrichter zuzuschütten, Möbel zu verladen und andere schwere Arbeiten zu verrichten. Dazu marschierten wir in die Außenlager Templin, Lychen, Joachimsthal und Fürstenburg. Harte Arbeit und Hunger waren angesagt. Viele Tage mussten wir uns ein Brot mit 15 oder 20 Mann pro Tag teilen. Wir lebten von Wassersuppe und Brennnesselgemüse. Wir hungerten ständig, bekamen Typhus und/oder Ruhr, fielen um, standen wieder auf – aber einige blieben leider für immer liegen. Wir schliefen in und unter Baracken, in offenen Viehwaggons, in Scheunen und unter freiem Himmel. Zu alledem strahlte fast täglich die Sonne.

Am 11. Juni fand man bei einer Razzia im Außenlager zu Fürstenberg in meiner Tarn-



Ulrich Haesener beim Reichsarbeitsdienst 1945 (2. Reihe, links).

jacke einen Verkehrsplan von Mecklenburg. Man meinte, ich wollte fliehen und ich wurde eingesperrt. Beim Morgenappell am 12. Juni wurde verkündet, ich werde zum Tode verurteilt. Nach dem Urteilsspruch machte der Dolmetscher aber eine Pause und erklärte dann: „Der Kommandant hat aber beschlossen, ihn nicht zu erschießen, da der Soldat noch so jung ist.“ So blieb ich am Leben. Es sollte eine Drohung gegen alle sein. Zwei Monate später wurde das Gefangenenlager in Neubrandenburg aufgelöst bzw. nach Sibirien verlegt.

Am 31. Juli 1945 wurde ich mit weiteren 1.000 Kranken, Ausgehungen und Geschwächten entlassen. Am 6. August fuhr ich in einem offenen Waggon mit

der Bahn nach Stralsund, wo meine aus Stettin geflohenen Eltern untergekommen waren.

Ich wünsche mir, dass meine Kinder, meine Enkel und alle Menschen dieses Elend niemals durchmachen müssen. Treten wir deshalb ständig und wirkungsvoll für Frieden, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein. Deshalb ist auch verständlich, dass ich mich nach der Wende dem „Reichsbund der Kriegs- und Wehrdienststopfer“, heute Sozialverband Deutschland, angeschlossen habe. Seit dem 1. Dezember 1990 bin ich Mitglied und seit nunmehr fast 30 Jahren ununterbrochen im Kreisvorstand Schwerin, viele Jahre als 1. Kreisvorsitzender und weiterhin zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit.

## 5 Termine

Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Kreisverband, ob die Veranstaltung stattfindet.

### KV Parchim

Jeden Dienstag, 9-12 Uhr: Sprechzeiten und Sozialberatung, Vergabe für Termine der Rechtsberatung unter Tel.: 03871/44 42 31.

### KV Wismar

10. Juni, 13-16 Uhr: Rechtsberatung mit Doreen Rauch, Anmeldung bis 9. Juni.

17. Juni: 9.30-11.30 Uhr: Klönfrühstück. Anmeldung bis 16. Juni.

30. Juni, 14-16 Uhr: Geburtstagstreffen für Mitglieder, die im 1. Halbjahr Geburtstag hatten, Anmeldung bis 23. Juni.

## Rechtsberatung

Erkundigen Sie sich bitte aufgrund der Coronakrise unbedingt telefonisch unter den angegebenen Telefonnummern, ob, wann, wo und wie eine Beratung stattfindet.

Bitte melden Sie sich zur Terminvergabe bei den Kreisverbänden zu deren Geschäftszeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater\*innen sind auch außerhalb der Beratungszeiten telefonisch erreichbar in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten, in der Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0381/76 01 09 11 (montags bis donnerstags, 8-16 Uhr, und freitags, 8-12 Uhr).

## Kontakt

**Kreisverband Demmin:** Schützenstraße 1A, Raum 3, Friesenhalle, 17109 Demmin, Tel.: 03998/22 51 24.

**Kreisverband Güstrow:** Clara-Zetkin-Straße 7, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

**Kreisverband Ludwigslust:** Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

**Kreisverband Röbel:** Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

**Kreisverband Neubrandenburg:** Am Blumenborn 23, 17033 Neubrandenburg, Tel.: 0395/5 44 17 26, Fax: 0395/37 95 16 22.

**Kreisverband Nordvorpommern:** Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

**Kreisverband Nordwestmecklenburg:** Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

**Kreisverband Parchim:** Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

**Kreisverband Rostock:** Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/7 69 61 30.

**Kreisverband Rügen:** siehe den unten stehenden roten Infokasten.

**Kreisverband Schwerin:** Mehrgenerationenhaus, Dreescher Markt 02, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/3 97 71 67.

**Kreisverband Stralsund:** Wisenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: 03831/22 99 7 26.

**Kreisverband Vorpommern-Greifswald:** Makarenkostraße 9b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

**Kreisverband Wismar:** Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.

## Kreisverband Rügen

Vorübergehend befindet sich das SoVD-Kreisbüro Rügen im 2. Obergeschoss des Verwaltungsgebäudes, Raum 250, in der Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen. Die 1. Vorsitzende Regina Kowalski ist dort dienstags unter Tel.: 03831/35 74 964 zu erreichen.

Bei unabwendbarem persönlichen Beratungsbedarf Ihrerseits ist der Kreisverband angehalten, nur mit Terminvereinbarungen zu arbeiten. Das heißt, dass Sie einen Termin erhalten, an dem Sie sich in einem der separaten Beratungsräume des Landkreises mit der Vorsitzenden treffen. Über die weiteren einzuhaltenden Schutzmaßnahmen werden Sie telefonisch unterrichtet.

Corona-Krise: Niedersachsens größter Sozialverband öffnet Beratungszentren

## SoVD berät wieder vor Ort

**Der SoVD in Niedersachsen hat unter strengen Sicherheits- und Hygienemaßnahmen seine landesweit rund 60 Beratungszentren wieder geöffnet und steht Ratsuchenden dort zu Fragen rund um die Themen Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht zur Seite. Darüber hinaus berät der SoVD auch weiterhin per Telefon und E-Mail.**

Wie formuliere ich eine Patientenverfügung? Habe ich Anspruch auf Wohngeld? Kann ich zum Kurzarbeitergeld Geld dazu verdienen? Diese und weitere Fragen beschäftigen Betroffene aufgrund der Corona-Krise momentan ganz besonders. Antworten darauf hat der SoVD. Im März hatte Niedersachsens größter Sozialverband aufgrund der derzeitigen Lage seine Beratung auf Telefon und E-Mail umgestellt. Jetzt hat der SoVD wieder seine Türen für persönliche Gespräche mit Ratsuchenden geöffnet – allerdings unter strengen Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen.

„Im Vordergrund steht selbstverständlich die Gesundheit – die unserer Mitglieder und die unserer Kolleginnen und Kollegen“, betont SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke. Deshalb ist zum Beispiel das Tragen von Schutzmasken während



Foto: Pixabay / Christo Anestev

**Aber bitte mit Maske: Zum Schutz vor Ansteckung mit Corona gelten in den SoVD-Beratungszentren derzeit strenge Hygieneregeln.**

des Gesprächs verpflichtend. Zudem erfolgt die Beratung nur nach vorheriger Terminvereinbarung.

„Für diejenigen, die gerade nicht zu uns in Beratungszentrum kommen können oder wollen, bieten wir natürlich weiterhin eine Beratung per Telefon oder E-Mail an. Auch so können wir Anträge stellen,

Widerspruch einlegen oder Klage einreichen“, erläutert Swinke.

Termine für eine Beratung können Interessierte unter der Nummer 0511 65610720 vereinbaren. Weitere Informationen, Kontaktdaten und Adressen zu den insgesamt rund 60 SoVD-Beratungszentren in Niedersachsen gibt es im Internet unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de).

### SOVD-NOTRUFTELEFON

#### Schnelle Hilfe rund ums Thema Pflege

Gerade während der Corona-Krise gibt es zahlreiche Fragen rund um das Thema Pflege. Deshalb steht der SoVD in Niedersachsen nicht nur in seinen rund 60 Beratungszentren im Land, sondern auch über das Pflege-Notruftelefon unter der Servicenummer 0180 2000872 bei Fragen zur Seite und gibt nützliche Tipps und Hilfestellungen.

Birgit Vahldiek, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD in Niedersachsen, beantwortet am Pflege-Notruftelefon von montags bis freitags zwischen 9 und 13 Uhr alle Fragen zum Thema Pflege. Darüber hinaus ist ein Anrufbeantworter geschaltet. Betroffene werden zeitnah zurückgerufen. Der Anruf kostet sechs Cent.

Nicht nur Pflegebedürftige, sondern auch Angehörige und Pflegekräfte nutzen das Angebot des SoVD. Sie erfahren von Vahldiek, welche Hilfen ihnen zustehen und welche Lösungswege es bei



Foto: Stefanie Jäkel

**Heißer Draht zum SoVD: Das Pflege-Notruftelefon ist ein Angebot für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte.**

Konflikten geben kann. „Die Möglichkeit, Probleme erst mit einer dritten Person besprechen zu können, entlastet viele Betroffene“, sagt Vahldiek. Das sei besonders in der derzeitigen Situation besonders wichtig, da es viele offene Fragen und auch Unsicherheiten gebe.

Das Pflege-Notruftelefon ist schon seit 1999 eine neutrale und von Behörden unabhängige Anlaufstelle für Hilfesuchende. Alle Anrufe werden vertraulich und anonym behandelt.

# Wir haben geöffnet

WILLKOMMEN ZURÜCK ♥

**Die SoVD-Beratungszentren sind wieder offen.**

Wir stehen Ihnen ab sofort auch wieder ganz persönlich zur Verfügung. Vereinbaren Sie einfach einen Termin unter: 0511 65610720.

Unter strengen Sicherheits- und Hygienemaßnahmen ist eine Beratung in unseren Räumlichkeiten wieder möglich. Wenn Sie trotzdem nicht in ein Beratungszentrum kommen möchten, ist das kein Problem. Wir stehen Ihnen weiterhin gerne auch per Telefon und Mail zur Verfügung.

SoVD stellt klar: Mindestlohn wie bei anderen Arbeitnehmern ist längst überfällig

# Werkstatt-Beschäftigte nicht vergessen

Anlässlich des europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai hat der SoVD in Niedersachsen dazu aufgerufen, die vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Krise besonders prekäre finanzielle Lage vieler Beschäftigter in Werkstätten für behinderte Menschen nicht zu vergessen: Diese müssen aufgrund der Schließung der meisten Einrichtungen jetzt mit lediglich drei Vierteln ihres ohnehin schon knappen Lohns auskommen.

„Momentan schnürt die Politik zahlreiche sinnvolle Corona-Hilfspakete für Betroffene und die Wirtschaft. Nur bei den Menschen mit Behinderung kommt man in Niedersachsen offensichtlich nicht zu einer schnellen Einigung“, kritisiert der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt.

Per Erlass sind die meisten Werkstätten für behinderte Menschen aufgrund der Corona-Krise im März geschlossen worden. Das bedeutet für die Beschäftigten deutliche finanzielle Einbußen – sie erhalten lediglich 75 Prozent ihres bisherigen Lohns. „Wenn man bedenkt, dass der Durchschnittslohn in den niedersächsischen Werkstätten sowieso nur bei rund 230 Euro monatlich liegt, muss hier dringend etwas passieren“, fordert Sackarendt.



Foto: Adobe Stock / industrieblick

**In prekärer Lage: Werkstatt-Beschäftigte erhalten sowieso schon weniger Lohn als klassische Arbeitnehmer und stehen gerade jetzt in der Corona-Krise finanziell besonders schlecht da.**

Eine erste Maßnahme könne eine Weiterzahlung der kompletten Bezüge sein. Hier

müsse die niedersächsische Landesregierung endlich tätig werden. „Seit mehr als zehn

Jahren gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention. Auch in Zeiten der Krise

sollte es daher selbstverständlich heißen: Gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle“, so der SoVD-Chef. Den Beschäftigten dürften aufgrund der Schließungen keine finanziellen Nachteile entstehen.

Der SoVD macht sich schon lange für die Rechte und Interessen von Menschen mit Behinderung stark. Im Zuge dessen verweist Niedersachsens größter Sozialverband auch darauf, dass ein Mindestlohn für Werkstatt-Beschäftigte längst überfällig sei. „Bislang ist man davon noch meilenweit entfernt, obwohl der Beschäftigungsumfang von vielen mit dem eines klassischen Arbeitnehmers vergleichbar ist“, sagt Sackarendt. „Das ist nicht fair und oft auch nicht angemessen. Die Politik sollte sich endlich diesem Thema annehmen.“

SoVD-Forderung zur Existenzsicherung in der Corona-Krise

## Kurzarbeitergeld bei Minijobs

Minijobberinnen und Minijobber sind von der Corona-Krise besonders hart betroffen, weil sie im Gegensatz zu anderen Beschäftigten keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert diese Benachteiligung und fordert eine schnelle Lösung.



Foto: Barbara Dräger

**Es geht ums Geld: Der SoVD in Niedersachsen macht sich für die finanzielle Absicherung von Minijobberinnen und Minijobbern stark.**

„Das eigentliche Problem ist die fehlende Sozialversicherungspflicht für Minijobs“, erklärt der SoVD-Landesvorsitzende Bernhard Sackarendt. „Da Minijobberinnen und Minijobber nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, bleiben sie beim Kurzarbeitergeld außen vor.“ Der SoVD hält diese Regelung aus sozialpolitischer

Sicht für äußerst bedenklich und fordert deshalb schon seit Langem auch für Minijobs die volle Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.

„Gerade jetzt in der Krise braucht es allerdings eine schnelle Lösung“, betont Sackarendt. „Denn für viele Rentnerinnen und Rentner, Studierenden oder Frauen, die damit das

Familieneinkommen aufbessern, bricht derzeit mit ihren Minijobs eine existenzsichernde Einnahmequelle weg.“ Oftmals handele es sich hierbei um Jobs in der Gastronomie, im Einzelhandel oder im Tourismus – Branchen, die den Betrieb von heute auf morgen stark einschränken oder sogar ganz einstellen mussten. „Wir sprechen uns deshalb dringend dafür aus, dass auch Minijobberinnen und Minijobber während der Corona-Zeit durch eine Sonderregelung vom Kurzarbeitergeld profitieren oder ähnlich wie Selbstständige eine staatliche Hilfe erhalten“, so Sackarendt.

„Schon jetzt können von der Krise betroffene Minijobberinnen und Minijobber übrigens einen Anspruch auf ergänzende staatliche Leistungen wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe oder Grundsicherung haben“, stellt der SoVD-Chef klar. Alternativ sei auch ein Anspruch auf Wohngeld denkbar. In den rund 60 SoVD-Beratungszentren in Niedersachsen können Ratsuchende die jeweiligen Voraussetzungen prüfen und entsprechende Anträge stellen lassen. Infos zum SoVD vor Ort gibt es unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de).

Angelegenheiten sicher und rechtsverbindlich regeln

## SoVD rät: Jetzt Patientenverfügung erstellen lassen

Angesichts der Corona-Krise rät der SoVD in Niedersachsen zur Überprüfung bestehender Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten. Auch wer noch keine entsprechenden Dokumente hat, sollte sich jetzt damit auseinandersetzen. „Nur so kann gewährleistet werden, dass im Ernstfall den Wünschen entsprochen wird und sich eine Vertrauensperson um alle wichtigen Angelegenheiten kümmern kann“, erläutert SoVD-Beraterin Katharina Lorenz.

Immer mehr Menschen sind verunsichert, inwiefern ihre Wünsche in der derzeitigen Situation in Krankenhäusern berücksichtigt werden und wie man dies rechtsverbindlich regeln kann. Deshalb rät der SoVD dazu, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und ältere Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten eventuell an die momentanen Gegebenheiten anzupassen. Während eine Patientenverfügung regelt, welche medizinischen und pflegerischen Behandlungen vorgenommen werden sollen, macht eine Vorsorgevollmacht deutlich, wer sich im Fall der Fälle insbesondere



Foto: Barbara Dräger

um Behördenangelegenheiten oder Vermögensdinge kümmern kann.

„Dabei ist es wichtig, sich kompetente Unterstützung zu holen, damit die Dokumente auch wirklich rechtsverbindlich formuliert sind. Vorgefertigte Formulare aus dem Internet reichen da nicht aus“, so Lorenz. Wichtig sei es, den Betroffenen die notwendigen Inhalte zu erläutern, damit die entsprechenden Entscheidungen getroffen werden können. Deshalb steht der SoVD in ganz Niedersachsen zu Fragen zu Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht zur Verfügung und formuliert die Dokumente während eines ausführlichen Beratungsgesprächs mit den Ratsuchenden.

Mehr Infos gibt es unter [www.sovd-nds.de](http://www.sovd-nds.de). Termine können auch unter der zentralen Rufnummer 0511 65610720 vereinbart werden.

Landesweites Bündnis will gesellschaftliche Fundamente stärken

# Hände weg vom Sonntag!

Die Allianz für den freien Sonntag in Niedersachsen, in der sich auch der SoVD engagiert, fordert in einem offenen Brief an die Landespolitik den Erhalt von grundlegenden Standards auch während der Bewältigung der Corona-Krise und lehnt sonntägliche Ladenöffnungen entschieden ab.



Foto: Pixabay / Gerd Altmann

**Sonntags bleibt der Laden zu: Die Allianz für den freien Sonntag in Niedersachsen hat ihren Standpunkt gegenüber der Landespolitik unmissverständlich deutlich gemacht.**

Die Allianz für den freien Sonntag in Niedersachsen hat angesichts der aktuellen Diskussion über erweiterte Ladenöffnungen an Sonntagen einen offenen Brief an Ministerpräsident Stephan Weil, Wirtschaftsminister Bernd Althusmann und die Mitglieder des Niedersächsischen Landtags verschickt. Darin fordert das breite Bündnis, zu dem auch der SoVD in Niedersachsen gehört, zu einem wei-

tergehenden gesellschaftlichen Diskurs über Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise auf. Die Allianz weist auf die elementare Bedeutung des Schutzes von grundlegenden Standards unserer Arbeitswelt auch während der Krisenbewältigung hin und lehnt Ladenöffnungen am Sonntag entschieden ab.

„Wir brauchen heute und in Zukunft gesellschaftliche Ankerpunkte zur Entspannung

und Besinnlichkeit“, heißt es in dem Schreiben. „Der arbeitsfreie Sonntag ist nicht zuletzt deshalb grundgesetzlich geschützt, weil er genau eine solche Funktion erfüllt.“ Auch in einer künftig veränderten Gesellschaft werde der Sonntag seine wesentliche Bedeutung behalten oder auch neu und anders entdeckt werden. Unter dem Deckmantel einer Corona-Maßnahme dürfe deshalb nicht die Hand an den arbeitsfreien Sonntag gelegt werden.

Frederick Heidenreich, Sprecher der Allianz, unterstreicht: „Die Corona-Pandemie versetzt viele Menschen in Unruhe, in Ängste und in Nöte. Wir müssen uns dafür starkmachen, dass unsere gesellschaftlichen Fundamente sichtbar erhalten bleiben. Der arbeitsfreie Sonntag muss vor diesem Hintergrund ein wichtiges Stück Normalität bleiben. Erweiterte Ladenöffnungen am Sonntag helfen in der Krise nicht, schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, gehen voll zu Lasten der Beschäftigten und sind deshalb abzulehnen.“

Inklusion in der Corona-Krise: Northeimer Netzwerk fordert Nachbesserungen

## Kinder mit Behinderung abgehängt

Zum europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung hat das Netzwerk Inklusion und Teilhabe im Landkreis Northeim auf Defizite im Bereich Schule aufmerksam gemacht.



Foto: Netzwerk Inklusion

**Vertreterinnen und Vertreter des Northeimer Netzwerks am Protesttag (von links): Monika Nölting, Lisa Severitt, Susanne Grebe-Deppe, Zdravko Dusanek und Nicole Romanus.**

„Die Bedürfnisse und Rechte von Kindern mit Einschränkungen werden in der Corona-Krise weitgehend vergessen“, kritisiert Susanne Grebe-Deppe von der vom SoVD getragenen Beratungsstelle der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) in Northeim. Zusammen mit Gleichgesinnten im Netzwerk Inklusion und Teilhabe im Landkreis Northeim machte sie anlässlich des europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen

mit Behinderung auf konkrete Missstände aufmerksam. So blieben etwa Kinder, die aufgrund ihrer Behinderung nicht in der Lage sind, Abstandsregeln und Hygienevorgaben einzuhalten, trotz schrittweiser Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts in Niedersachsen bis auf Weiteres komplett vom Schulbesuch ausgeschlossen. „Das kommt einem Ausschluss von Bildung und auch vom sozialen Leben für diese Kinder gleich“, so Grebe-Deppe. Wei-

terhin bemängelt das Netzwerk, dass seit Mitte März fast alle Familien mit behinderten Kindern auf sich allein gestellt seien und keine Unterstützung bei der Betreuung oder beim Lernen zu Hause erhielten.

Mit einem offenen Brief haben sich die Aktivistinnen und Aktivisten an das Kultusministerium gewandt. Dort heißt es: „Kinder mit Behinderung werden in Niedersachsen durch die Vorgaben des Kultusministeriums erheblich benachteiligt. Diskriminiert werden Kinder, die eine Förderschule mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung besuchen, Kinder, die kognitiv oder mehrfach behindert sind und deshalb Hygienemaßnahmen nicht umsetzen können, sowie Kinder, die normalerweise im Schulalltag von einer Schulassistenz begleitet werden. Das Kultusministerium muss umgehend tätig werden, um diesen Kindern eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung zu geben.“

### SPENDENAKTION

## SoVD-Kreisverband überreicht Scheck an Goslarer Frauenhaus



Foto: Goslarsche Zeitung / Sabine Kempfer

**Der SoVD in Goslar hat 555 Euro für das örtliche Frauenhaus gesammelt (von links): Hannelore Grützner, Viktoria Dewald, Gudrun Hesse und Petra Kullick.**

„Wir haben die Spardose kreisen lassen“, berichtet die Goslarer SoVD-Kreisfrauensprecherin Petra Kullick. Die Arbeit des Frauenhauses war bei verschiedenen SoVD-Veranstaltungen vorgestellt worden. So kam eine Spende von 555 Euro zusammen, die Kullick zusammen mit

Hannelore Grützner an Frauenhausleiterin Viktoria Dewald und die Frauenhausvereinsvorsitzende Gudrun Hesse übergab. „Wir sind über jede Spende erfreut, das Geld wird dringend benötigt“, so Hesse dankbar. Das Geld soll in neue Möbel und Gebrauchsgegenstände wie die Küchenausstattung investiert werden.

### BERATUNG



Foto: Stefanie Jäkel

## Jetzt vormerken: Nächster Termin für die WhatsApp-Sprechstunde

**Sie haben nur mal eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragdenSoVD.**

So funktioniert's: Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Beraterinnen und -Berater Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Hartz IV sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Am besten gleich vormerken: Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 2. Juni 2020 von 17 bis 18 Uhr statt.

### Impressum

Sozialverband Deutschland  
Landesverband Niedersachsen e.V.  
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover  
Tel.: 0511 70148-0  
Fax: 0511 70148-70  
www.sovd-nds.de  
presse@sovnd-nds.de

**Redaktion:**  
Christian Winter  
Tel.: 0511 70148-54

**Leitung:**  
Stefanie Jäkel  
Tel.: 0511 70148-69

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

**Vertrieb und Druck:**  
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

SoVD in Braunschweig erkämpfte 2019 über 1,3 Millionen Euro für Mitglieder

## Kreisverband zieht Bilanz

**Widersprüche und Klagen im Sozialrecht lohnen sich: Das zeigt die Jahresbilanz 2019 des SoVD in Braunschweig. Rund 750.000 Euro der vom Kreisverband erstrittenen Gelder hatten die Sozialkassen den Mitgliedern zuvor verweigert.**



Foto: Lennart Helal

**Gute beraten, viel erreicht: Der SoVD in Braunschweig hat sich 2019 mit großem Erfolg für die Mitglieder eingesetzt und Zahlungen in Millionenhöhe erstritten.**

Der SoVD in Braunschweig hat 2019 für die Mitglieder 1.316.595 Euro an direkten Geldzahlungen erkämpft. Mit 748.687 Euro wurden mehr als die Hälfte davon durch Widersprüche und Klagen erstritten – gegen vorher abgelehnte Anträge in den Bereichen Rente, Pflege, Gesundheit und Hartz IV.

„Rechnen Sie das mal auf Deutschland hoch – da kommt eine schöne Summe zusammen, die die Sozialkassen den Versicherten sonst vorenthalten hätten“, sagt Kai Bursie, Regionalleiter des SoVD in Braunschweig. Bursie rät daher jedem, dessen Antrag bei den Sozialkassen abgelehnt wird,

sich fachlichen Rat einzuholen und nicht vor einem Widerspruch und – sollte auch dieser abgelehnt werden – vor einer Klage zurückzuschrecken.

„Fast jede zweite Klage gewinnen wir vor den Sozialgerichten“, berichtet der Regionalleiter. „Denn dort wird sehr gründlich geprüft und die eingesetzten Gutachter sind unabhängig.“ Bei der Antragsprüfung sei das anders: „Dort werden die Gutachter von den Sozialkassen bezahlt.“ Es sei also kein Wunder, wenn Anträge häufig nach oberflächlicher Prüfung abgelehnt werden.

Der SoVD in Braunschweig hat im vergangenen Jahr 1.426 Verfahren bearbeitet, davon alleine knapp 500 Klagen vor den Sozialgerichten.

Die häufigsten Themen in der Beratung waren die Rente – einschließlich der Erwerbsminderungsrente – und das Schwerbehindertenrecht, gefolgt von Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung sowie Grundsicherung, Sozialhilfe und Hartz IV.

Behinderung: Projekt will Teilhabe am Vereinssport verbessern

## LSB startet neue Website

**Menschen mit Behinderung den Zugang zum Vereinssport erleichtern: Das hat sich der LandesSport-Bund Niedersachsen (LSB) mit seinem Projekt „Teilhabe am Vereinssport“ auf die Fahne geschrieben. Eine neue Internetseite soll jetzt noch schneller zum Ziel führen.**



Foto: LSB-NRW / Andrea Bowinkelmann

**Mitmachen statt zuschauen: Der LSB will Menschen mit Behinderung dabei helfen, den passenden Sportverein zu finden.**

Etwas mehr als ein Jahr gibt es das LSB-Projekt „Teilhabe am Vereinssport“ mittlerweile. Das Ziel ist klar: Menschen aus Einrichtungen, Institutionen und Diensten der Behindertenhilfe soll der Zugang zum Vereinssport erleichtert werden.

Dafür wurde schon einiges getan. In den unterschiedlichen Regionen Niedersachsens wurden Netzwerke zwischen dem organisierten Sport und den

Strukturen der Behindertenhilfe initiiert. In ersten Einrichtungen wurden oder werden gerade Befragungen in Leichter Sprache durchgeführt, um zu erfahren, welche Sportangebote Menschen aus Einrichtungen sich wünschen.

Mit den Ergebnissen soll ganz konkret auf die Sportvereine vor Ort zugegangen werden. Gemeinsam kann dann überlegt werden, wie es gelingt, inklusi-

ve Strukturen zu schaffen oder weiter auszubauen.

Den passenden Sportverein zu finden, ist gar nicht so einfach. Auch da möchte das Projekt eine Hilfestellung geben – und zwar mit einer brandneuen, komplett barrierefreien Internetseite. Hier können Menschen mit Behinderung gezielt nach Sportvereinen in der Nähe suchen. Dazu gibt es Informationen zum Projekt in Leichter Sprache und in Deutscher Gebärdensprache.

Projektreferent Jaak Beil ist stolz darauf, dass es sich hier um die erste komplett barrierefreie Internetseite im niedersächsischen Sport überhaupt handelt. „Unser Ziel war es, die Informationen allen zugänglich zu machen. Wir wollten aber auch als Leuchtturm dienen und anderen Strukturen zeigen, wie so eine barrierefreie Homepage aussehen kann“, so Beil.

Die Seite ist online zu finden unter [www.teilhabe-am-vereinssport-lsb-nds.de](http://www.teilhabe-am-vereinssport-lsb-nds.de).

Johanniter geben Rat zum Verhalten im Notfall

## So geht's: Erste Hilfe in Corona-Zeiten

Auch in der Corona-Krise muss Erste Hilfe geleistet werden, wenn jemand zum Beispiel einen Herzinfarkt hat oder schwer gestürzt ist – unterlassene Hilfeleistung ist strafbar. Doch wie kann man helfen, ohne sich selbst unnötig zu gefährden und eine Ansteckung zu riskieren?

„Eigenschutz geht vor. Das sollte gerade jetzt beachtet werden“, sagt Heiner Mansholt, Fachbereichsleiter Breitenausbildung der Johanniter im Landesverband Niedersachsen/Bremen. Wenn man sich aber an einige Grundsätze der Hygiene halte, lasse sich das Risiko einer Ansteckung stark verringern. „Wir sollten uns daher nicht verunsichern lassen, sondern tun, was wir können, um Menschen in Not zu helfen“, betont Mansholt.

Wer ein ungutes Gefühl bei einer fremden Person habe, könne auf die Atemspende verzichten. Lebensrettende Maßnahmen seien dann: Absetzen des Notrufs unter 112, Absichern der Unfallstelle und Durchführen der Herzdruckmassage. „Mit 100 bis 120 Kompressionen des Brustkorbs können Sie den Blutkreislauf behelfsmäßig in Gang halten. Damit retten Sie Leben!“, so der Experte. Die Maßnahmen der Wiederbele-



Foto: Johanniter / Frank Schemann

**Bei Unfällen im häuslichen Umfeld lässt sich das Ansteckungsrisiko gut einschätzen.**

bung müssten so lange durchgeführt werden, bis der Rettungsdienst vor Ort eintreffe. „Auch ist die Abdeckung von Mund und Nase des Betroffenen zu empfehlen, um den Ausstoß von Tröpfchen zu mindern. Dafür eignen sich Tücher, Kleidungsstücke oder ein behelfsmäßiger Mund-Nase-Schutz, der aus Stoff selbst gefertigt sein kann“, erläutert Mansholt. Sein Rat an Ersthelfer, die selbst zur Corona-Risikogruppe gehören: „Setzen Sie den Notruf ab und ermuntern Sie andere Personen, aktiv zu helfen. Unterstützen Sie, indem Sie zum Beispiel einen öffentlich zugänglichen Defibrillator herbeischaffen. Ist niemand außer Ihnen in der Nähe: Versuchen Sie, so gut es geht mit einem angemessenen Sicherheitsabstand zu helfen.“

## GESUNDHEITSTIPP



Foto: Lennart Helal

## Ohne Maske in die Bahn

**Zum Schutz vor dem Corona-Virus müssen Mund und Nase derzeit in Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln in Niedersachsen bedeckt gehalten werden. Doch es gibt auch Ausnahmen von der Maskenpflicht. Darauf weist das Forum Artikel 30 hin, in dem auch der SoVD in Niedersachsen aktiv ist.**

Menschen mit Behinderung, bei denen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung zu erheblichen Einschränkungen in der Kommunikation oder der Sinneswahrnehmung führt, müssen keine Bedeckung tragen. Dazu zählen Personen, die auf Gebärdensprache angewiesen sind, blinde Menschen, Menschen mit Sprachbehinderung oder schwerer geistiger Beeinträchtigung. Ein Nachweis kann zum Beispiel über den Schwerbehindertenausweis erfolgen. Darüber hinaus sind auch Personen mit psychischen Beeinträchtigungen sowie Krankheitsbildern wie Herz- und Lungenerkrankungen oder schwerem Asthma von der Pflicht befreit. Ein ärztliches Attest ist dabei nicht zwingend vorgegeben, hilft aber, die Situation vor Ort zu klären und im Zweifel eingelassen zu werden.

## Öffnung der Beratungszentren

Aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus haben wir im März unsere Beratungszentren in Nordrhein-Westfalen für den Publikumsverkehr schließen müssen. Wir haben die feste Absicht, diese am Mittwoch, den 3. Juni, auch

räumlich für Sie wieder zu öffnen und arbeiten gerade an den dafür notwendigen Vorkehrungen, damit wir uns alle sicher dabei fühlen können. Bis dahin bitten wir Sie, weiterhin unsere Beratung per E-Mail und Telefon in Anspruch zu nehmen und

bedanken uns an dieser Stelle noch einmal herzlich für Ihr Verständnis.

Bitte informieren Sie sich auch über unsere Homepage [www.sovd-nrw.de](http://www.sovd-nrw.de). Dort halten wir Sie permanent auf dem neuesten Stand.



## Editorial

## Krise positiv gestalten

**Liebe Mitglieder,  
Kolleg\*innen und Freunde,**



**Franz Schrewe**

wir alle durchleben zurzeit eine Krise ungekannten Ausmaßes, ausgelöst durch ein Virus, für das es derzeit noch keinen Impfschutz gibt und dessen Ausbreitung auf der ganzen Welt fürchterliche Folgen hat – und nach derzeitigem Stand auch noch haben wird. Dass wir uns und andere nun so gut es geht schützen, Abstand halten und dass Veranstaltungen ausfallen müssen, auf die wir uns schon gefreut haben, das alles ist nicht schön – und dennoch richtig und absolut notwendig. Aber natürlich soll und wird unser Vereinsleben im SoVD NRW und unser beherztes Engagement weitergehen und auch diese Krise überdauern. Seit mehr als 100 Jahren ist unser Verband eine starke Gemeinschaft – eine Gemeinschaft, die sich durch Solidarität und ein gelebtes Miteinander auszeichnet. Und diese Werte wollen wir auch in Zeiten von Corona weiterleben und Zeichen setzen!

Normalerweise lebt unsere Arbeit vor Ort von gemeinschaftlichen Aktionen, dem direkten Kontakt zu unseren Mitgliedern und den demokratischen Versammlungen und Wahlen. Doch genau diese Dinge, die uns bisher vielleicht selbstverständlich erschienen, sind in der momentanen Lage nicht möglich und wären auch nicht verantwortbar. Daher müssen wir nun auf anderem Wege dafür sorgen, dass das Miteinander vor Ort erhalten bleibt und unsere Mitglieder spüren, dass wir uns um sie kümmern, sich an unserem Anspruch, Solidarität und Mitmenschlichkeit zu leben, nichts geändert hat.

Deshalb haben wir – dem Beispiel aus dem Landesverband Niedersachsen folgend – im SoVD Nordrhein-Westfalen eine Aktionsbroschüre erstellt, die viele Anregungen und Ideen bereithält, wie man sich auch in Zeiten von Corona für andere starkmachen und diese Krise positiv gestalten kann. Im Ehrenamt aktiv bleiben, sichtbar bleiben und für andere da sein, darum geht es in diesem Leitfaden. Außerdem haben wir Wissenswertes über das Coronavirus (SARS-CoV-2) zusammengetragen und gehen auch darauf ein, wie sich dessen Ausbreitung auf unsere direkte gesundheitliche Versorgung in Praxen und Krankenhäusern auswirkt. Auch zahlreiche Musterschreiben und sogar eine Nähanleitung für Atemschutzmasken gehören dazu.

Die wichtigste Voraussetzung für die Umsetzung all dieser Ideen ist – und das muss an dieser Stelle betont werden –, dass Sie selbst gesund bleiben und momentan nicht selbst Hilfe benötigen. Ansonsten achten Sie bitte unbedingt und zuallererst auf die eigene Gesundheit und Ihre Versorgung! Sollten diese Voraussetzungen gegeben sein, würden wir uns freuen, wenn auch Sie in Ihrem Orts- oder Kreisverband unsere Vorschläge aufgreifen und denen helfen, die derzeit darauf angewiesen sind. Denn das macht uns als großer Sozialverband im bevölkerungsreichsten Bundesland aus: Wir achten aufeinander und stehen anderen zur Seite – auch und vor allem in schweren Zeiten wie diesen.

Bleiben Sie gesund!

**Ihr Franz Schrewe, 1. Landesvorsitzender**

### Coronavirus und Mietrecht bei privaten Mietverhältnissen

## Kein Geld mehr für die Miete?

**Auch in Zeiten von Covid-19 müssen Mieter ihre Miete zahlen. Wer seine Miete nicht zahlt, gerät in Verzug. Das ist gefährlich, denn säumige Mieter riskieren grundsätzlich die Kündigung. Im Rahmen der Coronakrise haben Bundestag und Bundesrat Gesetze verabschiedet, um Mieter zu schützen.**

Grundsätzlich gilt für private Mieter: Sie genießen auch ohne Corona gesetzlich einen besonderen Schutz; Vermieter benötigen immer einen Kündigungsgrund. Wer zwei Monate nacheinander keine Miete zahlt, dem darf der Vermieter kündigen – und zwar fristlos. Um Mieter in der aktuell schwierigen Zeit vor dem Verlust der Wohnung zu schützen, hat der Gesetzgeber das Kündigungsrecht des Vermieters jedoch weiter eingeschränkt (Art. 240 Paragraph 2 EGBGB).

Nun gilt: Wer wegen der Corona-Pandemie plötzlich weniger oder gar kein Einkommen mehr hat und deshalb seine Miete vom 1. April bis zum 30. Juni 2020 nicht mehr zahlen kann, dem darf der Vermieter nicht kündigen. Sie haben als Mieter dann zwei Jahre Zeit, die Mietrückstände nachzuzahlen. Gelingt Ihnen das nicht, lebt das Kündigungsrecht Ihres Vermieters wieder auf.

Die Zahlungspflicht bleibt auch in Zeiten von Corona bestehen. Die Regelung über Leistungsverweigerungsrechte im neuen Artikel 240 Paragraph 1 EGBGB gilt ausdrücklich nicht für das Mietrecht. Mieter dürfen also nicht einfach die Zahlung einstellen. Deshalb geraten sie auch weiter in Verzug und müssen an den Vermieter Verzugszinsen zahlen. Die belaufen sich nach dem Gesetz auf 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz, derzeit 4,12 Prozent (Paragraph 288 Abs. 1 BGB). Vermieter dürfen wegen des Verzugs nur nicht kündigen.

Der Zeitraum von April bis Juni 2020 kann um weitere drei Monate durch eine Rechtsverordnung der Regierung verlän-



Foto: Space\_Cat / AdobeStock

**Die Miete ist der größte Posten bei den Fixkosten. Wenn das Einkommen drastisch sinkt, wird das für viele zum Problem.**

gert werden. Bei allen weiteren Verlängerungen müsste der Bundestag noch einmal entscheiden.

Grundsätzlich gilt: Stellen Sie nicht einfach die Zahlung ein. Falls Sie nicht zahlen können, informieren Sie Ihren Vermieter darüber. Und das möglichst früh, nicht erst, wenn die Miete fällig ist. Auf [www.finanztip.de](http://www.finanztip.de) gibt es dazu ein Musterschreiben zum Download.

Nach dem Gesetz müssen Sie Ihrem Vermieter glaubhaft machen, dass Sie gerade wegen der Covid-19-Pandemie Ihre Miete nicht mehr zahlen können. Dazu können Sie als Mieter einer Wohnung zum Beispiel eine Bescheinigung des Arbeitgebers über den Verdienstausschlag vorlegen oder eine Kopie des Antrags, mit dem Sie als Freiberufler staatliche Leistungen beantragt haben. Bei Gewerbemieter reicht der Hinweis, dass ihr Betrieb derzeit schließen musste. Es ist auch den Vermietern klar, dass

die Coronakrise eine besondere Situation schafft.

Mieter müssen übrigens eine Besichtigung durch den Vermieter nur dann dulden, wenn der ein berechtigtes Interesse hat. Ein solches hat der Vermieter zum Beispiel, wenn er die Wohnung verkaufen und sie möglichen Käufern zeigen möchte. Es gilt aber während der Corona-Pandemie die Leitlinie der Bundes- und Landesregierungen. Danach sind Kontakte zu Menschen außerhalb des eigenen Hausstands auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

Aus Gründen des Gesundheitsschutzes und unter Berufung auf die Leitlinien zur Beschränkung sozialer Kontakte ist es für Mieter aus unserer Sicht zulässig, die Besichtigungswünsche des Vermieters derzeit abzulehnen. Sie werden aber einem virtuellen Rundgang durch Ihre Wohnung zustimmen müssen. (Stand: 24.5.20)

Quelle: [finanztip.de](http://finanztip.de)



Besuchen Sie uns  
auch im Internet  
[www.sovd-nrw.de](http://www.sovd-nrw.de)

## SoVD-Aktionsbroschüre

Die Aktionsbroschüre des SoVD-Landesverbandes „Wir engagieren uns bei der Bewältigung der Corona-Krise“ finden Sie zum Download auf unserer Homepage unter: [www.sovd-nrw.de](http://www.sovd-nrw.de).

Das Dokument beinhaltet eine Vielzahl von Anregungen und Tipps, aber auch viele nützliche Informationen, weiterführende Links und Anlaufstellen für Menschen, die helfen wollen und solche, die Hilfe benötigen.



Das Deckblatt der SoVD-Broschüre.

### Altersteilzeit während der Kurzarbeit

## Vieles läuft weiter

**Von Kurzarbeit sind derzeit viele Arbeitnehmer betroffen – auch jene, die in Altersteilzeit sind. Die gute Nachricht: An diesem Status ändert sich jetzt nicht zwingend etwas. Die Deutsche Rentenversicherung Bund fasst die Fakten zusammen.**

Durch die Corona-Pandemie passen viele Unternehmen ihre Betriebsabläufe den Umständen an. Mögliche Folgen wie Kurzarbeit, Freistellungen von der Arbeit, unbezahlter Urlaub oder Quarantäne können auch Altersteilzeitbeschäftigte betreffen. Darauf weist die Deutsche Rentenversicherung Bund in Berlin hin. Was das bedeutet im Überblick:

- Kurzarbeit und Arbeitszeitverkürzungen: Altersteilzeitarbeit besteht auch während Kurzarbeit weiter, wenn neben dem laufenden Arbeitsentgelt die Aufstockungsleistungen – also die Aufstockungsbeträge und zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge – gezahlt werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob während der Kurzarbeit noch tatsächlich gearbeitet wird. Der Arbeitgeber muss die Aufstockungsleistungen in dem Umfang zahlen, als hätte der Arbeitnehmer die ohne Kurzarbeit vereinbarte Arbeitszeit gearbeitet.
- Freistellung und unbezahlter Urlaub: Werden das Arbeitsentgelt und die zusätzlichen Arbeitgeberleistungen weiterhin gezahlt, wirkt sich eine vorübergehende Freistellung nicht negativ auf die Altersteilzeitarbeit aus. Wichtig zu beachten: Arbeitnehmer müssen dienstbereit bleiben und auch wieder eine Tätigkeit aufnehmen, wenn der vorübergehende betriebsbedingte Anlass weggefallen ist. Anders sieht es während eines unbezahlten Urlaubs aus: Dann liegt keine Altersteilzeit mehr vor, da der Urlaub sie unterbricht.
- Behördlich angeordnete Quarantäne: Wurde für Beschäftigte eine Quarantäne angeordnet, handelt es sich aufgrund der besonderen Situation um vorübergehende Freistellungen. Diese werden wie betriebsbedingte Freistellungen bewertet. Zahlt das Unternehmen das Arbeitsentgelt, die Aufstockungsbeträge und zusätzlichen Rentenversicherungsbeiträge weiter, gilt die Altersteilzeit im sozialversicherungsrechtlichen Sinne nicht als unterbrochen. Dies trifft in den ersten sechs Wochen der Quarantäne auch dann zu, wenn das Arbeitsentgelt als Verdienstausfallentschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz gezahlt und dem Arbeitgeber anschließend von der zuständigen Entschädigungsbehörde erstattet wird.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund



Foto: auremar / AdobeStock

**Während der Coronakrise ist in vielen Betrieben Kurzarbeit angesagt.**

### Wie Familien mit behinderten Kindern den Corona-Alltag bewältigen

## „Das kostet extrem viel Kraft“

In der Mai-Ausgabe der Landesbeilage und in unserem Newsletter hatten wir unter dem Motto „Sie sind nicht allein mit Ihren Sorgen!“ dazu ermuntert, uns zu berichten, welche Belastungen die Krise aktuell für Sie persönlich mit sich bringt.

Gabriele Schaller, gemeinsam mit ihrer Familie seit Jahren Mitglied im SoVD, hat sich daraufhin bei uns gemeldet und uns eine wirklich dramatische, aber leider nicht seltene Situation geschildert. Wir waren nach der Lektüre dieser Geschichte sehr berührt und haben uns dazu entschieden, diese nahezu ungekürzt hier abzdrukken.

Gabriele Schaller schreibt: „Als Mutter eines 35-jährigen Sohnes, der in einer sogenannten ‚Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung‘ lebt, möchte ich über die Folgen, die der Alltag für uns mit sich bringt, erzählen. Den Namen der Einrichtung möchte ich zum Schutze dieser nicht erwähnen, da meine Ausführungen jede andere gleichwertige Einrichtung betreffen würde und die Betreuer\*innen und Leitungen aktuell Überwältigendes leisten müssen.“

Wir haben unseren Sohn Janis nunmehr seit sechs Wochen nicht gesehen und ein Ende dieser Situation ist nicht absehbar. In den Medien wird häufig über die prekäre Situation in Altenheimen berichtet – Einrichtungen für Menschen mit geistiger Behinderung werden meines Erachtens einfach übersehen und vergessen. Mir ist bewusst, dass Menschen mit geistiger Behinderung besonders schutzbedürftig sind, da häufig Mehrfachmorbidity besteht, aber ebenso besonders anfällig für seelische Belastungen sind, da sie die ganzen Verbote/Auflagen rational überhaupt nicht verstehen können. Und daran drohen behinderte Menschen und ihre Angehörigen zu zerbrechen!

Wir haben unseren Sohn bislang jedes zweite Wochenende von freitags bis sonntags nach Hause geholt und an dem Wochenende dazwischen be-



Gabriele Schallers Sohn Janis (35 Jahre)

suchen wir ihn. Er fährt auch einmal jährlich mit uns Eltern sowie jährlich mit der Lebenshilfe in den Urlaub. Wer setzt sich denn dafür ein, dass wir unter hohen Schutzmaßnahmen unseren Sohn (ich denke, ich spreche hier vielen anderen Betroffenen aus der Seele) besuchen können?

Ein weiteres Beispiel aus unserem neuen Alltag: Wir mussten uns auch noch mit dem Sozialamt der Stadt Herdecke auseinandersetzen. Unser Sohn darf aktuell in einer sogenannten ‚Notgruppe‘ weiterarbeiten und nimmt dadurch auch weiter an der Mittagsverpflegung teil. Ende März erhielten wir vom Sozialamt eine neue Aufstellung der Leistungen aus der Grundsicherung, in welcher der Mehrbedarf für solche Werkstättessen mit sofortiger Wirkung gestrichen wurde. Auf der Gehaltsabrechnung der Einrichtung wurde die Mittagsverpflegung aber wie immer abgezogen, da unser Sohn ja weiterarbeitet. Wir mussten gegen die Streichung des Mehrbedarfs vorgehen, das heißt Widerspruch gegen den Bescheid der Stadt einlegen und bekamen auch Recht. Das Bundesministerium für Arbeit

und Soziales hatte den Stadtverwaltungen ja auch empfohlen, die Streichung des ‚Mehrbedarfs‘ Mittagsverpflegung bei vorübergehenden Werkstattschließungen frühestens zum 1. Mai zu streichen – zur Sicherstellung des Existenzminimums und mit Rücksicht auf bereits laufende Daueraufträge bei den Trägern!

Das Ganze hat uns aber in der aktuellen seelischen Verzweiflung über die Auswirkungen auf unser Leben mit Corona extrem viel Kraft gekostet und ich finde die Vorgehensweise von der Stadt Herdecke absolut unmenschlich, zumal die Bürgermeisterin nicht müde wird, über die prekäre Situation der Geschäftsleute zu klagen ...

Wir haben sehr viel Angst, dass unser Sohn erkranken könnte und wir ihn dann noch nicht einmal besuchen dürften. Gegen diese Sorgen zu kämpfen kostet sehr viel Kraft.“

Anmerkung der Redaktion: Der SoVD NRW wird sich mit Blick auf das Thema Besuchsrecht beim nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministerium entsprechend einsetzen und auf eine Verbesserung der Lage der Betroffenen drängen!

(Stand: 13.5.20)



## Aktuelle Urteile

### Zivilrecht: Wenn das Sozialamt in die Sparbücher der Enkel guckt ...

Spart eine Großmutter für ihre zwei Enkelkinder regelmäßig (hier jeweils 50 Euro monatlich), wird sie pflegebedürftig und muss ins Heim, so kann das Geld zurückverlangt werden, wenn die Oma nicht über ausreichend Mittel verfügt, die Heimkosten zu tragen und das

Sozialamt für sie einspringen muss.

Das Sozialamt hatte hier das angesparte Kapital der Enkelkinder eingefordert, weil der Rückforderungsanspruch nach dem Gesetz auf den Träger der Sozialhilfe übergegangen ist. Schenkungen können grundsätzlich dann zurückgefordert werden, wenn „der Schenker seinen angemessenen Unter-

halt nicht mehr selbst bestreiten kann und die zuvor geleisteten Schenkungen keiner sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen haben.“ Und das traf zu, weil das Geld allein der Kapitalbildung diente. In dem verhandelten Fall ging es insgesamt um etwas mehr als 11.000 Euro (OLG Celle, 6 U 76/19). wb

Lob des Behindertenbeauftragten für barrierefreie Baustelle in Geilenkirchen

## Rücksichtsvolle Planung

Unser „SoVD-Aktivist“ Heinz Pütz ist als Behindertenbeauftragter der Stadt Geilenkirchen immer wieder in den lokalen Medien vertreten. Normalerweise geht es dabei um seine Kritik an den vielen Barrieren, durch die Menschen mit Behinderung diskriminiert werden. Diesmal aber ist Lob der Grund für die Berichterstattung. Weil nämlich dort, wo man Barrieren vermutet hätte, keine sind.

„Hier ist alles vorbildlich abgesperrt“, lässt Heinz Pütz sich zitieren – und meint damit eine Baustelle in Geilenkirchen-Hünshoven. An der Jülicher Straße entsteht dort ein Gebäudekomplex mit Wohnungen und Gastronomie. Früher stand hier eine Schule. Oft seien Baustellen gerade für Menschen mit Behinderung gefährlich, so Heinz Pütz, anders sei das hier und das erfülle „sein Herz mit großer Freude“. Es gebe genügend Absperrzäune, nirgendwo lägen Platten in der Gegend herum, nirgendwo lauerten Stolperfallen, etwa in Form von Kabeln – und es stünden auch keine Schilder im Weg. Da sei es kein Problem, mit Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator unterwegs zu sein, um an dieser Baustelle vorbeizukommen, freut sich Heinz Pütz.

Besonders erfreut ist er aber darüber, wie aufmerksam die Bauarbeiter seien und wie hilfsbereit im Kontakt mit Passanten. Bei Anlieferungen von Baumaterial gebe es extra Fußgänger-Lotsen, damit niemand die Orientierung verliere oder



Foto: Benjamin Wirtz / Aachener Zeitung

**Bei Bauarbeiten eine absolute Ausnahme: Die Baustelle in Geilenkirchen ist barrierefrei passierbar.**

sich in Gefahr begeben.

Das Ganze kommt auch nicht von ungefähr: Der Bauunternehmer Horst Ohlenforst hat im Gespräch mit der Aachener Zeitung (Lokalausgabe Geilenkirchen) erklärt, dass es ihm wichtig sei, es den Menschen so einfach wie möglich zu machen und Rücksicht zu nehmen auf jene, die nicht am Bausehen beteiligt seien. Dazu gehöre zum Beispiel ein (trotz

Bauarbeiten) barrierefreies Gehweg. Im Gegenzug wünsche er sich Rücksichtnahme auch in die andere Richtung, etwa beim Thema Parken in unmittelbarer Nähe der Baustelle, denn natürlich brauchen auch die Baufahrzeuge einen barrierefreien Zugang. Auch das Gebäude selbst wird nach Fertigstellung barrierefrei sein – aber das ist natürlich noch mal ein ganz anderes Thema.

Die Verbraucherzentrale NRW informiert

## Korrekte Paketzustellung

Um eine Infektion mit dem Corona-Erreger zu vermeiden, haben auch Paketdienstleister ihre Zustellgepflogenheiten auf möglichst kontaktlose Lieferung umgestellt. Doch das Abstellen von Paketen im Hausflur oder im Garten ist ein No-Go.

Bei der Übergabe von Paketen und Übergabeeinschreiben verzichten einige Anbieter aktuell auf die Unterschrift des Empfängers. Stattdessen unterschreiben die Paketboten erfolgreich ausgelieferte Sendungen selbst in Gegenwart des Empfängers. Andere Dienstleister lassen den Empfänger direkt auf dem Paket unterschreiben und fotografieren dies ab.

Eine Möglichkeit, den persönlichen Kontakt mit Paketboten ganz zu umgehen, ist die Abstellerlaubnis. Bei einigen Paketlieferdiensten können Empfänger einen gewünschten Ablageort angeben, an dem die Paketboten die Sendung hinterlegen können. Hierzu benötigt der Paketdienstleister jedoch eine schriftliche Genehmigung. Bei einigen Anbietern ist es möglich, diese online zu vergeben. Empfänger\*innen sollten beachten, dass mit der Ablage am vereinbarten Ort die Haftung für das Paket auf sie übergeht.

Einige Lieferanten fertigen bei der Übergabe oder der Ablage von Paketen Fotos an, die an den jeweiligen Händler als Beleg weitergeleitet werden. Dies ist nur in Ordnung, wenn es in Anwesenheit des Empfängers geschieht. Bei Warensendungen und Päckchen reicht grundsätzlich die Ablage hinter der ersten verschlossenen Tür, da dies keine versicherten Versandarten sind, die dem Empfänger übergeben werden müssen.

Offensichtliche Schäden müssen dem Lieferanten und dem Händler sofort angezeigt werden. Entdecken Kund\*innen einen Reklamationsgrund erst nach dem Auspacken, müssen sie den Schaden innerhalb von sieben Tagen beim Lieferdienst melden. Diese Frist hat jedoch nur Auswirkungen auf den Transportvertrag. Bei Waren aus dem Online-Shop gilt, dass Kund\*innen sich stets an den Händler wenden sollten. Denn dieser muss Empfängern zur Erfüllung des Kaufvertrags einwandfreie Ware verschaffen. Kommt eine bestellte Lieferung auch nach Ablauf der Frist tages- oder wochenlang nicht an, ist immer der Händler der erste Ansprechpartner. Dieser muss dafür sorgen, dass die Ware beim Kunden ankommt.

Für das Autofahren hat der Gesetzgeber keine gesetzlichen Kleidungs Vorschriften vorgesehen

## Tragen was gefällt – solange es nicht kracht

Die Temperaturen steigen, Ausflüge mit dem Auto stehen an. Ein Blick in den Fußraum zeigt, dass viele nicht nur im Hochsommer mit leichten Schuhen unterwegs sind. Flipflop und Sandale – was ist erlaubt? Fest steht, es gibt keinen „Dress Code“ für das Auto. Aber wenn es zum Unfall kommt, kann die Bekleidung im Auto eine Rolle beim Urteil spielen.

In der Straßenverkehrsordnung (StVO) gibt es keine Vorschrift, welche Schuhe beim Autofahren getragen werden müssen. Eine Passage dort sagt lediglich, dass der „Fahrzeugführer dafür verantwortlich ist, dass das Fahrzeug und die Besetzung vorschriftsmäßig sind und dass die Verkehrssicherheit des Fahrzeugs durch die Besetzung nicht leidet“.

Berufskraftfahrer sind über die Unfallverhütungsvorschriften ihrer Berufsgenossenschaft verpflichtet, beim Fahren festes, den Fuß umschließendes Schuhwerk zu tragen. Im eigenen Interesse sollten aber auch nicht nur berufsmäßig am Steuer sitzende Autofahrer mit möglichst rutschsicheren, festen Schuhen unterwegs sein. So kann verhindert werden, dass der Fuß bei einer plötzlich ändernden Verkehrssituation abrutscht oder sich verhakht.

Die Kfz-Haftpflichtversicherung jedenfalls trägt den Schaden eines Unfallopfers, auch wenn es wegen unpassenden Schuhwerks zu dem Crash gekommen ist. Selbst der Schaden am eigenen Fahrzeug wird meist von der Vollkaskoversicherung ersetzt. Die Leistung kann aber gekürzt werden, wenn loses Schuhwerk maßgeblich den Unfallhergang beeinflusst hat. Das fällt unter „grob fahrlässig“ und bedeutet, dass der Fahrer ganz naheliegende Überlegungen nicht angestellt und nicht beachtet hat, die jedem mit gesundem Menschenverstand hätten klar sein müssen. Aber: Allein die Wahl der vermeintlich falschen Schuhe dürfte kaum ein schwerwiegendes „außer Acht lassen der üblichen Sorgfalt“ bedeuten. Es kommt auf die Situation an.

Ob rauchen, trinken, essen, CDs wechseln oder Eis schle-

cken: Am Steuer ist das alles nicht verboten. Es wird nicht verlangt, ständig beide Hände am Lenker zu haben. Eine Sache jedoch steht unter Strafe: Das „Handy am Steuer“, dessen Nutzung ein Bußgeld von inzwischen 100 Euro kostet (mit Sachbeschädigung 200 Euro), ist tabu.

Ansonsten darf getragen werden, was gefällt. „Vermummt“ gelenkt werden darf hingegen nicht – trotz der aktuell geltenden Maskenpflicht für verschiedene Bereiche. Das privat gesteuerte Auto gehört nicht dazu. Schleier, Burka oder der über den Mund gezogene Schal sind untersagt.

Das „Füße-aus-dem-Fensterhalten“ (nicht selten von Beifahrern oder Beifahrerinnen praktiziert) steht hingegen nicht unter Strafe. Allerdings sollte den Insassen bewusst sein, dass diese „Liegeposition“



Foto: Christian / AdobeStock

**Flipflops sind kein sicheres Schuhwerk beim Autofahren. Wenn die Sandale vom Pedal rutscht, kann das übel enden.**

bei Unfällen gefährlich werden kann. Der Airbag ist für sitzende Passagiere konzipiert.

Das folgende Urteil zeigt, dass die Schuhordnung im Auto nicht sehr streng gefasst ist – solange alles gut geht:

Ein Autofahrer saß ohne Schuhe und in dünnen Socken hinter dem Steuer. Er wurde von der Polizei angehalten und bekam ein Bußgeld in Höhe von

50 Euro aufgebremst. Er wehrte sich erfolgreich dagegen. Allein im „Führen eines Kraftfahrzeugs ohne Schuhe“, so das Oberlandesgericht Bamberg, liege nämlich noch keine Verkehrsordnungswidrigkeit. Nur wenn der Fahrer in einen Unfall verwickelt worden wäre oder er jemanden gefährdet hätte, müsse er dafür haften (AZ: 2 Ss OWi 577/06). mh

Die Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) hat Tipps zum Steuersparen für berufstätige Eltern

# Oma als Babysitter – Kosten sind absetzbar

Das Kind ist noch klein und dennoch wollen oder müssen die Eltern wieder berufstätig sein. Jetzt springt oft die Oma ein oder auch der Onkel, die Nachbarin oder die Freundin. Kümmern sich diese Personen gegen Bezahlung um die Kinderbetreuung, können die Eltern diese Kosten unter bestimmten Voraussetzungen von der Steuer absetzen.

Oft springt bei berufstätigen Eltern ein\*e Verwandte\*r ein, die Nachbarin oder die Freundin. Bei manchen Familien klappt das relativ reibungslos, andere versetzt das ganz schön in Stress – sowohl organisatorisch als auch emotional. Schon wieder muss man Oma bitten, auf den Kleinen aufzupassen! Eine Möglichkeit aus dem Dilemma: Bezahlen Sie beispielsweise Ihre Mutter oder Schwiegermutter, Ihren Vater oder die Tante für deren Dienste. Dadurch schaffen Sie klare Regeln, sowohl was den Betreuungsumfang betrifft als auch was die Entlohnung angeht. Außerdem: Sie können

diese Kosten als Sonderausgaben von der Steuer absetzen.

Es muss nämlich keine fremde Tagesmutter sein, damit das Finanzamt die Betreuungskosten anerkennt. Auch wenn Sie nahe Verwandte oder die Nachbarin fürs Aufpassen bezahlen, unterstützt Sie der Fiskus dabei.

Absetzbar sind seit dem Jahr 2012 auch die Ausgaben für den Kindergarten und den Hort, für die Krippe und den Babysitter, fürs Internat oder ein Au-pair-Mädchen – allerdings nur bis zu 4.000 Euro pro Jahr und Kind.

Weitere Voraussetzungen und alles, was Sie zum Thema wissen müssen, können Sie auf der Internetseite des VLH (www.vlh.de) im Steuer-ABC unter „Kinderbetreuungskosten – was kann ich absetzen?“ finden.

Unser Tipp: Machen Sie eine Arbeitsvereinbarung. Das bedeutet, Sie schreiben auf ein Blatt Papier, wie oft und wie lange zum Beispiel die Oma Ihren Sprössling betreut, welche Aufgaben dazu gehören und wie hoch der Stundenlohn ist. Unterschreiben Sie gemeinsam diese Vereinbarung. Lassen Sie sich von Oma jede Woche oder jeden Monat eine Rechnung ausstellen, überweisen Sie das Geld und sammeln Sie die Überweisungsträger.

Wenn Sie all das am Ende des Jahres Ihrer Steuererklärung beilegen können, wird Ihr Finanzamt die Betreuungskosten auch anerkennen. Es gibt nur eine Einschränkung: Wichtig ist dem Finanzamt, dass derjenige, der Ihr Kind betreut, nicht mit Ihnen in einem Haushalt lebt. Sonst dürfen Sie die Kosten fürs Babysitten nicht von der Steuer absetzen.

Quelle: VLH



Foto: RFBSIP / AdobeStock

**Die Oma wird von Berufstätigen gerne als Babysitter beansprucht. Das ist sogar mit Bezahlung möglich und steuerlich absetzbar.**

Quelle: VLH

Quelle: VLH

## Infos zu Corona-Fragen

- Bürgertelefon NRW (keine medizinische Beratung zum Coronavirus) unter Tel.: 0211 / 91 19 10 01, Montag bis Freitag von 7 bis 20 Uhr, am Samstag und Sonntag von 10 bis 18 Uhr.
- Informationen zu Entschädigungen bei Verdienstausschlag im Quarantänefall und wegen Kinderbetreuung beim Landschaftsverband Rheinland und Landschaftsverband Westfalen-Lippe unter der kostenfreien Servicenummer (Montag bis Samstag von 7 bis 20 Uhr) unter Tel.: 0800 / 93 36 397.
- Corona-Hotline für Verbraucherfragen der Verbraucherzentrale NRW unter Tel.: 0211 / 33 99 58 45.



## Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Juni sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.

**KV Bielefeld:** Erich Echterhoff (91), Hilde Schmiesing (97), Edmond Gültorf (90), Günter Stenzel (100), Anni Pudritzke (91), Edith Drescher (93), Gisela Wöhrmann (95), Helga Schwabedissen (94), Horst Mielke (93), Heinz Schikanski (92), Helga Bohle (93), Ingrid Grube (91).

**BV Bochum-Hattingen:** Christel Krebs (93), Cäcilie Kaplinowski (96).

**KV Dortmund-Lünen:** Ilse Schulz (99), Wilhelm Nikutta (91), Paul Wesselbaum (94), Grete Müller (93), Hans Köth (91).

**KV Düsseldorf:** Helmut Schmidt (92), Kurt Gerlich (96), Alice Baudisch (91), Matthias Zumkier (91), Maria Kürten (94).

**KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein:** Charlotte Kunze (92).

**KV Gelsenkirchen-Bottrop:** Helga Kallweit (93), Fritz Gockeln (90), Erika Henning (93).

**KV Gladbeck:** Karl-Heinz Karowski (94).

**KV Gütersloh:** Karl-Heinz Schneider (94), Wilhelmine Orr (93), Margarethe May (96), Wolf-Dieter Siebel (95).

**KV Hamm-Unna-Münster:** Karl Heinz Fabera (90), Karlheinz Zinram (90), Lore Bilau (92).

**KV Herford:** Wilfried Wilke (93), Thea Biermann (98).

**KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen:** Horst Schmidt (91), Hans Sadowski (92), Franz Thur (93), Margarete Thur (101).

**KV Lippe:** Käthe Hille (93), Jo-

sef Hengel (91).

**KV Lübbecke:** Eduard Putze (91), Lore Kristan (91), Wilma Schäfer (91), Erna Haseloh (91), Heinz Poade (90), Martin Manes (96), Luise Brüning (95), Luise Schlottmann (94), Lilly Niedringhaus (90), Luise Südmeyer (98), Ilse Bohne (93), Gerda Lammert (92), Marga Klasing (96), Hilde Detering (90), Erika Dreckmeier (91), Erna Schlechte (92), Wilhelm Kröger (91), Alwine Kalkhake (92), Anni Helms (91), Erna Estermann (92).

**KV Märkischer Kreis:** Hildegard Barteska (93), Friedhelm Heupel (90), Jutta Rohrmann (93).

**KV Minden:** Christa Grzik (91), Ilse Acker (96), Marie Liese Schulze (91), Gisela Bandt (90),

Emma Tiemann (94), Hilde Hermeling (91).

**KV Recklinghausen / Borken / Bocholt:** Eckhard Russlies (91), Josef May (97), Harald Matzek (90).

**KV Remscheid-Wuppertal:** Klara Weitelle (94), Ilse Busch (98).

**KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg:** Berk Freidin (97), Gerhard Grigo (91), Ingeborg Franek (90), Ruth Fischer (100).

**BV Siegen-Olpe-Wittgenstein:** Rudolf Schnaubelt (92), Herbert Gräb (94).

**KV Westfalen-Ost:** Erna Habla (91).

**KV Witten:** Edmund Lica (94), Henriette Hett (94), Heinz Ehle (98), Hannelore Haldimann (90).

## 5 Termine



Foto: Wellnofer Design / AdobeStock

Aufgrund der Coronakrise finden die genannten Termine unter Vorbehalt statt. Bitte erkundigen Sie sich unbedingt vorher telefonisch bei dem Ortsverband, ob die Veranstaltung stattfindet.

### Ortsverband Rütterscheid

Jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch, Café Kötter, Rütterscheider Straße 73, 45130 Essen.

## Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovde-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovde-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sovde.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

## Hohe Verbandsjubiläen

**40 Jahre:** Melitta Sommerfeld (Bielefeld), Hubert Pankoke (Gütersloh), Maria Vieregge (Lippe), Lieselotte Hageböke, Irene Martens, Minna Pohlmann (Lübbecke), Sigrid Düsterdiek, Jörg von der Krone (Märkischer Kreis), Helmut Aspelmeier (Minden), Annelore Ax (Recklinghausen), Ilse Busch (Remscheid).

**45 Jahre:** Ilse Acker (Minden), Karin Görres (Köln-Leverkusen-Erftkreis), Hans-Joachim Hille (Bielefeld), Irma Kindler (Lübbecke), Silke Wenzel (Recklinghausen).

**50 Jahre:** Robert Dambrowski (Düsseldorf), Ernst Hobbold (Essen), Alexander Kordzinski (Dortmund).

**60 Jahre:** Anneliese Kutella (Recklinghausen).

**65 Jahre:** Udo Bastian (Märkischer Kreis).

**70 Jahre:** Alfred Abraham (Westliches Ruhrgebiet-Unterer Niederrhein).

Die Gliederungen des SoVD bleiben auch in der schweren Zeit tatkräftig an der Seite ihrer Mitglieder

# Helfende Hände in der Coronakrise

Ende vergangenen Jahres startete ein Filmprojekt über den SoVD in Schleswig-Holstein unter dem Arbeitstitel „Helfende Hände“. Wie treffend dieser Titel ist, zeigt sich exemplarisch in der Coronakrise. Sehr viele Ortsverbände zeigen gerade jetzt, mit wie viel Herzblut und Engagement sie bereit sind, ihren Mitmenschen zu helfen – wo immer es geht.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen leisten Vorbildliches und sorgen dafür, dass unser Verbandsmotto „Gemeinsam statt einsam“ vor allem in Krisenzeiten überall im Land zum Tragen kommt. Ihr großartiges Engagement ist für viele Menschen unverzichtbar.

So zum Beispiel im Ortsverband **Bad Oldesloe**, wo die ehrenamtlichen Mitarbeiter\*innen wochentags unter verschiedenen Servicetelefonnummern zu erreichen sind, um vor allem einsamen und verzweifelten Menschen Trost zu spenden und mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Für die Menschen da sind unter anderem Anja Schintzel und Ingrid Kliebold.

Auch der Vorsitzende des Ortsverbandes **Flintbek**, Armin Arend, ist telefonisch für seine Mitglieder stets erreichbar. Er hat gleich zu Beginn der Krise seine Mitgliederliste unter dem

Gesichtspunkt geprüft, wer Hilfe benötigen könnte und selbst aktiv dort angerufen. Dabei stehen Einkaufshilfen und andere Besorgungen im Mittelpunkt. Besonders gefreut hat sich Armin Arend darüber, dass viele jüngere Leute ihre Hilfe angeboten haben: „Das ist ein großartiges Zeichen von Solidarität“, so Arend.

Ein tolles Beispiel für die Hilfsbereitschaft junger Leute ist Nicole Baaß aus **Lütjenburg**. Sie wurde vom Ortsvorsitzenden Robert Lentzer angesprochen und um Einkaufshilfe für ältere Mitbürger\*innen gebeten. In Kooperation mit dem örtlichen Rewe-Markt läuft die Aktion hervorragend und kommt auch bei den Menschen sehr gut an: „Die Leute sind dankbar für die Hilfe“, sagt Nicole Baaß.

In **Heikendorf** kümmert sich der Ortsvorsitzende Klaus

Sydow gemeinsam mit Schatzmeister Jürgen Ploen und Frauensprecherin Marianne Kofoldt um die Mitglieder und bietet Hilfe an. Für diejenigen, die über ihre Sorgen und Ängste reden wollen, hat Schriftführerin Ingrid Fischer ein offenes Ohr.

Auch der Vorsitzende des Ortsverbandes **Sylt**, Egon Meetz, ist für seine Mitglieder da. Am Telefon hört er sich ihre Sorgen an und organisiert – falls gewünscht – Hilfe.

Eine wunderschöne Osteraktion hat sich der Ortsverein **Achtrup** einfallen lassen. „Viele unserer Mitglieder sind älter, gehören der Risiko- oder gar der Hochrisikogruppe an und leben in dieser Zeit sehr isoliert“, erläutert Annelene Nissen, Vorsitzende des Ortsverbandes. Sie hatte die Idee, zumindest für einen Augenblick ein Lächeln auf die Gesichter der Mitglieder zu zaubern und besprach diese – natürlich telefonisch – mit ihrem Vorstand. Schnell war man sich einig: Für alle Mitglieder sollte eine kleine Osterüberraschung gepackt und persönlich überreicht werden. Verteilt wurden 230 liebevoll gepackte Tüten an alle Mitglieder. Der Vorstand und auch die Austräger der Verbandszeitung bereiten halb Nordfriesland, denn Mitglieder des Ortsverbandes Achtrup wohnen in Freienwill, Medelby, Sprakebüll, Lütjenhorn, Leck, Enge-Sande, Dagebüll, Klanxbüll und natürlich in Achtrup. Die Tüten wurden vor der Haustür abgelegt und mit sicherem Abstand übergeben. Jeder Tüte war ein Brief des Vorstandes beigelegt. „Wir wünschen euch und euren Familien ein schönes, sonniges Osterfest. Passt gut auf euch auf, damit ihr die Krise gut übersteht und wir uns bald gesund wiedersehen können“, hieß es darin.

Eine ebenso großartige Osterüberraschung hatte der Ortsverband **Wester-Ohrstedt** für seine Mitglieder parat. Es wurden Ostertüten gepackt und an ältere (ab 70 Jahre) alleinstehende Dorfbewohner verteilt. Die Aktion war ein voller Erfolg, sehr zur Freude der Vorsitzenden Petra Rudolph: „Ich habe



**KV Herzogtum Lauenburg, Isabel Kosiolek**

noch nie so viele strahlende und überraschte Gesichter gesehen. Das hat mich einfach nur glücklich und zufrieden gemacht.“

Für den Vorsitzenden des Ortsverbandes **Lübeck-Kücknitz**, Rüdiger Carstens, ist Hilfe selbstverständlich: „Für unsere Mitglieder, die regelmäßig zu

den Veranstaltungen kommen, ist die aktuelle Situation natürlich besonders hart. Einen wirklichen Ersatz zum persönlichen Kontakt gibt es nicht. Wir vom Vorstand haben uns aber vorgenommen, die Mitglieder telefonisch zu kontaktieren. Pro Tag möchte ich gern drei oder

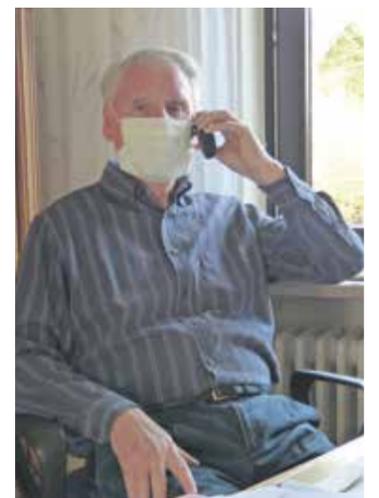
**Fortsetzung auf S. 12**



**OV Achtrup**



**LV Schleswig-Holstein, Sven Picker**



**OV Flintbek, Armin Arend**



**OV Lütjenburg**



**OV Heikendorf, Klaus Sydow**



**OV Schwarzenbek, Astrid Kosiolek**

Die Gliederungen des SoVD bleiben auch in der schweren Zeit tatkräftig an der Seite ihrer Mitglieder

# Helfende Hände in der Corona-Krise



OV Wester-Ohrstedt



OV Bad Oldesloe, Ingrid Kliebold (li.) und Anja Schintzel



OV Sylt, Egon Meetz

## Fortsetzung von S. 11

vier Menschen erreichen. Wir selbst werden auch deutlich häufiger angerufen. Da geht es insbesondere um existentielle Sorgen, etwa, dass die Tafeln schließen“, sagt er.

Der Vorsitzende des Ortsverbandes **Schafflund**, Dieter Schilling, hat für seine Mitglieder einen Brief verfasst. Darin heißt es unter anderem: „Wir hören und lesen es in den Medien, dass es für uns alle eine ‚unwirkliche Zeit‘ ist. Wir alle, die mit der Freiheit gelebt haben, wurden nun komplett ausgebremst. Es kommen wieder bessere Zeiten. Für die Zukunft lasst uns hoffen, dass wir bald wieder in geselliger Runde Nachmittage verbringen und Fahrten unternehmen können.“

Natürlich war auch die Beratungsstelle des Ortsverbandes **Schwarzenbek** für den Publikumsverkehr geschlossen. Die Vorsitzende Astrid Kosiolek ging kurzerhand ins „Homeoffice“ und kümmerte sich von dort um die Anliegen ihrer Mitglieder.

Ebenfalls im „Homeoffice“ betreute der Vorsitzende des Orts-

verbandes **Kiel-Suchsdorf**, Wilfried Maringer, seine Mitglieder.

Das Motto „Nah bei den Menschen“ erfüllte die stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes **Herzogtum Lauenburg**, Isabel Kosiolek, mit Leben. Sie versorgte bedürftige und wenig mobile Mitglieder mit Lebensmitteln, frischem Obst und Gemüse. Zum Dank gab es große Freude und strahlende Gesichter.

Auch der **Landesverband** bietet telefonisch Hilfestellung. Der stellvertretende Landesvorsitzende Sven Picker hört sich die Sorgen und Nöte der Bürger\*innen an und versucht zu helfen. Er beantwortet Fragen wie: Was passiert jetzt mit meinem Rentenantrag, wenn er nicht rechtzeitig bearbeitet wird, wie bekomme ich dann Geld? Wie geht es mit den Pflegeheimkosten meiner Eltern weiter unter Berücksichtigung des neuen Angehörigenentlastungsgesetzes? Was mache ich, wenn das Kurzarbeitergeld nicht zum Leben reicht? Oder: Habe ich Anspruch auf einen Vorschuss auf die zustehenden Sozialleistungen?



OV Kiel-Suchsdorf, Wilfried Maringer



OV Schafflund, Dieter Schilling



OV Lübeck-Kücknitz, Rüdiger Carstens



## Aus den Kreis- und Ortsverbänden



KV Pinneberg

**Alle hier aufgeführten Veranstaltungen sind selbstverständlich vor der Coronakrise durchgeführt worden.**

In der Mai-Ausgabe unserer Zeitung hat sich leider der Fehlerteufel eingeschlichen. Die 1.250-Euro-Spende für das Frauenhaus in Schwarzenbek kam nicht wie irrtümlich berichtet vom Ortsverband, sondern vom Kreisverband Herzogtum Lauenburg.

### KV Pinneberg

Der Kreisverband Pinneberg mit seinen 20 Ortsverbänden führte Ende Februar erfolgreich seine jährliche dreitägige Schulung im Erholungszentrum Büsum durch. 70 Teilnehmer\*innen (Vorstandsmitglieder und ehrenamtliche Sozialberater\*innen) vertieften ihr Wissen in sozialrechtlichen Themen. Schwerpunkte waren das vom Bundesverband verabschiedete Sozialprogramm, vor-

getragen vom Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses des Landesverbandes, Alfred Bornhalm, sowie die Palliativ- und Hospizbetreuung in allen Facetten.

### OV St. Peter-Ording,

Heinz-Georg Fohrmann bleibt Vorsitzender des Ortsverbandes St. Peter-Ording. Seine Stellvertretung übernimmt Gerd Ott. Schatzmeiste-

**Fortsetzung auf S. 13**

## Ticket-Stornierungen

Aufgrund der aktuellen Situation rund um das Coronavirus hat das Theater Kiel sämtliche Veranstaltungen im Opernhaus, im Schauspielhaus und im Theater im Werftpark sowie die Philharmonischen Konzerte im Kieler Schloss bis zum Ende der Spielzeit 2019/2020 abgesagt. Auch die Vorstellungen der Kieler Privattheater fallen aus. Wie es in der Spielzeit 2020/2021 weitergehen wird, wissen wir bisher nicht.

Wir möchten Sie deshalb bitten zu überlegen, ob Sie uns durch einen Verzicht oder eine Verminderung bei Rückerstattungen für stornierte Karten finanziell unterstützen könnten. Das würde uns in der jetzigen Lage sehr helfen.

Senden Sie die Theaterkarten für die abgesagten Vorstellungen, die Sie bei der Volksbühne Kiel gekauft haben, an die Geschäftsstelle der Volksbühne Kiel e. V., Rathausstraße 2, 24103 Kiel, zurück, damit wir die Karten kostenfrei stornieren können. Sie können die Karten auch in den Briefkasten der Volksbühne Kiel, im ehemaligen Eingangsportal, einwerfen.

**KV/OV** **Aus den Kreis- und Ortsverbänden**

**Fortsetzung von S. 12**

rin und damit Nachfolgerin von Roswitha Westphal-Müller ist Brunhilde Schellong, Frauensprecherin Eva-Maria Domnick und Schriftführerin Edeltraud Wischhusen. Beisitzer\*innen sind Hedda Stecher, Erwin Link und Angela Niehus. Abschließend fanden Ehrungen langjähriger Mitglieder statt.

**OV Aventoft**

Bereits zum 13. Mal sorgte der Kinderliedermacher „Grünchnabel“ beim SoVD-Kinderfasching in Aventoft für tolle Stimmung. In der voll besetzten Turnhalle genossen die Kinder mit Eltern, Omas und Opas sowie Freunden und Bekannten neben dem Kamelle-Regen auch das leckere Büfett mit selbst gebackenen Torten und Kuchen.



**OV Reinsbüttel**

**OV Reinsbüttel**

Auf der Mitgliederversammlung in Reinsbüttel wurde Christiane Rathje zur Vorsitzenden gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Wolfgang Burmeister an, der das Amt 13 Jahre inne-

hatte. Stellvertretender Vorsitzender ist Klaus Gerbracht, die Kasse verwalten Marion Schacht und Birgit Rommel. Zur Schriftführerin wurde Angelika Lütjens gewählt, die Interessen der Frauen vertritt Birgit Rommel. Beisitzer\*innen sind Peter Bolz und Wiebke Gerbracht. Die Kasse prüfen Inken Hansen, Jens Kardel und Klaus Jaworski.

**OV Schönkirchen**

Auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Schönkirchen wurden im Beisein der Plöner Kreisverbandsvorsitzenden Gudrun Karp Vorstandswahlen durchgeführt und langjährige Mitglieder geehrt.

**OV Buchholz**

Großer Andrang herrschte beim Frühlings-Bingo des Ortsverbandes Buchholz.

**OV Bergenhusen**

Auf der Mitgliederversammlung in Bergenhusen wurde Hans Werner Mußfeldt erneut zum 1. Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreterin bleibt Birga Hansen. Die Kasse verwalten Richard Hefner und Wilhelm Andresen. Schriftführer bleibt Wilfrid Heine. Die Interessen der Frauen vertreten Jutta Heine und Ulla Grundmann. Beisitzer\*innen sind Horst



**OV Hochdonn**

Lehnert, Boje Hinrichs, Kerstin Thoms und Herta Heine. Für 25 Jahre Vorstandsarbeit wurde Wilfrid Heine mit der Ehrennadel ausgezeichnet.

**OV Hochdonn**

Obwohl einige Vorstandsmitglieder geschieden, konnten auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hochdonn alle Vorstandsposten besetzt werden. Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Ehrung langjähriger Mitglieder. Im Beisein von Hans-Otto Umlandt, dem Vorsitzenden des Kreisverbandes Dithmarschen, wurde unter anderem Klaus-Hermann Stolley für zehn Jahre Vorstandsarbeit ausgezeichnet.

**OV Börnsen**

Auf der Mitgliederversammlung in Börnsen wurde Manfred Umstädter, zum Vorsitzenden gewählt, seine Stellvertreter\*innen sind Klaus Jaschke, Norbert Kronenwett und Monika Umstädter, die gleichzeitig die Interessen der Frauen vertritt. Die Kasse verwaltet Christine Burmeister, die Schriftführung erledigt Nele Burmeister, Beisitzerinnen sind Niki Susan Anderegg und Waltraud Jaschke. Die Kasse prüfen Lutz Seidler, Johannes Kühl und Marie Luise Grabe. Für ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet wurden Waltraud und Klaus Jaschke (25 Jahre) sowie Lutz Seidler (20 Jahre).



**OV Buchholz**



**OV Aventoft**



**OV Bergenhusen**



**OV Schönkirchen**



**OV St. Peter-Ording**

## Nachruf



In unserem Landesverband verstarb

**Joachim Steffens,**

langjähriger Vorsitzender des ehemaligen Ortsverbandes Wohltorf/Kreisverband Herzogtum Lauenburg.

Wir werden dem Verstorbenen immer ein ehrendes Andenken bewahren.

## Mitglieder werben Mitglieder

Getreu unserem Motto „Gemeinsam sind wir bärenstark“ nehmen wir ständig neue Mitglieder in unsere Gemeinschaft auf. Der Sozialverband Deutschland e. V. hat in Schleswig-Holstein bereits mehr als 160.000 Mitstreiter\*innen. Für das Jahr 2020 lautet unser Wahlspruch:

**Stark und kompetent – ein Sozialverband, der hilft. Werden Sie Mitglied!**

Unser Ziel ist es, eine noch stärkere Gemeinschaft von sozialpolitisch interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu werden. Der Sozialverband Deutschland überzeugt durch sein leistungsstarkes Angebot und die persönliche Arbeit seiner ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter\*innen und sein unermüdliches Engagement für soziale Gerechtigkeit.

Werben Sie mit dem Scheckheft fünf neue Mitglieder und gewinnen Sie eine Woche Urlaub in Büsum!

Für ihren großartigen Einsatz in der Mitgliederwerbung können jeden Monat sieben Werber\*innen einen einwöchigen Aufenthalt im Nordsee-Erholungszentrum Büsum gewinnen.

**Die Gewinner\*innen im Monat Mai sind:**

- Uwe Mess (Kreisverband Stormarn),
- Günther Christiansen (Kreisverband Dithmarschen),
- Nicole Jezorke (Kreisverband Herzogtum Lauenburg),
- Jörg Steinweg (Kreisverband Kiel),
- Manuela Fick (Kreisverband Lübeck),
- Erna Mahn (Kreisverband Neumünster),
- Maike Thomsen (Kreisverband Nordfriesland).

Werben Sie mit unserem Scheckheft fünf neue Mitglieder und Sie erhalten von Ihrem Landesverband ein Präsent nach eigener Wahl.

**Volle Scheckhefte eingereicht haben in diesem Monat:**

Reimer Borchers, Erich Bünger, Hilke Roth, Hans Peter Jacobsen, Carl-Heinz Ketelsen, Josine Bajohr, Isabel Kosiolek, Astrid Kosiolek.

Der Landesvorstand dankt allen Werber\*innen herzlich für ihren Einsatz und bittet Sie auch in den kommenden Monaten darum, ihre engagierte Arbeit fortzusetzen.

Bitte denken Sie daran, wenn Sie ein neues Mitglied werben, Ihren Namen auf der Beitrittserklärung zu vermerken. Nur dann können Sie zu den Gewinnern des einwöchigen kostenlosen Aufenthaltes in unserem Nordsee-Erholungszentrum in Büsum gehören.

Unsere Ortsverbände stellen sich vor

## Vielversprechender Neustart

Seit sich der Ortsverband Karby im vergangenen Jahr mit dem Ortsverband Vogelsang-Grünholz zusammengeschlossen hat, betreut das Vorstandsteam um die seit Februar amtierende Vorsitzende Michaela Korte rund 260 Mitglieder – Tendenz stetig steigend.

Zu dem Ortsverband gehören jetzt die Gemeinden Karby, Dörphof/Schuby, Brodersby/Schönhagen, Winnemark, Vogelsang-Grünholz, Waabs, Damp, Holzdorf und Thumby. Dieses große Einzugsgebiet bringt naturgemäß einige Schwierigkeiten mit sich, deren Bewältigung jetzt nach und nach in Angriff genommen wird: „Wir wollen unseren Mitgliedern durch Gemeinschaft, Geselligkeit und persönliche Unterstützung ein Zusammengehörigkeitsgefühl vermitteln“, sagt Michaela Korte.

Zu Beginn jedes Jahres werden die Mitglieder eine Broschüre erhalten, in der alle Veranstaltungen des Ortsverbandes aufgelistet sind. Zu den Aktivitäten



**Der Vorstand des Ortsverbandes Karby (v. li.): Bernd Polomsky (Schatzmeister), Solveg Rathmann (2. Vorsitzende und Schriftführerin), Michaela Korte (1. Vorsitzende) sowie Dr. Rainer Hamann und Ester Jürgensen (Beisitzer\*in).**

gehören gemeinsame Frühstücke und Grillfeste, die jährliche Mitgliederversammlung mit anschließendem Bingo, die Weihnachtsveranstaltung, aber auch Informationsveranstaltungen und Tagesausflüge. Alles natürlich unter dem Vorbehalt der

**Das Scheckheft ist bestellbar in der SoVD-Landesgeschäftsstelle, Muhliusstraße 87, 24103 Kiel. Für je fünf geworbene Mitglieder erhalten Sie eine Prämie: einen Gutschein für Fleurop, arko oder Tchibo.**

Überwindung der Coronakrise.

Zu runden Geburtstagen von Mitgliedern, goldenen Hochzeiten oder anderen besonderen Ereignissen, von denen der Ortsverband Kenntnis erhält, besucht Frauensprecherin Erika Roth Hamann die Jubilare und würdigt sie mit einem Präsent.

Insgesamt ist der Ortsverband Karby auf einem sehr guten Weg und das angestrebte Zusammengehörigkeitsgefühl wird sich mit Sicherheit einstellen.



## Wichtige Rufnummern

- **Ärztlicher Notdienst: 116 117:** Die Nummer gilt bundesweit, funktioniert ohne Vorwahl und ist für Patienten kostenlos. In schweren, lebensbedrohlichen Notfällen bitte direkt die Rettungsleitstelle informieren unter Kurzwahl 112.
- **Patientenombudsverein:** Rat und Hilfe für Patient\*innen. Für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg 04343/42 41 62. Für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stor-

marn und Herzogtum Lauenburg 04331/7 08 48 82. Für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland 04641/98 73 69. Für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg 046 31/4 41 34 47. Bei Fragen zur Pflege: 04531/80 49 38.

- **Unabhängige Patientenberatung (UPD):** 0431/5 90 99 60, zusätzlich Mo-Fr 8-20 Uhr, Sa 8-16 Uhr die gebührenfreie, bundesweite Hotline:

0800/0 11 77 22.

- **Kindernottelefon:** anonym und gebührenfrei, Mo bis Sa, 14-20 Uhr: 0800/1 11 03 33.
- **Pflegenottelefon:** Unter 01802/49 48 47 erhalten Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte Rat und Hilfe.
- **Bürgerbeauftragte des Landes für soziale Angelegenheiten:** 0431/9 88 12 40.
- **Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung:** 0431/9 88 16 20.



## Aktuelle Urteile

### Eigentumswohnung: keine Verwaltungsarbeit nötig

Wohnungseigentümern darf nicht auferlegt werden, für das anstehende Streichen von Fenstern entweder selbst aktiv zu werden oder eine Firma damit zu beauftragen. Es gehöre nicht zu den Aufgaben eines Eigentümers, Firmen zu akquirieren, weil das „mit einem

nicht unerheblichen Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden ist“. Zwar haben die Mitglieder einer Wohnungseigentümergeinschaft die Pflicht, die entsprechenden Kosten solcher Maßnahmen anteilig zu tragen. Es gehöre jedoch zu den „ureigensten Aufgaben“ der Verwaltung, die nötigen Informationen und Angebote für solche

Arbeiten einzuholen, über die dann die Eigentümer entscheiden können (LG Dortmund, 1 S 109/17).

### Steuerrecht: Zuzahlung zu Pflegeheimkosten der Eltern

Beteiligen sich Kinder mit Zuzahlungen an den Kosten, die Eltern für ihren Aufenthalt in einem Pflegeheim zahlen

müssen, so können sie ihren Aufwand als außergewöhnliche Belastung vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen (dies allerdings unter Berücksichtigung der Höhe des Einkommens sowie einer zumutbaren Eigenbelastung, die je nach Familienstand 7 Prozent des „Gesamtbetrages der Einkünfte“ pro Jahr betragen kann). Bis zu

20 Prozent des Aufwandes der Kinder kann gegebenenfalls für haushaltsnahe Dienstleistungen geltend gemacht werden. Werden die Zuzahlungen der Kinder aber an das Sozialamt, das deren Ansprüche auf sich übergeleitet hat, so fällt die steuerliche Vergünstigung weg (FG Baden-Württemberg, 6 K 2688/14). wb